

dann nahezu einstimmig eine Erklärung angenommen, welche u. a. besagt:

„Da... der Reichskanzler augenscheinlich nicht gekommen ist, sein bei der letzten Reichstagsauflösung gegebenes Versprechen auch wirklich im Ernst einzulösen und dem Liberalismus entgegenzukommen, können Demokratie und Liberalismus, ohne sich selbst unüberwindlichen Schanden zuzufügen, die Politik des Kanzlers nicht weiterhin durch Vertrauen und Entgegenkommen unterstützen. Insbesondere muß die Zustimmung, bei § 7 des Vereinsgesetzes einen großen Angriff auf das selbstverständliche Recht des Gebrauches der Muttersprache mitzumachen, auch in der Form des Kommissionskompromisses einstimmig abgelehnt werden, selbst auf die Gefahr hin, daß dadurch das Vereinsgesetz fallen sollte.“

Nachmittags fand eine Märzfeier statt. Festredner war Prof. Duidde-München, der sich gleichfalls in schärfster Form gegen den Sprachenparagrafen wandte. Der Stuttgarter „Beobachter“, brachte in seiner Montagnummer die Abgabe Duiddes an die Bayerische Kompromisspolitik, die Erklärung der Gleichberechtigung der Sprachen der nicht deutsch redenden Völkstämme Deutschlands, wie sie in den „Grundrechten“ von 1849 niedergelegt ist, in Sperrdruck. Auf der anderen Seite las man in einem Gratulationsartikel zum 50. Geburtstag Duiddes: „Sein tiefes Empfinden für Recht und Gerechtigkeit läßt ihn auch im politischen Kampfe nie im Stich.“ Auch eine Würdigung der Bayerischen Politik.

Am kommenden Sonntag wird der Weitzere Ausschuss der Deutschen Volkspartei in Stuttgart tagen, um die in die Brüche gegangene Parteieinheit wieder herzustellen. Optimisten versichern, dort werde den Kompromißlästern Partei-führern gründlich der Kopf gewaschen werden. Warten wir's ab.

Unter den württembergischen Sozialdemokraten, die die Volkspartei genugsam kennen gelernt haben, ist wenig Hoffnung auf Erfolg der Protestler.

Rumänien unter Despotenjoch!

Bukarest, 22. März 1908.

Man hat den wütenden Feldzug der „liberalen“ Regierung Rumäniens gegen die sozialistische Arbeiterbewegung als eine psychologische Folge der Bauernaufstände im März 1907 erklären wollen als eine Art vorübergehende Notlosigkeit, die jene geschichtliche Katastrophe in den herrschenden Klassen des Landes verursacht hatte. Man sagte sich, schließlich werde auch die Regierung einschen müssen, daß die sozialistische Bewegung nichts mit den Aufständen gemein hatte, und daß es nichts förderlicher gebe, als die gesetzlose Willkürherrschaft gegen Arbeiterkraft und Sozialdemokratie.

Diese vertrauensseligen Propheten haben sich gründlich geirrt. Nicht um eine vorübergehende Sehe, sondern um Einführung einer permanenten Sozialistenverfolgung handelt es sich; unsere durch sozialistisches Renegatenblut verjüngten Liberalen verschmähen es sogar, sich von Kammer und Senat erst ein Geheiß zu erwirken. Das ist zu langwierig; da sind die geheimen Erlasse der Herren Minister, wenn sie auch allem Rechte Hohn sprechen, viel rascher wirksam.

Allen voran schreitet der Minister des Innern, Jonell Bratiannu, „die Hoffnung der Linkliberalen“, ein Männchen, der sich als künftiger Chef der Nationalliberalen den Portugiesen Franco und den Russen Plehwe zum Vorbild genommen hat. Ein hoher Schädel, aber — ein starker Mann! Sein Werk ist die Errichtung der berichtigten dritten Sektion im Ministerium des Innern, deren spezielle Aufgabe ist es, jede freie Bewegung der Arbeiter sofort zu unterdrücken. Ein weitverzweigtes Spionagesystem ist im ganzen Lande eingeführt. Ein Heer von Spionen belagert förmlich die Klubs, die Versammlungslokale und sogar die Arbeitsstellen der Arbeiter; jeder des Sozialismus Verdächtige wird auf Schritt und Tritt verfolgt. In Galatz hat der Präseft Atanasiu (dieser niederträchtige Schuft war noch 1896 sozialistischer Delegierter zum internationalen Kongress in London!) das Versammlungsrecht der Arbeiter einfach aufgehoben. Noch schlimmer ist es in der Gegend der Petroleumquellen im Prahovatal. Die Arbeiter werden polizeilich und militärisch überwacht und Campina befindet sich wie im Belagerungszustand.

Die dritte Sektion hat über jeden Arbeiter und über jede des Sozialismus verdächtige Person je ein spezielles Dossier eingerichtet, genau wie für gemeine Verbrecher, mit Personalbeschreibung, Photographie und allen Details über die politische oder gewerkschaftliche Tätigkeit. Ein der Beobachtung der dritten Sektion verfallener Arbeiter ist für sein ganzes Leben unglücklich. Er bekommt nirgends mehr Arbeit. Gelingt es ihm doch, in einer Fabrik aufgenommen zu werden, so interveniert die dritte Sektion sofort beim Fabrikleiter und zwingt ihn, das „gefährliche Individuum“ zu entlassen. Der „Abeverul“ hat einige solche Anforderungen der dritten Sektion veröffentlicht. Daß die schwarze Kammer im Postamt und der Briefdiebstahl weiter lustig funktionieren, daß die geheimen Erlasse an die Postorgane, an die Polizei und an die Lehrer, sozialistische Zeitungen und Schriften nicht abzuliefern, nicht verbreiten und nicht lesen zu lassen, weiter gehandhabt werden, daß ausländische und jüdische Arbeiter willkürlich ausgewiesen werden, daß in den Polizei- und Arrestlokalen weiter blutig mißhandelt wird, hat Genosse Seliger unlängst in der österreichischen Delegation dargelegt, indem er die Frechheiten der rumänischen Regierung zur Sprache brachte.

Während so die Arbeiter drangsalieren und gequält werden, holt sich im Parlament die Komödie der „Bauernreformen“. Da votieren sich vor allem die Großgrundbesitzer „Entschädigungen“ aus dem Staatsfiskus. Da wird täglich etwas von den „königlichen Versprechungen“ weggeholt oder weggeschadert. Und diese geldstättige Räuberklause, die in Stadt und Land Elend, Haß und Empörung sät, hat die Stirne, die Sozialisten als „Anarchisten“ zu bezeichnen!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. März 1908.

Reichslandsbeschwerden und Deutschlands Vertretung im Auslande.

Als der dekorative Reichskanzler heute im Reichstage in offener Feindschaft gegen das Reichstagswahlrecht seine vieldeutigen Redeschmörkel um die preussische Wahlreform herumgegräkelt hatte, nahm Genosse Emmel Anlaß, in einigen kräftigen Worten die neue kanzlerische Klientel auf den gesunden Menschenverstand zu lenken. Dann wandte er sich seiner eigentlichen Aufgabe zu, die Ansprüche der elsass-lothringischen Bevölkerung auf Gleichberechtigung mit den

anderen deutschen Landesvertretern zu begründen. Heute noch, nach 37jähriger Zugehörigkeit zum Deutschen Reich werden die „wiedergewonnenen Brüder“ als Reichsangehörige zweiter Klasse behandelt. Sie bilden kein selbstständiges Gemeinwesen wie die anderen Staaten. Eigentlich sind Bundesrat und Reichstag ihre Regierung und ihre Landesvertretung. Nur als Provinzialvertretung fungiert unter jenen Körperschaften der Landesausschuß, der nicht direkt vom Volke erwählt, sondern durch diverse kommunale und provinzielle Körperschaften ernannt wird, so daß er den Charakter eines Honoratiorenkonventikels trägt. Die vom Kanzler in Aussicht gestellte Reform kann bei des Kanzlers Feindschaft gegen das allgemeine, gleiche Wahlrecht wenig Vertrauen erwecken, meinte Emmel. Von einer fortschrittlicher gestimmten Regierung in einer hoffentlich baldigen Zukunft erwarte das elässische Volk mit den übrigen Bundesstaaten die Durchführung der schon in den Grundrechten von 1848 verheißenen Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts auch für alle Einzelstaaten.

Als es dann zur Abstimmung über die zum Reichskanzleramt gestellten Resolutionen kam, wurde die sozialdemokratische Forderung der Einführung des Reichstagswahlrechts für Frauen und Männer in allen Bundesstaaten von der Gesamtheit der bürgerlichen Parteien abgelehnt. In der Spezialberatung des Auswärtigen Amtes erhob der nationalliberale Dr. Djanin die Forderung, daß auch bürgerliche Kapazitäten für Gesandtschaftsposten verwendet werden sollten. Der Staatssekretär v. Schoen meinte, grundsätzlich liege dazu kein Bedenken vor, doch ließ seine Geltendmachung der Qualifikation für solche Posten keinen Zweifel darüber, daß sie praktisch ein Vorrecht des Adels bleiben werden. Die Bourgeoisie wird für diese Plätze an der Krippe nicht würdig erachtet.

Genosse Ledebour brachte die Beschwerde eines deutschen Reichsangehörigen Kullak in Südrussien über Nichtachtung seiner Rechte durch die dortigen Behörden zur Sprache und fragte an, was denn eigentlich an der merkwürdigen Geschichte wahr sei, daß der hiesigen chinesischen Gesandtschaft der Ehekontrakt des chinesischen Kaisers zum Kauf angeboten sei. Das lasse doch darauf schließen, daß das Schriftstück auf ähnliche unstatthafte Weise wie die astronomischen Instrumente, die jetzt in Sansouci aufgestellt sind, nach Europa gekommen sei.

Der Minister des Auswärtigen Herr v. Schoen gab zu, daß tatsächlich das fragliche Schriftstück hier aufgetaucht sei. Es sei jetzt dem Eigentümer schon wieder zugestellt. Wahrscheinlich sei es jedoch in völlig harmloser Weise „gefunden“ worden.

Schließlich gelang es Herrn v. Schoen dann noch, die Minderheit des Hauses zur Bewilligung eines Konsulatsgebäudes für Tientsin zu bewegen, welche Forderung von der Budgetkommission abgelehnt worden war.

Aus dem Dreiklassenhause.

Nachdem das Dreiklassenhaus durch Annahme eines freikonservativen Antrages, der den Gemeinden der Provinz Hannover die Einführung obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts durch Ortsstatut gestattet, sich auf dem kulturellen Gebiete betätigt hatte, setzte es seinen Marsch durch die Wüste der Sekundärbahnberatung fort. Müller-Berlin regte in gezierter Bescheidenheit an, daß der Staat bei der Elektrifizierung der Berliner Stadtbahn sich nicht mit gebundenen Händen und Fäden den Syndikatsmonopolisten ausliefern möchte. Die ganze Beratung bot so wenig sachliches Interesse, daß es sich nicht lohnt, über sie einen Bericht zu bringen. — Am Freitag wird die Rederei ihren Fortgang nehmen.

Freisinnige Journalisten gegen freisinnige Parlamentarier.

Die „Frankf. Ztg.“ wirft auf den beendeten Journalistenstreik einen Rückblick und kommt zu dem Ergebnis, daß während der Streiktage zwischen den Reichstagsabgeordneten und den Journalisten ein gewisser Gegensatz hervorgetreten sei: eine lausliche Selbstüberschätzung der Parlamentarier, die, wie sie auf Grund eigener Erfahrungen versichert, nur allzu oft an der Schwäche der Eitelkeit litt:

„Aber woher diese Rühle der Abgeordneten?“, fragt das Frankfurter Blatt. Nun, man weiß es. Es gibt natürlich sehr verständige Leute unter ihnen, aber auch andere und nicht wenige, die, ebenso wie Leute aus verschiedensten Kreisen, die Journalisten für ein minderes Geschlecht halten. Der Kallengeist — wer kennt ihn nicht! „R. d. R.“ ist zwar noch lange nicht so viel wie „L. d. R.“ — wie Leutnant der Reserve — aber schon manches R. d. R. meint, Journalisten seien nur dazu da, ihnen zu dienen und ihren Ruhm zu vergrößern. Sie vergessen dies: Abgeordneter kann schließlich jeder werden, aber nicht jeder Abgeordnete kann Journalist sein. Und sie überleben noch manches andere. Der beschuldigte Journalist lernt es, jedes Uebermaß dieser Eigenschaft abzulegen, wenn er eine Zeit lang tätig war. Denn die Redaktionen und die Korrespondenten der Blätter lernen ein solches Maß menschlicher Schwäche und Eitelkeit in Personen, die an sie mit Wünschen herantreten, kennen, daß schon eine gewisse Festigkeit nötig ist, um sich nicht zu überleben, und manche Redaktion kennt manche Abgeordneten, den sie unerblicklich blamieren und für immer aus dem öffentlichen Leben ausschalten könnte, wenn sie bloß bekannt gäbe, was man ihr zu nutze. Und was täte mancher Abgeordnete ohne die sachliche Arbeit der Presse? Gewiß, dieser und jener hat sie nicht nötig, aber manche leben geradezu von den Ideen, welche die Presse gebiert und verarbeitet.“

Wahrscheinlich schlechte Erfahrungen mit dem Dünkel der freisinnigen Abgeordneten gemacht haben! —

Die „Germania“ und Herr Cahensly.

Kürzlich berichteten wir, daß in Limburg an der Lahn sich 250 Geschäftsinhaber mit einer Eingabe an den Reichstag gewandt haben, in der sie darum ersuchen, die Verkaufszeit an Sonntagen möge nicht weiter beschränkt werden, und daß diese Eingabe in der eckelamen „Germania“ eine Fürsprecherin gefunden hat. Der Grund dieser Stellungnahme des frommen Blattes gegen die Sonntagruhe war uns nicht gleich ersichtlich. Erst später fiel uns ein, daß der Vertreter Limburgs im preussischen Abgeordnetenhaus und früher auch im Reichstage der Kommerziant und Präsident des Sankt Raphaelvereins Peter Paul Cahensly ist, und dieser Herr Cahensly nicht nur zu den Hauptaktionären der Aktiengesellschaft „Germania“ (in deren Betrieb die „Germania“ hergestellt wird) gehört, sondern auch Vorsitzender ihres Aufsichtsrates ist.

Also daher! Herr Cahensly ist nämlich bei der letzten Reichstagswahl im Oberlahnkreis Limburg gegen den Nationalliberalen Wustfeld durchgefallen. Gar zu gern möchte er aber wieder in die heiligen Hallen des Reichstages eintreten, und dazu braucht er die Stimmen der kleinen katholischen Geschäftsleute. Eine nützliche Rechnungsträgerin.

Heberleht. Die „Münchener Allgemeine Zeitung“, eine der ältesten deutschen Zeitungen, die im 100. Jahrgang steht, wird vom 1. April ds. Js. ab ihr Erscheinen als Tageszeitung einstellen und fortan nur als Wochenchrift erscheinen.

Gnadentwirkungen zu kleinen Preisen.

Auf welche Weise oft das Geld für großartige Kirchenbauten zusammengebracht wird, lehrt ein Rundschreiben des katholischen Kirchenbaukomitees zu Viena a. G., in dem für den laufenden Monat 31 heilige Messen angeündigt werden, und jedem, der mindestens eine Reichsmark zum Baufonds der Marienkirche beiträgt, versprochen wird, an den Gnadentwirkungen dieser 31 Messen teilzunehmen zu können. Wörtlich heißt es in dem sonderbaren Schreiben:

„Die eingehenden Gelder kommen unserem sehr bedürftigen Kirchenbaufonds zugute und werden die Gnadentwirkungen sicherlich noch vermehrt werden dadurch, daß Sie einen Baustein für unsere projektierte Marienkirche spenden. Es hat doch gewiß jeder irgendwo besondere Wünsche oder Anliegen für sich, seine Frau, Familie oder sonstige Verwandte und möchte Erfüllung derselben erlangen, oder es leidet jemand an Krankheit und Not und möchte hiervon befreit sein. Auch lassen sich diese heiligen Messen für die Seelen Verstorbener, z. B. für Verwandte oder Bekannte aufopfern, also gewiß eine Gelegenheit, wo durch einen kleinen Betrag reichliche Gnadentwirkungen erzielt werden können, um so mehr, da sonst schon eine heilige Messe teuer kommt und in diesem Falle die Gnaden von 31 heiligen Messen ungeteilt erlangt werden.“

Das Kirchenbaukomitee hat recht für den „kleinen Betrag“ von einer Mark sind die versprochenen Gnadentwirkungen sehr reichlich; fraglich dürfte nur manchem sein, ob die Wirkungen auch eintreten. Es wäre deshalb angebracht, daß das Komitee gestempelte Garantiescheine ausstellt, vielleicht gegen eine Zuschlagsgebühr. —

Ein zurückgewiesener Vorkäufer.

Die Vereinigten Staaten hatten zu ihrem Vorkäufer in Berlin an Stelle des abberufenen Charlesmagne Tower den bisherigen Gesandten im Haag, D. J. Hill ernannt. Es ist eine diplomatische Höflichkeit, bei einem Vorkäuferwechsel vorher bei der Regierung anzuklagen, ob ihr die Persönlichkeit angenehm ist. Bisher wurde nun bekannt, daß die deutsche Regierung Herrn Hill ablehnt. Die Gründe für dieses überraschende, in dieser Form ungewöhnliche und verlegende Vergehen sind nicht bekannt gegeben worden. Es ist möglich, daß es sich dabei um eine höfliche Angelegenheit handelt. In den Vereinigten Staaten erregt der Vorgang große Ueberraschung. Es ist zu fürchten, daß hier wieder eine jener „Höflichkeiten“ zugrunde liegt, die für die Befestigung unserer ausländischen Beziehungen so wenig nützlich sind.

Die freisinnige Wahlrechtsfrage gemacht werden!

Es ist hinreichend bekannt, daß weite liberale Kreise für eine Änderung der preussischen Wahlgesetzgebung nicht viel übrig haben, weil sie von derselben eine auf ihre Kosten vor sich gehende Stärkung der Sozialdemokratie vermuten. Deshalb stehen sie auch der Wahlrechtsbewegung sehr gleichgültig gegenüber. Das wissen die führenden Veronen und — hüten sich vor Wahlrechtsdemonstrationen großen Stils, weil sie doch keinen Hund vom Ofen weglocken und sich durch schlechtbesuchte Versammlungen nur blamieren würden. Das wußten auch die liberalen Führer in Köslin. Deshalb riefen sie die liberalen Mannen zu einem Vortrage des bekannten liberalen Kolonialadvokaten Dr. Kohrbach zusammen, in dem dieser in gewohnter Weise für Kolonialpolitik Stimmung machte. Der Einladung war man zahlreich gefolgt — also hatte die beste Gelegenheit für eine liberale Wahlrechtsfrage. Nachdem Dr. Kohrbach im Schweiße seines Angesichts die Ökonomie und Annehmlichkeiten unserer „teuren“ Kolonien geschildert, verließ der Leiter der Versammlung ohne jeden Uebergang eine Resolution für — ein freies Preußenwahlrecht! Die Anwesenden waren zwar verblüfft, hatten aber natürlich gegen dieselbe nichts einzuwenden. Das ist freisinniger „Wahlrechtskampf“. Wobei man noch bedenken möge, daß sich derselbe in Wahlkreise des Herrn Dr. Barth abspielt — es ist also um Linkliberalen handelt! Solche Wahlrechtsfragen auf Umwegen — wie sich der Vorsitzende jener Versammlung ausdrückte — sollen keineswegs so selten sein! —

Der Sprachenparagraf im Reichsland.

Der § 7 bringt auch für die französisch sprechende Bevölkerung des Reichslandes schwere Gefahren, natürlich ganz besonders wie anderwärts für die arbeitende Bevölkerung in Stadt und Land. Und bei der bekannten Vorliebe der reichslandischen Behörden und Regierung für die französische Sprache ist nicht anzunehmen, daß die Regierung in entgegenkommender Weise Ausnahmen zuläßt. Sozialdemokratische Versammlungen und solche der freien Gewerkschaften dürften auf Ausnahmen im französischen Sprachgebiete wohl kaum zu rechnen haben. Es ist eine erhebliche Anzahl von Kreisen, die von dem Sprachenverbot getroffen wird. Nur ein einziger Kreis, nämlich Chateau-Salins, verfügt über 60 Proz. französisch sprechender Bevölkerung. Folgende Kreise haben aber fast ausschließlich französische Minderheiten: Meyland mit 47,38 Proz., Rappoltswiller mit 32,08 Proz., Driedenhofen-West mit 28,70 Proz. (18,50 Proz. Italiener), Molsheim mit 23,75 Proz., Saarburg mit 22,30 Proz., Rey-Stadt mit 21,23 Proz., Volcken mit 11,79 Prozent. Auch in den übrigen elsass-lothringischen Kreisen ist die französische Sprache in nicht unerheblichem Maße vertreten. Der Landesauschuß beschloß in Voraussicht der Dinge, die da kommen können, in seiner Sitzung vom Mittwoch die Regierung zu ersuchen, beim Bundesrat darauf hinzuweisen, daß durch den am 10. März d. J. von den Reichsparteien des Reichstags unter Zustimmung der Reichsregierung in Sachen des § 7 des Reichsvereinsgesetzes gefaßten Kommissionsbeschlusses die elsass-lothringischen Franzosen schwer benachteiligt würden. Der Landesauschuß spricht die Erwartung aus, daß die elsass-lothringische Regierung nichts unversucht lassen werde, um diese durch nichts gerechtfertigte Maßregel von einem Teile der elsass-lothringischen Bevölkerung abzuwenden.“

Der Abg. Blumenthal gab namens der liberalen Fraktion die Erklärung ab, daß sie in dem Paragraphen eine schwere Gefahr für elsass-lothringen erblickt und daß sie aus diesem Grunde — also nicht etwa aus prinzipiellen Gründen — für den Antrag stimme. Die Regierung meint, die Sache sei gar nicht schlimm, der § 7 könne ja durch die Landesgesetzgebung geändert werden. Darauf erwiderte der Herr Abgeordnete v. Köslin, daß er dem nicht traue. Die Landesgesetze müßten durch den Bundesrat genehmigt werden. Dort aber habe Preußen den größten Einfluß und es könne keine Ausnahmen für elsass-lothringen zulassen, weil sich sonst klar ergebe, daß der § 7 nur gegen die Polen gerichtet sei. Damit kann der Mann recht behalten. —

Su einer Wahlrechtsdebatte kam es am Dienstagabend in der Räuber Bürgerschaft anläßlich der Beratung des Staatsbudgets. Vom Genossen Stellung war folgender Antrag eingebracht worden: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, baldigst eine Vorlage einzubringen, nach welcher bei den Wahlen zur Bürgerschaft das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht auf der Grundlage des Verhältnißwahlrechts eingeführt wird.“

Genosse Stellung wie in seiner ausführlichen Begründung draus hin, daß es ein unbefriedigendes Unrecht sei, wenn bei jeder Bürgerwahl 33 Proz. der Bürger (nämlich die Wohlhabenden) 30 Vertreter zu wählen haben, während die übrigen 67 Proz. der Bürger nur ganze 4 Vertreter wählen könnten. Der Antrag Stellung wurde jedoch abgelehnt. Für ihn stimmten außer der Sozialdemokratie nur einige Freimüthige und sogenannte Liberale.

Aus der Debatte verdient hervorgehoben zu werden, daß der Führer der Freimüthigen, Gabriel Aug. Pape, sich schärf gegen die Verleihung des Wahlrechts an Frauen und an „Wahrscheinliche“, wie er sich ausdrückte, wandte. Auch verlangte er als Vorbedingung für die Wahlberechtigung mindestens zweijährige Ortsansässigkeit.

Oesterreich.

Eine angemessene Strafe.

Lemberg, 26. März. Das Militärgericht in Przmyśl verurteilte den Unteroffizier des 8. Landwehrregiments, Darac, wegen Soldatenmißhandlung zu dauernder Degradation und sieben Monate schweren, durch Fesseln und Einzelhaft verschärften Kerker.

Schweiz.

Der gesetzliche Feiertag.

Zürich, 24. März. (Sig. Ver.) Die schweizerische Expertenkommission für die Revision des Fabrikgesetzes, in der die Arbeiter und Unternehmer in gleicher Zahl vertreten sind, hat in Zustimmung zu dem Gesetzentwurf der Fabrikinspektoren den Feiertag an Stelle des geltenden Maximalarbeitstages von elf Stunden, für die Sonnabend den Neunundzwanzigsten, nach einem Sondergesetze best. beschlossen.

Verschiedene kantonale Arbeiterinnehmerschutzgesetze, so die in Zürich, Basel und Bern, enthalten bereits den Feiertag.

Frankreich.

Der Fall Rochette vor der Kammer.

Paris, 26. März. Die Kammer beschloß heute die sofortige Besprechung der Interpellation Ceccaldi über die Banque franco-espagnole des Millionenschwindlers Rochette. Der Beschluß erfolgte mit 302 gegen 21 Stimmen, trotzdem der Justizminister Briand den Wunsch geäußert hatte, die Besprechung bis nach Schluß der eingeleiteten Untersuchung zu vertagen. Ceccaldi hielt eine lange Anklagerede und fragte, welche Maßnahmen die Regierung in Aussicht genommen habe, um die kleinen Sparer zu schützen. Wenn es der Regierung an Waffen dafür fehle, so werde das Parlament sie ihr zur Verfügung stellen.

Briand antwortete, das Justizministerium habe den Untersuchungsrichtern keine Befehle zu erteilen. Kein Mitglied des Kabinetts habe sich bei ihm verteidigt; es würde eine Beleidigung sein, irgendeinen Verdacht auf Parlamentarier zu lenken. (Beifall links.) Rochette sei zur rechten Zeit verhaftet worden. Das in Rochettes Gründungen fließende Geld sei nicht ganz vergeudet, solche Unternehmungen hätten einen wirklichen Wert und würden, wenn sie einmal von Spekulation frei sind, prosperieren können.

Mabier erklärte, daß alle Berichte der Zeitungen, die seine Person betrafen, falsch seien. Es wurde dann mit Handheben die einfache Tagesordnung angenommen. Morgen wird über die Parokostkredite beraten werden. Die Sitzung wurde geschlossen.

Spanien.

Ein Anarchistenprozeß.

Madrid, 26. März. Heute beginnt in Barcelona der Prozeß gegen den Anarchisten Kull, welcher beschuldigt wird, Urheber des Attentats zu sein, das kurz vor dem Besuche König Alfons verübt worden ist. Außer Kull sitzen noch 8 andere Anarchisten auf der Anklagebank. Der Generalprokurator wird gegen Kull die Todesstrafe und gegen die übrigen Angeklagten eine Haftstrafe von je 15 Jahren beantragen.

Belgien.

Die Kongovorlage.

Brüssel, 26. März. Auch in der Kammer wird erwartet, daß sich für die Kongovorlage die Zweidrittelmehrheit finden werde. Einige Liberale und die sozialistischen Wähler führen eine heftige Kampagne gegen die Vorlage. Sie weisen darauf hin, daß die neue Kolonie den belgischen Staat eine Summe von 241 Millionen kosten werde.

Schweden.

Gegen die Prügelstrafe.

Die zweite Kammer des schwedischen Reichstages hat die Einführung der Prügelstrafe mit 121 gegen 91 Stimmen abgelehnt. Einige konservative Abgeordnete wollten diese barbarische Strafmittel für besonders rohe und boshafte Verbrecher eingeführt haben, und die Mehrheit des Gesetzausschusses der Kammer hatte sich merkwürdigerweise auch dafür erklärt. Begründet wurde der Antrag mit den „guten Erfahrungen“, die man in Dänemark mit der Prügelstrafe gemacht habe — von denen man jedoch in Dänemark selbst noch nichts gehört hat —, dann mit einer erschrecklichen Zunahme der Rohheitsverbrechen in Schweden, obwohl man aus der schwedischen Kriminalstatistik vielmehr auf eine Abnahme der Verbrechen schließen muß.

Die Kammer debattierte nicht weniger als sechs Stunden über den Antrag. Durch besondere Robheit und Gewissenlosigkeit in seinen Redewendungen zeichnete sich der Redner Hermelin aus, der der sozialdemokratischen Presse vorwarf, sie billige es und freue sich, wenn Schulkinder Pfastersteine und Brandweinflaschen an den Kopf geworfen würden. In Stockholm meinte er, vergehe kaum ein Tag, ohne daß ein Schuttmann im Dienst verwundet oder mißhandelt werde. — Das ist selbstverständlich Schwindel und die Stockholmer Abgeordneten protestierten auch sofort dagegen. Später antwortete Genosse Granting dem Redner und sagte unter anderem, es sei im schwedischen Reichstag nicht Brauch, einander mit dergleichen Argumenten zu begegnen. In Hermelins Rede seien Funtktionen aus dem Lande südlich der Dnieper erklungen.

Die Mehrheit der Kammer war natürlich auch der Ansicht, daß die Manieren der preussischen Junter im schwedischen Reichstag nicht angebracht sind, und gab das in lebhaften Bravo!-Rufen kund.

Rußland.

Ver späteter Kerker.

Petersburg, 25. März. Vom Finanzministerium ist eine Kommission eingesetzt worden zur Ausarbeitung von Maßnahmen zur Einführung des Unterrichts in der japanischen Sprache in den Elementar- und Mittelschulen, sowie für Studienreisen nach Japan seitens solcher Personen, die die japanische Sprache erlernen, und zur Förderung des Selbstunterrichts in der japanischen Sprache.

Ein Opfer der Konterrevolution.

Das Begräbnis Dr. Karakajew, des von den Chirurgen in Jekaterinow ermordeten Führers der Arbeitsgruppe in der zweiten Duma, gestaltete sich zu einer grandiosen Demonstration. Alle Straßen und Plätze waren von Menschen überfüllt. Die Arbeiter der ungeheuren Brjanski-Werke traten mittags in den Ausmarsch, um dem Opfer der schwarzen Handen die letzte Ehre zu erweisen.

Der russische Holle.

Als der unlängst stattgefundene Kongreß der Volksuniversitäten die Taische feststellte, daß überall in Stadt

und Land eine intensive Bewegung im Gange sei, das Bildungsniveau der Massen zu heben, da erhob sich in den reaktionären Blättern, vor allem in der offiziellen „Moskwa“, eine wilde Hege gegen die „Kulturarbeit“, hinter der sie neue revolutionäre Geheulen witterten. Diese Hege hat, wie nicht anders zu erwarten war, Erfolg gehabt. Wie jetzt bekannt wird, hat Stolypin in einem Rundschreiben vom 10. Februar den Generalgouverneuren, Gouverneuren und Stadthauptleuten anbefohlen, die Aufsicht über die Tätigkeit der Bildungsgesellschaften, vor allem der Volksuniversitäten, zu verstärken und bei der Entscheidung der Frage über Genehmigung der von diesen Gesellschaften beantragten Vorlesungen den Themen sowie der Persönlichkeit der Vorträge besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Es liegt auf der Hand, daß dieser Befehl des Ministers die kulturelle Tätigkeit der Volksbildungsanstalten vollkommen untergräbt.

Haiti.

Der Ordnungsmann.

Port au Prince, 26. März. Die Regierung von Haiti teilt mit, daß heute alle in die Gefangenschaften geflüchteten Personen dieselben verlassen müssen, widrigenfalls sie unerbittlich aus dem Lande gewiesen werden. Präsident Alexis erklärte seinen Freunden gegenüber, daß keine weiteren standrechtlichen Hinrichtungen stattfinden werden, daß die Verfassung geachtet wird, und daß alle Fälle und Komplottbeteiligten von den gewöhnlichen Gerichtshöfen abgeurteilt werden. Der Präsident fügte noch hinzu, wenn die betreffenden Gerichte die Angeklagten für schuldig erkennen würden, so würde die Todesstrafe jedenfalls ausgeführt werden. Es sei seine Pflicht, die Ordnung aufrecht zu erhalten und die Verschwörer zu verhindern, 2000 und vielleicht noch mehr Personen zu töten, wie dies am 15. März beabsichtigt gewesen war.

Amerika.

Roosevelts Volkshaus.

Washington, 25. März. Präsident Roosevelt hat in einer an den Kongreß gerichteten kurzen Sonderbotschaft, die in sehr maßvollen Ausdrücken abgefaßt ist, seine bisherigen Forderungen wiederholt, ein Gesetz betreffend Kinderarbeit, wenigstens für den Distrikt Kolumbia, ferner ein Gesetz betreffend die Haftpflicht der Arbeitgeber und ein Gesetz, das die Praxis gerichtlicher Anordnungen bei Arbeitsstreiks regelt, zu schaffen. Die Volkshaus richtet alsdann die Anforderung an den Kongreß, das Gesetz über den zwischenstaatlichen Handel und das Antitrustgesetz so zu verbessern, daß sie den Abschluß von den Handelsverlehen betreffenden Abkommen unter der Kontrolle der Regierung gestatten. Der Präsident fügt weiter aus, daß das Antitrustgesetz in seiner gegenwärtigen Form Arbeiterverbände und Farmervereinigungen zu ungeschicklichen mache und schlägt für Vektive der dabei in Betracht kommenden Korporationen eine Verjährungsfrist von einem Jahre vor. Die Volkshaus betont, daß die Zeit gekommen sei, sich mit der Zolltarifrevision zu befassen und regt an, während der gegenwärtigen Session eine eigene Kommission mit der Sammlung des notwendigen Materials zu betrauen, welches den nächsten Kongreß in den Stand setzen würde, sogleich nach seinem Zusammentritt zu handeln.

Soziales.

Terrorismus der Kerzte vom Reichsgericht anerkannt.

Endlich ist das Reichsgericht in die Lage versetzt worden, den expressiven Terrorismus, den der Verband der Kerzte auch Kerzten gegenüber übt, als rechtunverbindlich anzuerkennen.

Folgender Sachverhalt führte zu dieser Entscheidung:

Aus Anlaß des Kölner Kerzestreichs im Jahre 1904, der dort wie überall mit den Ortstrankenfassen tobte, hatte der Verband der Kerzte Deutschlands zum Zweck des Schutzes seiner praktizierenden Mitglieder auch mit dem Dr. med. Kullhaupt einen Vertrag abgeschlossen, demzufolge K. die Summe von 15 750 M. erhielt. K. hatte dafür seine feste Stellung als Kassenzarzt in Köln aufgegeben und verpflichtet sich, dem Verband der Kerzte gegenüber, bei einer Konventionstrafe von 6000 M., innerhalb zehn Jahren ohne vorherige Genehmigung des Verbandes weder in Köln noch in einem anderen Orte des Deutschen Reiches zu praktizieren. K. hatte dann auch seinen Wohnsitz aus Köln nach Münster i. Westf. verlegt, jedoch nicht so schnell, wie es der Verband der Kerzte gewünscht haben möchte. Denn letzterer klagte bald darauf gegen K. auf Zahlung der Vertragsstrafe von 6000 M., weil er in Köln nach Vertragsabschluss noch praktiziert habe. Der Beklagte behauptet, daß bei Abschluß des Vertrages seine Kollage ausgenutzt worden sei und der Vertrag überhaupt unbillig sei und ihn deshalb mit so langer Beschränkung nicht verpflichtet konnte. Was die Verhandlung nach Abschluß des Vertrages in Köln anlangt, so habe er nur unenigentlich einem Verwandten und einem Freunde Rezepte verschrieben, sowie noch zwei andere Rezepte in der Kollage von Verletzten. Jedoch alles unenigentlich.

Das Landgericht Leipzig, das als erste Instanz in dieser Sache zu entscheiden hatte, sah eine Vertragsverletzung als vorliegend an und verurteilte zur Zahlung einer Strafe von 4000 M. Gegen dieses Urteil hat der Angeklagte Berufung eingelegt, die jedoch vom Oberlandesgericht Dresden zurückgewiesen wurde. Das Oberlandesgericht führt aus, daß der den Beklagten zur Aufgabe der Stellung verpflichtende Vertrag für ihn auch nennenswerte Vorteile bot und deshalb auch als ordnungsmäßiger Vertrag angesehen werden mußte. Wenn der Beklagte gegen die Angaben des Klägers einwende, daß die Behandlung von ihm unenigentlich stattgefunden habe, so sei das nicht stichhaltig; denn es läge ein Vertragsbruch vor, da er sich zu diesem Zeitpunkt verpflichtet hatte, nicht in Köln zu praktizieren. Wenn er auch kein Entgelt für diese Behandlung genommen habe, so seien die anderen Kassenzärzte, die von dem Kläger geschickt werden sollten, doch um diese Vergütungen gekommen. Auch erhebe der Zweck des ganzen Vertrages eine strenge Auslegung. Das Oberlandesgericht nahm infolgedessen eine schuldhaftige Auslegung des Vertrages an und wies die Berufung des Beklagten zurück.

Gegen dieses Urteil hatte letzterer mit Erfolg Revision beim Reichsgericht eingelegt. Der dritte Zivilsenat des höchsten Gerichtshofes sah eine Vertragsverletzung nicht als zu Recht bestehend an und erkannte dieser Tage auf Aufhebung des oberlandesgerichtlichen Urteils und Abänderung des Urteils vom Landgericht Leipzig dahin, daß der klagende Verband der Kerzte Deutschlands mit seiner Klage gänzlich abgewiesen wurde.

Wied nunmehr gegen die ärztlichen Verbandsleiter, die die Klagen angestrengt haben, Anklage wegen Erpressung erhoben werden? Unter Zugrundelegung der von uns keineswegs gebilligten Rechtsprozeß wollen Arbeiter mühte eine Verurteilung erfolgen.

Kommunale Arbeitslosenversicherung.

Bei der städtischen Versicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit im Winter in Köln hatten sich für das Geschäftsjahr 1907 bis 1908 1506 Arbeiter versichert gegen 1255 im Jahre vorher. Von den Versicherten waren 1108 gelehrte, 399 ungelehrte Arbeiter; vorwiegend gehörten die Versicherten den Bauern an. Die größte Zahl befand sich im Alter von 22 bis 40 Jahren. Die Versicherten haben zu leisten: Ungelernte pro Woche 35 Pf., Gelehrte 45 Pf. Dafür können sie in der Zeit vom 1. Dezember bis 1. März Arbeitslosenunterstützung beziehen, sofern ihnen nicht geeignete Arbeit nachgewiesen werden kann. Zu dem letzteren Zwecke ist die

Versicherungskasse mit der Arbeitsnachweisanstalt der Stadt Köln verbunden. Die Stadt Köln übernimmt die Garantie für die Kasse und gewährt jährlich 20 000 M. Zuschuß zu den Ausgaben. Die Zahl der Anspruchsberechtigten hatte sich bei Beginn der Versicherungszeit auf 1382 Versicherer verringert. Davon wurden 1127 über 81 Proz. arbeitslos, und zwar 50 917 Tage. Davon wurden wieder 801 Versicherer an 20 042 Tagen beschäftigt, so daß für 29 895 Tage Unterstützung gezahlt wurden, und zwar für 18 770 Tage je 2 M., gleich 37 540 M., und für 11 120 Tage je 1 M., zusammen also 48 660 M. Die Kasse hat ein Vermögen von etwa 140 000 M.

Weit mehr könnte eine Kommune zur Verringerung der Arbeitslosigkeit durch ständige Zuschüsse an die gewerkschaftlichen Organisationen leisten.

Die überängstlichen Gehäuser!

Man spottet oft in städtischen Kreisen über die Niedrigkeit der ländlichen Bevölkerung und wundert sich, daß im 20. Jahrhundert die Ausflüge so langsame Fortschritte macht. Kam es früher zum Beispiel vor, daß sich diese oder jene Bauerngemeinde gegen die Errichtung einer Lungenheilstätte beim Landrat Weidwerts, diese als große Gefahr für die ganze Ortschaft, für Mensch und Vieh, bezichtigte, so lächelte man einfach über die „rückständigen, dummen Bauern“. Doch aber heute noch eine Stadtverwaltung und Bürgerchaft sogar große Angst vor der Errichtung eines Erholungsheims für Kinder auf ihren Grund und Boden haben könnte, wird man nicht für möglich halten. Und doch ist es so! Man höre:

Der Frankfurter Verein zur Beseitigung der Schwindstuchtsgefahr wollte ein zweites Kinderheim für 20–24 Pfleglinge in der Gemarkung der Stadt Gelnhausen erbauen. Alles war soweit in Ordnung, das Baugrundstück gefunden und der Neubau sollte bald in Angriff genommen werden, da Hunderte von Kindern der Aufnahme harren. Da kam aus Gelnhausen die Kunde, daß die städtischen Körperschaften in Gelnhausen in gemeinsamer Sitzung beschließen haben, gegen die beabsichtigte Errichtung eines Kinderheims des Frankfurter Vereins zur Bekämpfung der Schwindstuchtsgefahr Protest zu erheben, und daß eine Bürgerversammlung sich mit diesem Protest einverstanden erklärte, da jene Niederlassung für die Entwicklung der Stadt eine schwere Gefahr bedeute.

Der höchst erstaunte Verein wollte dies zuerst gar nicht glauben und veröffentlicht nun, nachdem er sich Gewißheit über die Wahrheit dieses Gerüchts geholt hatte, folgende, für die Stadt Gelnhausen blamable Erklärung in den Tagesblättern:

„Der Frankfurter Verein zur Bekämpfung der Schwindstuchtsgefahr beabsichtigt in der Tat, ein zweites Kinderheim für erholungsbedürftige Kinder zu errichten. Es ist für 20 bis 24 Kinder geplant und nicht für Kranke, der Behandlung bedürftige, sondern ausschließlich für erholungsbedürftige Kinder bestimmt. Um Kranke Kinder aufnehmen zu können, würde ja eine ganz andere Einrichtung und eine ganz andere Organisation notwendig sein. Die Kinder unseres Kinderheims werden vor der Aufnahme ärztlich untersucht und nur dann aufgenommen, wenn eine übertragbare Krankheit (wie Tuberkulose, Kinderkrankheiten usw.) nicht nachweisbar ist. Freilich stammen unsere Kinder aus tuberkulösen Familien; das ist sogar der Zweck unseres Kinderheims, denn wir glauben eben, daß solche Kinder, wenn sie erholungsbedürftig sind, zunächst für eine Zeit aus ihren Familien entfernt werden müssen, daß sie in dieser Zeit gut genährt, vernünftig gepflegt, an Reinlichkeit, Freizeit, Atemgymnastik usw. gewöhnt werden müssen, um sie widerstandsfähig gegen die ihnen zu drohende Gefahr zu machen. Zweckmäßig ist es ferner, ein solches Kinderheim an einem Badeort zu errichten, um die Möglichkeit von Trink- und Bäduren zu haben. Bei unserem Besuch in Gelnhausen haben wir der zuständigen Stelle genau über alles dieses Aufschluß gegeben und auch weitgehende Unterstützung bei dem Suchen nach geeignetem Terrain gefunden. Und nun diese öffentliche Abfage! Sie ist uns deswegen lehrreich, weil wir daraus ersehen, wie bitter und eine größere Aufklärung auf dem Tuberkulosegebiet ist. Glauben die Gelnhäuser wirklich, daß es unter ihnen selbst und unter ihren Vorgesetzten keine Angehörigen tuberkulöser Familien gibt? Und daß die in Gelnhausen während des Sommers Erholung suchenden Kinder nie aus tuberkulösen Familien stammen? Difficile est animam non scribere! (Schwer ist es, keine Satire zu schreiben.) Wir kennen nicht die Gründe des plötzlichen Meinungswechsels, die für und auch ohne Belang sind. Nur das mühten wir mit aller Deutlichkeit auszusprechen, daß auch nicht der geringste sachliche Grund gegen die Gründung eines Erholungsheims für etwa 20 erholungsbedürftige Kinder, auch wenn diese aus tuberkulösen Familien stammen, geltend gemacht werden kann.“

Die „Gelnhäuser“ wohnen nicht nur in Gelnhausen, sondern überall wo Dreiklassenwahl-Abgeordnete über Dinge des Allgemeinwohls zu beschließen haben.

Stadtverordneten-Versammlung.

14. Sitzung vom Donnerstag, den 26. März, nachmittags 5 Uhr.

Die Sitzung wird vom Vorsteher Wichelet nach 5½ Uhr eröffnet. Die Tagesordnung ist außerordentlich umfangreich, da sich in den letzten Wochen eine Menge Beratungsstoff angesammelt hat, der wegen der Dringlichkeit des Abschlußes der Staatsberatung unerledigt geblieben ist.

Zunächst soll die definitive Berichterstattung des Ausschusses erfolgen, der über den Antrag Kron's u. Gen. wegen schleuniger Maßnahmen zur Vinderung der zurzeit in Berlin herrschenden Arbeitslosigkeit und ihrer Folgen zu beraten hatte. Wesentlich ist aus den Ausschussberatungen nichts weiter herausgekommen, als eine Aufforderung an alle städtischen Betriebsverwaltungen, die raschere Inangriffnahme und Weiterführung der Arbeiten und Bauten zu veranlassen, und dieser Ausschussantrag ist schon vor Wochen auch dem Plenum angenommen worden. Alle weiteren Anregungen, so die Forderung einer statistischen Aufnahme der Arbeitslosen, sind abgelehnt worden.

Es wird beantragt, den Gegenstand von der heutigen Tagesordnung abzusehen. Stadtv. Borgmann (Soz.) widerspricht dem, es werde brauchen einen sehr schlechten Eindruck machen, wenn zum zweiten Male eine so wichtige Angelegenheit von der Versammlung verschoben werde.

Die Mehrheit beschließt die Absehung. Der Wahl des Stadtv. Singer in die Schuldeputation hat das Provinzialkollegium die Bekätigung verweigert. Der Magistrat hat bereits am 4. März davon Mitteilung gemacht und um die möglichst baldige Vornahme der Neuwahl ersucht.

Stadtv. Rosenow (N. L.): Der neue Kultusminister hat sich von dem bösen Geiste Schwarzkopff nicht losmachen können, der seinen Amt nach wie vor walte. Wir haben bei Herrn von Stuhl kein Glück mit der Wahl des Kollegen Singer gehabt, wir haben es nicht bei Herrn Dowe. Unsere gute Absicht, die Schulverwaltung und die Verwaltungskontrolle unter Teilnahme aller Gruppen der Bürgerchaft funktionieren zu lassen, ist umgekehrt gemacht, und wir haben jetzt auch nicht einmal mehr ein Ansehungsrecht. Wir wollen aber wenigstens unser Bedauern über diese reaktionäre Entscheidung des Ministers aussprechen. Auch die Regierung wird einst erkennen, daß sie hiermit einen falschen Weg betreten hat. Die Ersatzwahl wird in der nächsten Sitzung erfolgen.

Zu den Kosten der Verbreitung der Universitätsstrafe zwischen Georgen- und Dorotheenstraße sollen die Gehälter der Grundbesitzer Nr. 1, 2, 3 und 3a auf Grund des § 9 des kommunalabgabengesetzes zu Beiträgen von 19 840, 25 439, 25 100, 23 949 M. herangezogen werden. Die Stadt hat seinerzeit für die Erwerbung des Straßenlandes und der Bürgerfestlegungserklärung 40 000 M. aufgegeben. Das Gesetz statuiert die Beitragspflicht für diejenigen Grundeigentümer, denen durch kommunale Anlagen besondere wirtschaftliche Vorteile erwachsen; der Magistrat hat 50 Proz. des entstandenen Mehrwerts als Beitrag normiert. Die Beiträge sollen spätestens am 1. April 1913 fällig sein.

Stadtv. Deimann (Soz.): Wir sind erfreut über diese Vorlage. Die schneller kommt, als wir es nach der Ablehnung der Wertzuwachssteuer erwarten konnten. Wir befürworten sofortige Verabschiedung der Vorlage, von einer Ausschussberatung mächten wir lediglich Nachteile für sie befürchten. In Charlottenburg ist dem gleichen Vorhaben des Magistrats bezüglich der Verbreiterung der Bismarckstraße durch den Bezirksauschuss die Genehmigung erteilt worden, weil der Vorteil nicht für jedes Grundstück der gleiche ist, und gegen die weitere Ablichtung des Magistrats, jedes Grundstück gesondert zu behandeln, ist im voraus Beschwerde beim Provinzialrat eingelegt. Alles dies ist auf Verreiben der dortigen Grundbesitzervereine erfolgt, und dieses Vorgehen eröffnet auch für Berlin eigentümliche Perspektiven. Auch uns gefällt manches an der Vorlage nicht, so ist der Satz von 50 Proz. des Mehrwerts viel zu niedrig. Um aber mit der Vorlage schnell fertig zu werden, wollen wir alle unsere Bedenken zurückstellen.

Stadtv. Haberland (A. L.): Auch wir wollen diesem ersten Versuch auf einem neuen Boden nicht entgegen sein, wünschen aber doch Ausschussberatung, um die Fristbestimmung näher zu prüfen. Die Mehrheit beschließt die Überweisung der Vorlage an einen Ausschuss.

In der Ausschussberatung sind die Magistratsvorschläge betr. die Vermehrung der etatsmäßigen Stellen im Etatsjahr 1908 und betr. die in den Etat für 1908 aufzunehmenden neuen oder abgeänderten Gehaltsstufen unverändert gutgeheißen worden. Der Ausschuss empfiehlt außerdem, den Magistrat aufzufordern, den Schied- und Lieberweisungsverkehr einzuführen und dies der Bürgerschaft durch geeignete Mittel bekannt zu machen.

Die Versammlung nimmt die Resolution an und genehmigt die Vorlagen ohne Debatte.

Von der Freien Fraktion (Stadtv. Ahlmann u. Gen.) ist der Antrag eingereicht:

„Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, die städtische Kunstdeputation durch zwei Bürgerdeputierte, Künstler von Beruf, zu verstärken.“

Stadtv. Ahlmann: Unsere Künstler bedauern, daß sie bei unserer Kunstdeputation keine Möglichkeit der Mitwirkung haben. Neben einem Künstler könnte vielleicht ein Kenner der Kunstgeschichte gewählt werden. Um die nötige Freiheit der Wahl zu gewährleisten, verzichte ich auf die drei Worte in meinem Antrag: „Künstler von Beruf“.

Die Stadtv. Stapp (A. L.), Rosenow, Dr. Nathan (Soz. fortshr.) und Dr. Langerhans (A. L.) erklären sich für den Antrag, der darauf angenommen wird.

Für die Feilergründung der neuen Inselbrücke und für die Herstellung der Normaluferlinie auf dem linken Spreerfer sind weitere Teile des Inselreichergrundstücks erforderlich, die mangels jedes Entgegenkommens der Besitzer auch im Wege der Enteignung erworben werden müssen. Der Magistrat beantragt, ihn zu den erforderlichen Schritten zu ermächtigen.

Die Versammlung stimmt ohne Debatte zu.

Die Ortsstatute 1. wegen Anstellung und Pensionierung der Kommunalbeamten, **2.** wegen Hinterbliebenenversorgung der Kommunalbeamten und **3.** wegen Hinterbliebenenversorgung der Direktoren und Direktoren sowie der angestellten Lehrer und Lehrerinnen der Berliner städtischen Schulen legt der Magistrat in einer revidierten Fassung zur Beschlussfassung vor. In den neuen Entwürfen sind die in den Novellen zu dem staatlichen Pensions- und Militärgesetz enthaltenen Änderungen des Beamtenrechts sowie die seit 1902 in der Organisation der städtischen Verwaltung eingetretenen Änderungen berücksichtigt worden; auch soll die Normierung fester Grundsätze für die Pensionierung der Kommunalbeamten in dem ersten Entwurf erfolgen.

Auf Antrag Liebenow (A. L.) gehen diese sehr umfangreichen Vorlagen sofort in einen besonderen Ausschuss.

Der mit 872 300 M. Kostenüberschlag abschließende Vorentwurf zum Neubau einer Gemeindedoppelschule und eines Straßeneinigungsdepots auf dem städt. Gelände an der Thorner, Schneidmüller, Schönlanke und Paul Döhring Straße wird auf Antrag Stapp einem Ausschuss überwiesen.

Der Kaufmann Lohff in Pantow verzeihert seit zehn Jahren gegen die Stadt Berlin, die ihm die Verwertung und den Betrieb seiner Flußbadeanstalt durch Verunreinigung der Pante unmöglich gemacht habe. Die Verunreinigung ist nach den erstatteten Gutachten auf die Berliner Kieselwässer zurückzuführen. Da die Prozesse zum Teil schon durch alle Instanzen getrieben und für Lohff günstig ausgegangen sind, will der Magistrat sich mit dem Kläger vergleichen und seine Grundstücke in Pantow und Niederschönhausen gegen 400 000 M. übernehmen. Der für die Angelegenheit eingeleitete Ausschuss empfiehlt, dem Vergleich zuzustimmen.

Die Versammlung beschließt demgemäß ohne Debatte. Dem Entwurf und Kostenanschlag für die Ueberbrückung des Landwehrkanals im Zuge der Köhlerer Straße hat der niedergesetzte Ausschuss seine Zustimmung gegeben. Der Referent Stadtv. Ahlmann geht in seinem Referat auf die genialen Verkehrsreformpläne des Stadtbaurats Krause zur Entlastung des Potsdamer Platzes, Pläne, deren Ausführung etwa 100 Millionen kosten werden, näher ein. In diesem Gesamtplan spiele die neue Köhlerer Brücke eine große Rolle. Die sämtlichen Einwände habe der Stadtbaurat flehentlich widerlegt; die Ueberleitung der vier abzuleitenden Straßenschnelllinien und einer neuen städtischen Linie über die Schöneberger Brücke sei ganz ausgeschlossen.

Stadtv. Körte (Fr. Fr.) kann die Vorteile des Brückenbaues namentlich für den Lastverkehr nicht einsehen. Der Wert der Brücke werde auch im Zusammenhang mit dem großen Krauseschen Programm sehr überschätzt. Die Schöneberger Brücke sei noch keineswegs überlastet. Der Stadtbaurat selbst sei dafür Autorität. Die neue städtische Linie Großgörschenstraße—Marquardtstraße sei zu ewiger Rentabilität verurteilt. Man solle nicht so mit dem Gelde herumschmeißen.

Stadtv. Dr. Ritter (Fr. Fr.): Der größere Teil meiner Freunde billigt das Projekt durchaus und tritt für die Vorlage ein. Damit schließt die Erörterung. Die Vorlage wird angenommen.

Die Vorentwürfe zu den Neubauten eines Direktorialgebäudes für das Friedrichs-Gymnasium auf dem Grundstück Albrechtstr. 26, einer Gemeinde-Doppelschule an der Tegeler Straße und einer Feuerwache an der Straße 31 zwischen der Ungarn- und Türkenstraße sind von dem betreffenden Ausschuss einstimmig angenommen worden; vorher aber hat man dem Stadtbaurat Hoffmann wegen seines angeblich zu langsamem und zu teurem Bauens ordentlich die Hölle heiß gemacht. Auch die Frage der Anlage von Dachgärten und Dachspielplätzen hat man bei dieser Gelegenheit ventilert.

Im Plenum ertönt von diesen Kämpfen nicht der geringste Widerhall; ohne Debatte werden die drei Entwürfe genehmigt.

Für eine besondere Entwässerungsanlage für die städtischen Anlagen in Buch sind 180 000 M. erforderlich. Die Vorlage hat in der Ausschussberatung allgemeine Billigung gefunden; ohne Diskussion wird sie auch vom Plenum angenommen.

Zum Etat des Gejindebelehungsstands weist **Stadtv. Ullstein (Soz. fortshr.)** auf den erfreulichen Verfall dieser Steuer für die Dienstboten hin, die 1908 nur noch 20 000 M. erbrachte habe. Hoffentlich gehe der Ertrag weiter zurück.

Der Etat wird nach dem Entwurf festgesetzt.

Der Magistrat sucht für die Waisenabteilung die Ermächtigung nach, mit einer in Mielezsh, Kreis Wilton, zu begründenden Anstalt zur Erziehung männlicher, schulenloser Fürsorgeerziehungszöglinge einen Vertrag abzuschließen, wonach die Stadt 100—140 Zöglinge gegen eine jährliche Vergütung von 500 M. pro Kopf dahin abgibt.

Stadtv. Ginge (Soz.): Der Verein, von dem hier die Rede ist, will eine Erziehungsanstalt einrichten ganz und gar auf Kosten der Stadt Berlin, die ihm mindestens 45 000 M. jährlich

garantiert. Weitere 40 Zöglinge a 450 M. und weitere 60 a 300 M. soll die Stadt dem Verein überwiesen können. Was Jucht und Strenge anbetrifft, dürfte hier die Erziehung eine sehr energische sein, da ja die Zöglinge ein Beschwerderecht kaum besitzen. Aus vielen Orten, wo man unsere Fürsorgezöglinge hingegen hat — als Dienstboten beiderlei Geschlechts oder als Knechte und dergleichen — werden mir wenig erfreuliche Tatsachen, namentlich bezüglich der Handhabung des Zuchtigungsrechtes, berichtet. Die Pflicht, die Berlin den Fürsorgezöglingen gegenüber hat, wird in solchen Privatanstalten nicht in der gehörigen Weise wahrgenommen, wie die Erfahrung mit dem Josephshaus in Potsdam bewiesen hat. Wir beantragen Ausschussberatung.

Stadtv. Dr. Langerhans ersucht um sofortige Annahme der Vorlage.

Stadtv. Borgmann: Wenn schon uns selbst so große Schwierigkeiten bei der Erziehung dieses Menschenmaterials entstehen, wieviel schwerer wird das anderen Anstalten werden! Gerade hier muß die peinlichste Vorprüfung erfolgen; ob unsere eigenen Anstalten so schlecht sind, daß wir uns an Privatanstalten wenden müssen.

Stadtv. Dr. Langerhans: Wir können nicht länger warten, wir haben schon zu viele Beispiele von Verbrechern, die aus den Anstalten hervorgegangen sind. Die Zöglinge sollten aber vielleicht gesondert werden nach dem Grade der Hoffnung, die unsere Erzieher noch an sie knüpfen; die, welche einer längeren Zwangs-erziehung unterworfen werden müssen, könnten weggeschickt werden.

Stadtv. Dr. Bernstein (Soz.): Nach dem Vertrage soll die Dienstvorschrift für Lichtenberg eine „jungemähe“ Anwendung auf die neue Anstalt finden. Diese Dienstvorschrift hat aber keinen Sinn, kann also keine „jungemähe“ Anwendung finden! (Heiterkeit.) Es sind pädagogische Vorkenntnisse darin; es darf Bett und Kost entzogen, es dürfen auch Strafen ausgeteilt werden! Diese systematische Prügelei befreie ich ganz und gar nicht. Ich verstehe nicht, wie Herr von Friedberg sich zum Träger solcher mittelalterlichen Ideen machen kann. In Zweifelsfällen soll der Arzt zu Rate gezogen werden. Was versteht der Arzt von der Prügelei? Wahrscheinlich soll er verhindern, daß ein schwerer Herz- oder Lungenanfall zu Tode geprügelt wird. (Lachen.) Die Haut soll nicht blutig geschlagen werden. . . .

Die Lichtenberger Instruktion muß verbessert werden; Ausschussberatung ist daher dringend notwendig. Uns scheint als Ideal die Erbauung eigener Anstalten und die Anstellung von Pädagogen vor, die psychiatrisch erfahren sind. Ein Teil der Zöglinge ist geistlich schwach oder geistestrank (Zurufe); Herr Kollege Richelet, Sie wissen doch nichts von der Psychiatrie. (Große Heiterkeit.)

Stadtv. v. Friedberg: In der Lichtenberger Anstalt wird nicht, wie es nach dem Vordrucker scheinen könnte, im Uebermaß gehaust. Ich als Leiter der Wassendeputation bin absolut gegen die Prügelstrafe, habe mich aber durch den sehr verdienten Vorsteher der Anstalt, einem älteren, sehr humanen Herrn, überzeugen lassen müssen, daß er dieses Mittel als ultima ratio (letzte Zuflucht) nicht entbehren kann. Er vollzieht Prügel mit eigener Hand (1), er glaubt, in Kolllaffen damit etwa Gutes (1) erreichen zu können. Wir kontrollieren auch durchweg jeden Fall, wo Prügelstrafe verhängt worden ist; noch niemals hat konstatiert werden können, daß eine Züchtigung zu Unrecht erfolgt ist.

Stadtv. Dr. Ritter: Wir werden für die Vorlage stimmen.

Stadtv. Dr. Langerhans: Herr Dr. Bernstein hat für meinen Vorschlag gesprochen. Wenn seine Ausführungen alle zutreffen, dann ist es nur um so nötiger, daß eine Trennung vorgenommen wird.

Stadtv. Singer (Soz.): Es sind Ausschüsse schon für unwichtigere Vorlagen eingesetzt worden. Nachdem wir den Sachverhalt kennen gelernt haben, wollen wir doch lieber spät als gar nicht auf Abhilfe sinnen. Die Berechtigung des Lichtenberger Direktors ohne weiteres auf einen anderen, uns Unbekannten, zu übertragen, ist doch geradezu gefährlich; die Rechte dieses Anstaltsleiters sollten etwas genauer umschrieben und nicht so schematisch behandelt werden. Gerade weil die Frage Familienpflege oder Anstalts-pflege freitrag ist, muß man um so vorsichtiger sein. Züchten unsere Anstalten nur Verbrecher, dann wird es damit kaum wesentlich anders stehen in Anstalten, wo eine Reihe von Vorbedingungen fehlt, die für unsere städtische Anstalt gegeben sind. Es mag ja vielen Kollegen nicht passen, daß von verschiedenen Seiten verlangt wird, daß auch die geistige Beschaffenheit der einzelnen beachtet wird; aber diese Forderung läßt sich nicht einfach ignorieren. Die Prügelstrafe entsetzt sowohl den, der geprügelt, als auch den, der geprügelt wird. Diese Frage, die in der ganzen modernen Entwicklung ihre Rolle spielt, ist wohl auch eine Erörterung in einem Ausschuss wert. Zeit geht darüber nicht verloren.

Stadtv. v. Friedberg: Die Dienstvorschrift ist nicht einseitig vom Magistrat erlassen worden, sondern hat auch die Versammlung passiert. Auch die von Dr. Bernstein angeregte Frage ist wiederholt von der Versammlung erörtert und entschieden worden.

Stadtv. Schulze (A. L.): Durch die Vorlage können wir in einem großen Zuge Luft schaffen und gleichzeitig sparen, indem wir die besonders Raubheimgen fortgeben.

Es wird Ausschussberatung beschlossen.

Dem Verein zur Speisung armer Kinder und Kollektender sollen einmalig und außerordentlich 4000 M. zum Zwecke der Frühstückverteilung an bedürftige Gemeindeglieder gewährt werden.

Der Magistrat legt die Polizeiverordnung zur Regelung der Entwässerung der Grundstücke durch die städtische Kanalisation zur Kenntnisnahme vor. — Auf Antrag des Stadtv. Salinger (A. L.) wird zur Vorberatung ein Ausschuss niedergesetzt.

Hauprogramm und Vorentwurf der neuen (IV.) Zarenanstalt in Buch

werden vom Magistrat vorgelegt.

Stadtv. Goltfried Schulz (Soz.): Die Vorlage trägt Ausschussberatung. Es handelt sich hier um ein Objekt von 12 1/2 Millionen. Die Anstalt soll 1 1/2 Kilometer weit von der Zentrale erbaut werden und sollte daher eine eigene Kesselanlage erhalten. Die Zentrale würde u. a. nicht genügenden Druck liefern, weil bei der weiten Entfernung 2 bis 2 1/2 Atmosphären verloren gehen werden. Hätte man früher schon die Zentrale näher an die Stettiner Bahn gelegt, so hätte man bedeutend an Kohlen gespart und auch keine Extragelbe gebraucht. Am liebsten wäre es uns, wenn eine Zentrale, wie es seinerzeit der Reichstag machte, die praktischste Herstellung der Anlage ergründete. Sehen Sie einen Ausschuss von 15 Personen ein!

Die Stadtv. Gremmer (Fr. Fr.) und Dr. Isaac (A. L.) wünschen ebenfalls Ausschussberatung.

Stadtv. Dr. Jadel (Soz.): Die Vorlage sieht kein besonderes Haus für die Pfleger vor, sondern bringt sie wie bisher in den Dachgeschossen der einzelnen Anstaltsgebäude unter! Die Motive führen dafür nicht stichhaltige, ja einander sogar widersprechende Gründe an. Die Pfleger haben allerdings nur 1/2 Stunden Mittagspause; aber das ist geradezu ein Unfug, der noch zuzufügen aus der Gesundheitsordnung kommt, daß man so stark in Anspruch genommene Leute mit einer Mittagspause abweist, wie sie sich kein Arbeiter gefallen ließe. Hätten sie 1 1/2—2 Stunden Pause, dann würde auch der Weg nach dem besonderen Hause nicht ins Gewicht fallen. Wir müssen eben dahin kommen, daß das gesamte Pflegepersonal die innere Anstalt nur zum Dienste betritt.

Die Vorlage geht an einen Ausschuss.

Die öffentliche Sitzung schließt hierauf um 8 Uhr.

Aus der Partei.

Aus dem russischen Parteibüro.

Das Organ des Petersburger und Moskauer Komitees der sozialdemokratischen Partei, „Der Proletarier“, bringt nachstehenden Bericht über die Tätigkeit der Petersburger Parteioorganisation: „Die Lage der sozialdemokratischen Organisation ist bei weitem nicht so schlimm, wie es vor etwa zwei Monaten schien. Unsere Organisation erwies sich standhafter als alle anderen, die in den

Arbeiterkreisen tätig waren. Nach den pessimistischsten Berechnungen zählt sie gegenwärtig trotz aller Mißgeschick etwa 3000 mehr oder weniger aktive Parteimitglieder. Von „Intelligenten“ sind sehr viele ausgeschieden; man kann ohne Ueberreibung sagen, daß etwa neun Zehntel von ihnen die Organisation verlassen hat. Das hatte aber auch seine guten Seiten. Die Arbeiter selbst nahmen nun die Sache in die Hand. Der größte Teil der Parteiarbeit in den Manons ruht in den Händen der Arbeiter. Der Einfluß der Organisation auf die Massen wächst; das hat der Streik vom 5. Dezember (aus Anlaß des Prozesses der sozialdemokratischen Dumafraktion) deutlich bewiesen.

Gegenwärtig wird die Parteioorganisation in gewissem Sinne vollkommen umgebaut: es ist beschlossen worden, dem ökonomischen Kampf in den Tagesfragen des Fabriklebens besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Neben einer regen Agitation für den gemeinschaftlichen Zusammenhalt wurde beschlossen, daß die Parteioorganisation selbst sich im Namen der Partei am ökonomischen Kampf beteiligen und ihn nach Möglichkeit unterstützen. Die Gewerkschaften (34 an der Zahl) sind hier zwar legalisiert, allein selbst die stärksten von ihnen streifen, wie allgemein anerkannt wird, ein kümmerliches Dasein. Es ist ihnen unmöglich, sich irgendwie aktiv hervorzutun, weil sie sonst unverzüglich aufgehoben werden würden. Sie beschränken sich deshalb darauf, das Unterhaltungs-wesen auf eine mehr oder weniger solide Basis zu stellen und an der Bildungstätigkeit in geringem Grade teilzunehmen.“

Die Unternehmer greifen unterdessen zu immer schrofferen Maßnahmen gegen die Arbeiter. Wenn diese nicht rechtzeitig zur Abwehr rüsten und der Verteidigungskampf nicht in geschlossener Schlang von der Partei und den Gewerkschaften geführt wird — stehen wir vor einer makellosen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.“

Die Parteioorganisation beschloß aus diesem Grunde, alle Kraft für diesen Kampf aufzubieten, wie auch die Sozialdemokraten innerhalb der Gewerkschaften zu organisieren. . . . Das Parteikomitee beschloß desgleichen, den Schwerpunkt seiner Tätigkeit auf die Parteikomitees zu übertragen, wo sich, wie in früheren Jahren, die einflussreichsten Arbeiter zu konzentrieren anfangen.“ Endlich übernahm das Komitee eine energische Agitation gegen die Ueberstundenarbeit, beteiligte sich an der Arbeit in den Genossenschaften und Bildungsinstitutionen und trat in nähere Verbindung mit den Handwerkern, in deren Mitte die sozialdemokratische Agitation vollkommen ins Stocken geraten war. —

Gemeinbewahlerfolge.

Im Landkreis Rassel hat die Sozialdemokratie bei den eben beendeten Gemeinderatswahlen beachtenswerte Erfolge errungen. Es sind in 19 Orten insgesamt 81 Mandate erobert worden. Sozialdemokratische Gemeindevorteiler wurden gewählt in Köhrensruh, Köhle, Halsa, Breitenbach, Großenritte, Altenritte, Wollmarshausen, Nordshausen, Eigershausen, Eichenstruth und Wollshanger je einer, in Döshausen, Heiligentode und Waldau je zwei, in Harleshausen drei der dritten Abteilung, in Sandershausen je einer in der dritten und zweiten Abteilung, in Vergshausen und Crumbach je einer in der dritten und zwei in der zweiten Abteilung und in Riederbellmar zwei in der dritten und einer in der ersten Abteilung. In den vor dem Tore von Rassel gelegenen Dörfern Sandershausen und Crumbach besitzen unsere Genossen jetzt die Mehrheit im Gemeinderat. Ueberall sind die Stimmenzahlen gegen die früheren Wahlen erheblich gestiegen; in vielen Fällen wurden die Arbeitervertreter ohne Gegenkandidaten gewählt. Es geht infolge der Ausbreitung von Organisation und Presse auch auf dem Lande vorwärts!

In Pomerandorf bei Stettin und in Jüllshov, beides kleine Industrieorte, brachten wir bei den Gemeinderatswahlen je einen Genossen in der dritten Abteilung durch.

Personalien. Der Meldung, daß Genosse A. Wagner eine Gefängnisstrafe antritt (siehe unter Redakteurfreunden) fügt das „Nordd. Volksblatt“ zu Vant-Wilhelmshaven hinzu: „In die oldenburgische „Freiheit“ kehrt Genosse Wagner nicht mehr zurück, da er von den Braunschweiger Genossen in die Redaktion des dortigen „Volksfreund“ gewählt worden ist und die neue Stelle nach Verbüßung der Gefängnisstrafe anzutreten gedenkt. Mit dem Konflikt der Redaktion mit der Landtagsfraktion hat das Ausscheiden des Genossen Wagner nichts zu tun, da die Braunschweiger Stelle schon längere Zeit vor der Abstimmung der Landtagsfraktion ausgeschieden war. Seine Redaktionskollegen wie wohl auch die Mehrheit der Parteigenossen in Stadt und Land sehen Genossen Wagner ungern aus der Redaktion des „Volksblattes“ scheiden.“

Von der schweizerischen Sozialdemokratie. Das sozialdemokratische Parteikomitee ist von der Geschäftsleitung auf den 10. April nach Biel einberufen, um unter anderem folgende Geschäfte zu behandeln: Internationales Bureau, Revision der Parteistatuten, Vorbereitung der Tagesordnung des nächsten Parteitages, auf dem die Einführung der obligatorischen Mobilversicherung, die Revision des Obligationenrechts, Kranken- und Unfallversicherung, Getreidemonopol und Nationalratswahlen behandelt werden sollen. — Die sozialdemokratische Partei des Kantons Jürich hält am nächsten Sonntag in Alstetten bei Jürich einen Parteitog ab, auf dem die am 28. April zur Volksabstimmung gelangenden Vorlagen: Antistreichgesetz und Hochschulbauten, ferner die am gleichen Tage stattfindenden Regierungs- und Kantonsratswahlen besprochen werden.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Redakteurfreunden. Genosse Richard Wagner vom „Norddeutschen Volksblatt“ zu Vant-Wilhelmshaven tritt am Sonnabend in Oldenburg die dreimonatige Gefängnisstrafe an, zu der er am 22. Januar wegen angeblicher Verleumdung des Bürgermeisters von Delmenhorst in einer Rede, mehreren Artikeln des „Volksblattes“ und einer Sonntagsplauderei verurteilt worden war.

Am Mittwoch bezog Genosse Brecon von der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ zu Kiel die Staatsstrafe in Reumünster, um die einmonatige Gefängnisstrafe „abzubüßen“, die ihm wegen angeblicher Verleumdung des Bürgermeisters Rans in Uetersen aufgedrückt worden ist.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Arbeitsniederlegung auf dem „Sulkan“.

Der „Stettiner General-Anzeiger“ meldet: Stettin, 26. März. Infolge der Ablicht der deutschen Schiffswerften, wegen des Streiks auf den Howaldtwerken in Kiel die Arbeit vom kommenden Sonnabend ab allgemein eingeschränkt, haben heute nachmittags 400 Meter vom hiesigen „Sulkan“ die Arbeit niedergelegt.

Spendable „Faten“.

Kiel, 26. März. (M. L. B.) Der Provinziallandtag der Provinz Schleswig-Holstein bewilligte in seiner heutigen Sitzung 10 000 M. zur Beschaffung eines Patentschiffes für das Linienschiff „Schleswig-Holstein“. Für die Offiziersmesse ist ein Bildnis der Kaiserin Auguste Viktoria, für die Mannschaft eine Bibliothek in Aussicht genommen.

„Theoretisch in den Grund gebohrt“!

Toulon, 26. März. (M. L. B.) Während der gestrigen Manöver gelang es den Unterseebooten, zwei Panzerkreuzer theoretisch in den Grund zu bohren.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Rede Bebels über die Ausweisungsschmach und die Schande des Dreiklassenwahlrechts.

In der Sitzung des Reichstags vom 24. März 1908, in der über die Äußere und innere Politik des Reichs verhandelt wurde, hielt Genosse Bebel eine ausgezeichnete Rede, die wir nach dem amtlichen Stenogramm im Auszuge wiedergeben.

Abg. Bebel:

In der Hauptsache bin ich von den Auslassungen des Reichskanzlers und des Staatssekretärs über die auswärtige Politik befriedigt. Besonders begrüße ich, was die beiden Herren in bezug auf die Haltung Deutschlands gegenüber Marokko, dem Balkan und unsere Stellung gegenüber Persien ausgeführt haben.

Der Herr Reichskanzler ist im Laufe seiner Ausführungen auf den Brief des Kaisers an den Lord Tweedmouth zu sprechen gekommen. Wenn, wie er sich äußerte, dieser Brief von jedem von uns unterschrieben werden könnte, wenn das richtig ist — und ich bezweifle es nicht in geringstem —, dann wüßte ich mich im höchsten Grade, warum der Briefschreiber selbst keine Verantwortung übernommen hat, sobald die Angriffe auf jenen Brief dazu ausgenutzt wurden, gegen Deutschland Stimmung zu machen, dessen Veröffentlichung zu veranlassen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Vor allem hätte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, das offiziöse Organ der Regierung, nicht eine Reihe von Tagen hingehen lassen sollen, ohne überhaupt eine Äußerung zu machen. (Sehr richtig!) Das hat in weiten Kreisen den Glauben erweckt, daß die denunziatorischen Angriffe der „Times“ mehr oder minder berechtigt wären. Es läge doch im Interesse der regierenden Männer selbst, daß, sobald sie entschieden, daß nach irgend einer Richtung ihren Absichten falsche Unterstellungen gemacht werden, sie Rechtstellungen veranlassen. Das läge aber auch ganz besonders im Interesse des Volkes. Die Verhörungen betreffen aber nicht bloß einen Teil der englischen, sondern auch einen Teil der deutschen Presse. Besonders die „Flotteninteressenten“-Presse macht fortgesetzt gegen England Schorn und sucht nachzuweisen, daß wir eines Tages mit England in Krieg kommen müßten, und daß deshalb unsere Flotte in höherem Maße als bisher ausgebaut werden müsse. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Daß man jenseits des Kanals diese Auffassung zu teilen anfängt, darf uns nicht wundern. Dabei möchte ich einer von mir schon lange gehegten Ansicht Ausdruck geben, von der ich verwundert bin, daß sie nicht auch bei uns in den regierenden Kreisen zum Durchbruch gekommen ist. Zu unserer allgemeinen Ueberraschung haben wir erlebt, wie die sehr scharfen Interessengegensätze zwischen Frankreich und England und ebenso, wie die noch schärferen Gegensätze zwischen England und Rußland

durch Verträge ausgeglichen

worden sind. Wenn diese Gegensätze, die weit schärfer waren, als sie zwischen England und Deutschland bestehen können, überbrückt worden sind, so muß es im höchsten Grade verwunderlich erscheinen, daß keine Verständigung zwischen Deutschland und England möglich sein soll. Ich kann mir das nicht anders erklären, als daß zwischen den Leitern beider Staaten Stimmungen existieren, die die Abschließung eines solchen Vertrages unmöglich machen. Mit lebhafter Genugtuung werde ich es begrüßen, wenn es gelingt, die vier Großstaaten und die fünf Kleinststaaten, die um die Nord- und Ostsee gelagert sind, dahin zu einigen, daß der Status quo in der Nord- und Ostsee aufrecht erhalten wird. Es wäre dies infolgedessen sehr erfreulich für uns, weil damit ein wesentliches Grund für weitere „Flotten-“ und „Militär“-Rüstungen wegfällt. (Sehr richtig! b. d. Soziald.) Gelingt es, unter angrenzenden Meeresstaaten solche Verträge zustande zu bringen, so sehe ich nicht ein, warum Ähnliches nicht auch möglich sein soll in bezug auf die Grenzverhältnisse auf dem Lande; denn dann wäre kein Grund mehr vorhanden, daß die Staaten aufeinander loszuschlagen könnten und Eroberungen zu machen hätten.

Wenn der Herr Staatssekretär in Aussicht gestellt hat, daß dem Reichstag in Kürze ein Weisbuch zugehen soll über Marokko, so möchte ich bitten, dieses Weisbuch etwas vollständiger zu machen, als jenes war, das von seinen Vorgängern veröffentlicht worden ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Weisbuch, das die französische Regierung ihrer Kammer vorlegte,

enthielt damals ungefährmal soviel als das unserige. Das ist entschieden eine

Zurücksetzung des deutschen Reichstages.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich komme nunmehr zu der von meiner Fraktion eingebrachten Resolution: Den Reichskanzler zu erlauben, dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem Ausweisungen von Ausländern aus einem deutschen Bundesstaate nur auf Grund eines richterlichen Urteils zulässig sind, das auf Grund reichsgesetzlicher Vorschriften über die Zulässigkeit von Ausweisungen ergangen ist. — Die Konservativen und Nationalliberalen haben bereits ihre ablehnende Stellung begründet. Wir sehen in dem Antrag nichts weiter als eine Folge eines einstimmig gefassten Beschlusses, den die deutsche Kriminalistenvereinigung, eine hoch angesehene Vereinigung, die in dieser Frage als besonders kompetent angesehen werden muß, 1906 angenommen hat. Bei der heute bestehenden Polizeivollmacht hinsichtlich der Ausweisungen sollte jedermann, der auf dem Standpunkt steht, daß der Staat alle seine Handlungen nur vom Standpunkt des Rechts ausführen soll, dafür eintreten, daß einem solchen Antrage Folge gegeben wird. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ich mache darauf aufmerksam, daß im Januar 1905 der Reichstag eine Resolution annahm, welche forderte, daß die Auslieferungsbefugnisse der Einzelstaaten — zwischen Preußen und Rußland und Bayern und Rußland — gekündigt und durch solche des Reichs ersetzt würden. Jene Verträge waren zustande gekommen, indem Fürst Bismarck, da er beim Reichstage nicht zu seinem Ziel gelangen konnte, sich an das preussische Dreiklassenparlament wandte, das den Vertrag genehmigte. Der Reichstag war jedenfalls in früheren Perioden der Meinung, daß er auf diesem Gebiete sehr ernst und entschieden mitzuwirken habe. Ich erinnere nur an den Protest Windthorst's gegen die Massen-Ausweisungen der russischen und österreichischen Polen, die 1886 unter dem Fürsten Bismarck stattfanden. Nun erfolgen ja bekanntermaßen die Ausweisungen unter dem Vorbehalt, der Betreffende, der ausgewiesen wird, habe sich lästig gemacht. Der Begriff „lästig machen“ ist nun jedenfalls sehr dehnbar, so daß jeder Polizeibeamte, der aus irgend einem Grunde einen Ausländer gern außer Landes bringen möchte, die Möglichkeit besitzt, ihn aus dem Reichsgebiet hinauszu- bringen. Welche sehr üblen Wirkungen diese Ausweisungsmethode häufig im Gefolge hat, beweist eine Verordnung des Herrn v. Bethmann-Hollweg, als er noch Minister des Innern in Preußen war, in der er sich gegen die größte Polizeiparoxie wandte. Es ist offenbar — das zeigt dieser Erlaß ebenfalls —, daß in vielen Fällen es sich um Ausweisungen handelt, die nicht etwa von den betreffenden auswärtigen Regierungen, sondern von der preussischen Polizei aus eigenem Antriebe veranlaßt worden sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie weit aber die Polizei geht, um Ausländern, die politisch unangenehm sind, im Inlande das Leben sauer zu machen, davon hat meine Partei im Herbst vorigen Jahres ein besonderes Beispiel erlebt. Wir hatten bekanntermaßen die Gründung einer Parteischule geplant; an dieser Parteischule sollten zwei Ausländer, ein Dr. med. Hilferding aus Wien und ein Professor Dr. Pannkoek, dozierten über durchaus abstrakte wissenschaftliche Thematika, wie „Nationalökonomie, Soziologie, materialistische Geschichtsauffassung“ usw. Sobald bekannt wurde, daß diese beiden Männer an der Parteischule angestellt wurden, wurde ihnen von der hiesigen Polizei mitgeteilt, daß sie, wenn sie sich unterständen, dort Vorträge zu halten,

sofort ausgewiesen

werden würden. (Lebhafte Zurufe. Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Nun hat ja die preussische Verfassung einen sehr schönen Artikel, der lautet: Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei. (Aachen bei den Sozialdemokraten.) Daß dieser Artikel nur eine Phrase ist, wissen wir. Dies hat schon der Fall Kronz gezeitigt, der als Phylister — ich betone, als Phylister! — an der hiesigen Universität lehren wollte, dem dies aber verboten wurde, weil er Sozialdemokrat ist. Das ist die Freiheit der Wissenschaft im Kulturstaate Preußen. Daß der preussische Staat ein wirklicher Kulturstaat sei, das ist eine der größten Lügen, die jemals ausgesprochen sind. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Widerspruch rechts.) Nun haben die betreffenden zwei Personen, denen unter so eigentümlichen Umständen die Ausweisung angedroht war, Beschwerde bei ihren Regierungen erhoben, und ich habe zu konstatieren, daß sie die Auffassung ihrer Regierungen auf ihrer Seite hatten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Denn diese gingen auf die Beschwerde ein und erhoben hier beim Auswärtigen Amt Beschwerde. Das zeigt deutlich, daß man im Auslande keine

schönigen Ehebruchskomödie Pariser Fässon herbeigeholt hatte, um die abgenutzten Vikarierien durch die Vermittlung dieses hohen Herrn mit ein paar neuen Wirgen aufzufrischen. Molnars Mephisto ist ein Kavaliere, ein Weltmann, dessen ganze Welt nicht weiter als vom Salon bis zu dem Vouloir reicht, ein Teufelspezialist, der sich darauf beschränkt, Männlein und Weiblein aus dieser Sphäre, an denen wirklich nicht viel zu verderben ist, zu stüchtigen Sinnentransche aufeinander zu hegen. Er soll ja wohl das „Schicksal“ personifizieren, auf welches die feinen Damen nach dem begangenen Fehltritt die Schuld gern abzuschieben pflegen: die keinen Umstände und Zufälligkeiten, die schon bei dem Erwachen der Begierde mitwirken und gefällig die Wege zur Erfüllung ebnen. Er soll der schadenfrohe Arrangeur und Wacker der Gelegenheiten sein, der mit den Seelen der Verliebten wie die Kugel mit der Maus spielt. Aber dieser Einfall hätte in dramatischer Ausführung nur dann auf eine intimere Anteilnahme rechnen können, wenn die Subjekte, die der Teufel für seine Experimente auswählt, mehr als bloße Marionetten wären, so daß sich aus dem Spiele der Eindrücke irgend einer psychologisch bedeutsamen Notwendigkeit herauslösen könnte. Schnitzler, der in seinem „Paracelsus“ Spul und Wirklichkeit zu einem gedankenvollen, einheitlich geschlossenen Ganzen verwebt, hätte einer solchen Aufgabe vielleicht zu genügen vermocht. Bei Molnar aber ist das Spiel des Teufels nur ein äußerer Effekt, der den Mangel tiefer verankelter Motivierung verdecken soll. So bringt es der Autor wohl zu manchen wichtigen, mitunter recht zweideutigen Punkten, doch nirgends entfaltet sich eine tragende Stimmung. Die Kunststücke Satans verbinden sich mit einer höchst banalen Nüchternheit. Nachdem im ersten Akt die Absicht klar geworden, erscheint das weitere als ein überflüssig leeres, nur durch gewisse Trübs der Wache aufgeputztes Weiserpinnen.

Eine Dame der Gesellschaft läßt sich von ihrem Gatten zur Sitzung in das Atelier eines befreundeten Malers begleiten, den sie vor ihrer Heirat geliebt hat. Sobald der Eheherr gegangen, versucht der Künstler, nach sechsjähriger Unterdrückung die alte Liebhaberrolle wieder aufzunehmen, wird aber trughaft zurückgewiesen. Da tritt der fremde Herr, der elegante Gottliebweins, in das Zimmer und sagt der Dame die Wünsche und Gedanken, die unterhalb der Schwelle ihres Bewußtseins sich dämmend bewegen, dreist ins Gesicht. Sie leugnet empört und schießt zugleich mit Schreden die Nacht, die der Unbekannte auf sie ausübt. Sie will einsehen, doch er versteht es, die Einladung zu einem Fest in ihrem Hause zu erzwingen. Diese Szene, der Auftakt ist im Verhältnis die wirkungsvollste des Schauspiel. Die Kosten des zweiten Aufzuges werden größtenteils durch eine Erfindung im Residenz-Theater-Stil aufgebracht. Der Teufel scheint Monna Wamma zu kennen. Er verlangt von Jolantha, daß sie beim Feste nackt allein, mit einem Mantel angetan, in den Saal komme. Nur so werde sie den flatterhaften, eben noch von ihr abgewiesenen Maler, von neuem an sich fesseln. Sie erscheint in der Tat in einer zweifelhaften Hülle. Der Maler rast,

eigenen Gedanken hat über die Ausweisungsmethode, die Preußen Deutschland befolgt; denn bei allen diesen Vorgängen handelt es sich ja immer nur um Vorkommnisse in Preußen — ein Beweis, daß Preußen die

Zukunft aller Reaktion in Deutschland

ist (Wabro! bei den Sozialdemokraten. Lachen rechts), daß Preußen das Unglück Deutschlands ist. (Lebh. Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Lachen rechts.) Ohne Preußen wäre Deutschland in der Tat wohl der vorgezeichnete Staat der Welt. (Lebh. Sehr wahr! bei den Soziald., große Lärme.) Es ist sehr merkwürdig, daß es in dem preussischen Ministerialerlaß vom 31. Dezember 1907 heißt: Betreffend die Zulassung ausländischer Arbeiter zur Arbeit in der Landwirtschaft und gewerblichen Betrieben in Deutschland. Seit wann hat ein einzelner Staat das Recht, Verfügungen über ganz Deutschland zu erlassen. (Hört! hört! und Zuruf bei den Sozialdemokraten: Schon lange!) Wir ist das neu! Jedenfalls ist es in den bestehenden gesetzlichen Verhältnissen nicht begründet. Der Staatsrechtslehrer Laband hält jedenfalls daran fest, daß der einzelne Staat nur innerhalb seiner Landesgrenze, nicht, wie es jetzt geschieht, auf ganz Deutschland die Ausweisung verfügen kann. Die zitierte Verfügung aber nimmt das Ausweisungsrecht auf ganz Deutschland in Anspruch. Ich habe hier eine Verfügung des Mittelner Landrats, wodurch ein seit neunzehn Jahren in Deutschland beschäftigter (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten) russischer Staatsangehöriger aus dem Gebiete des Deutschen Reichs ausgewiesen wird. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Diese Ausweisung eines Mannes, der sich nichts hat zuschulden kommen lassen, ist ein

geradezu schamloses Verhalten

von seiten preussischer Behörden, ein skandalöser Vorgang. (Witzpräsident Kaempf ruft den Redner zur Ordnung — Bravo rechts.) Es ist und bleibt ein starkes Stück, daß ein Arbeiter, der nie ein Vergehen begangen, nicht eine einzige Strafe auferlegt bekommen hat, nach neunzehnjährigem Aufenthalt unerbittlich aus Deutschland ausgewiesen wird. (Zurufe bei den Nationalliberalen.) Sie reden soviel von der Ehre Deutschlands, lassen dieselbe aber, wo sie wirklich in Frage kommt, mit Füßen treten. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das sind ja nur Arbeiter! Wenn es Bourgeois wären, wäre es etwas anderes!) Selbst die dritte Duma hat alsbald die Handhabung der Ausweisungen in Preußen zum Gegenstand ihrer Erörterungen machen. (Zuruf links.) Natürlich die russische Duma, oder denken Sie etwa, die preussische Duma? (Große Heiterkeit.) In der österreichisch-ungarischen Delegation ist bereits die preussische Ausweisungspraxis zur Sprache gebracht worden, ist die Polenpolitik Preußens und insbesondere auch der von mir gekennzeichnete Erlaß des preussischen Ministers des Innern Gegenstand der Verhandlungen und heftiger Angriffe gewesen. Ganz besonders meine Parteigenossen richteten dort ihre schärfste Opposition gegen das durchaus unfreundliche, arbeiterfeindliche Benehmen, das die preussisch-deutsche Regierung sich gegen die österreichisch-ungarischen Arbeiter erlaubt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Selbst der sogenannte deutsch-nationale Arbeiterkongress vom vorigen Herbst hat sich über die Ausweisung eines italienischen Sekretärs der christlichen Gewerkschaften beschwert. (Hört! hört! b. d. Sozialdem.) Die Frage wird uns beim § 7 des Vereinsgesetzes noch beschäftigen. Bei der Masseneinfuhr ausländischer Arbeiter in die Industriebezirke, besonders Rheinland-Westfalens, engagieren die Gewerkschaften aller Richtungen führende Elemente aus den fremden Nationen und stellen sie als Arbeitersekretäre an. Vor ein paar Jahren wurde der italienische Sekretär der freien Gewerkschaften aus allen Staaten Deutschlands

ausgewiesen

und jetzt nimmt man bereits die Vertreter der christlichen Arbeiter am Schopf und jagt sie außer Landes, damit unsere deutschen Arbeiter jedes Mittel der Verbindung mit den fremdsprachlichen Arbeitern verlieren. (Hört! hört! links.) Es ist eine famose Politik, die Sie, meine Herren Freisinnigen, mit Ihrem § 7 im Vereinsgesetz zu treiben gedenken. Die preussische Polizei nimmt bei ihren Ausweisungen noch ganz besonders agrarische Interessen wahr. Der in einer Berliner Holzleiten- und Rahmenfabrik beschäftigte russische Pole Menzobial wurde ausgewiesen, weil er in einem gewerblichen Betriebe nicht als Ausländer beschäftigt werden dürfte. Dinzugefügt wurde: Wenn Sie nachweisen, daß Sie in einem landwirtschaftlichen Betriebe tätig sind, dann ist es etwas anderes. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es ist wieder unter Wusterhausen Preußen, der auf diese Weise agrarische Politik treibt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) — Im

Kleines feuilleton.

Opernauftausch. Die preussisch-deutsche Auslandspolitik liebt den Wechsel zwischen dreifachender Verstärkung und aufgedünnten Liebendwürdigkeiten. Wenn sie sich irgendwo durch prahlische Brutalitäten genügen verhält gemacht hat, sucht sie durch keine Aufmerksamkeit wieder umzustimmen. (In älteren Familienkomödien ist dieser Stoff des öfteren behandelt.) Raube Gemüter durchschauen diese Zusammenhänge nicht und reden von wohlwunder Initiative impetiver Kunstpolitik, die dem deutschen Geiste neue Bahnen erschließen, und ähnlichen. Die Erfolge, die mit den verschiedenen nach auswärts gestifteten Denkmälern, mit der pomphaften Ehrung von mächtigen und zweifelhaften ausländischen Künstlern, womit man die betreffenden Nationen zu gewinnen dachte, mit Austauschprofessoren usw. erzielt wurden, sind vom Standpunkte eines nüchternen Handelspolitikers aus sehr unrentable Geschäfte gewesen. Von dem kulturellen Einfluß gar nicht zu reden.

Troydem werden diese Methoden, die in absolutistischen Zeiten angemessen gewesen sein mögen, mit Eifer fortgesetzt, obwohl die bemühten Völker bisher mit eifrigem Schweigen geantwortet haben. In Berlin ist in demselben königl. Opernhause, das in der idyllischsten Weise die ihm obliegenden Aufgaben gewissenhafter Aufstufung vernachlässigt, kürzlich eine „Eugenotten“-Aufführung heraufgebracht worden. Mit all den historischen Sinkerlichkeiten, die man bisher als lächerliche Meiningerer verspottete, mit dem Wappenstein, der mit belebender, individualisierender Inszenierung nichts zu tun hat. Zwei Direktoren der großen Pariser Oper waren dazu in einer Weise eingeladen worden, daß sie nicht abjagen konnten. Und nun geht das bekannte Spiel los. Interviews in der reaktionären Pariser Presse, die für gesellschaftsfähig gilt. Lobprüdige über laienhaftes Kunstverständnis, die deutschen Opernintendanten erneuten Anlauf zu ähnlichen geben. Die kaiserlichen Privatansichten über Meyerbeer werden aufgeführt, als ob sie von den musikalischen und musikerständigen Deutschen geteilt würden. (Diese halten Meyerbeer für einen großen Wacker und Effektarrangeur.) Und schließlich taucht zunächst beiseite und verstreut der Plan auf, zwischen der Pariser und Berliner Oper einen Austausch zu veranstalten. Deutschland soll die „Eugenotten“ und Frankreich „Gounods Faust“ beisteuern! Das wäre dann glücklich die größte Blamage, die — künstlerisch — die beiden Länder einander antun können. Um so mehr Ausfuhr auf Verwirklichung hat freilich dieser neueste Völkeraustausch. Unsere Politik sieht im Zeichen der großen Oper Meyerbeers und Gounods!

Theater.

Leffing-Theater. „Der Teufel“, ein Spiel von Franz Molnar. Das Stück des jungen ungarischen Verfassers wurde mit starkem Beifall aufgenommen, obschon, vielleicht auch weil Herr Molnar den Teufel nur als Schuttpatron einer grob ge-

das Publikum ist sehr gespannt, bis sich die Sache, Gott sei Dank, in Anstand auflöst. Die Dame hat unter ihrem Mantel ihre Nase anbehalten! Statt des Abschiedsbriefes, den sie dem Maler senden will, schreibt sie nach dem Diktat des Teufels eine Liebeserklärung und sucht den Adressaten, immer mit den angeblich besten Absichten, in seiner Junggesellenwohnung auf, worauf der Teufel nach glücklich beendigten Geschäfte sich empfindet.

Bassermann brachte den höhnischen Zynismus, das boshaft Uebertreue in der Figur des Salonjans mit virtuoser Meisterlichkeit heraus. Von den anderen Mitspielenden gab diesmal Jda Büst in der kleinen Episodenrolle eines Modells das Interessanteste. Sie wirkte überraschend echt.

Notizen.

Das abgelehnte Denkmal. Daß die Bürgerchaft einer deutschen Stadt irgend ein ihr von hoher Seite zugewendetes, ja aufgedrängtes Denkmal, das sie zudem noch selber zu bezahlen hat, ablehne — das wird man sobald nicht zu lesen bekommen. So weit verzieht sich keines braven Bürgers Namensmit. Ungefaßlicher war die Situation, von der hier berichtet wird. Der Bohememann Danny Gärtler hatte zu seiner eigenen Ehrung und des Klammehumburgs wegen der Stadt Köln ein Gedenkmal stiften wollen. Dieses unretroaktive Danaergeschenk ist nun einstimmig von der zuständigen Kommission abgelehnt worden.

Rusikronik. Die humoristischen Abende, die Sonntags im Rozartsaal veranstaltet werden, sollen fortgesetzt werden.

Eine Ausstellung holländischer Künstler wird in Berlin unter der Leitung des Professor Hans v. Barfels vorbereitet.

Darf ein Theaterdirektor die Aufführung eines angenommenen Stücks verweigern? Diese oft diskuterte Frage wird in nächster Zeit die Pariser Gerichte beschäftigen. Octave Mirabeau und sein Mitarbeiter Ratanfon hatten vor einem Jahre der Comédie Française ein Schauspiel „Le Foyer“ (Der Herd) eingereicht. Der Direktor Jules Claretie nahm das Stück an. 17 Proben hatten schon stattgefunden, als am 4. März Claretie den Autoren plötzlich mitteilte, er könne in den Proben nicht fortfahren, wenn nicht gewisse Änderungen vorgenommen würden. Vor allem forderte er, daß die Gestalt der wichtigsten Person des Stückes geändert werde. Diese ist ein Mitglied der französischen Akademie und Herr Claretie, der selbst Mitglied der „Unsterblichen“ ist, will offenbar seine Kollegen nicht beleidigen. Er schüßte allerdings vor, daß die in ein unglückliches Licht gestellte Persönlichkeit auch als Senator vorgestellt werde. In einem vom Staate subventionierten Theater sei aber eine Beleidigung des hohen Hauses unzulässig. Daß die Vorführung eines antwärtigen Gesetzgebers die Würde des Parlamentes verlege, ist eine Argumentation, die einem preussischen Renfor eher anständig, als einem Literaten von Namen, wie es Herr Claretie immerhin ist. Die beiden Autoren des „Foyer“ haben nun eine Klage eingereicht.

berigen Frühling wurde hier eine Razzia auf die russischen Leibesballen veranstaltet; ohne weiteres wurde eine große Anzahl Studierender ausgewiesen, obgleich man ihnen nichts Ungefährliches nachweisen konnte. Der russische Staat nimmt alle solche Liebesdienste wie eine selbstverständliche Pflicht hin. Vor zwei Tagen hat der Abg. Woffermann darauf hingewiesen, wie wenig Anerkennung Rußland für das deutsche Entgegenkommen während des russisch-japanischen Krieges beweisen. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Wenn einer hier in diesem Saale ein infernalischer Feind des offiziellen Rußlands ist, dann bin ich, und doch imponiert mir die russische Regierung, die nicht einmal „Danke“ für die deutschen Liebesdienste sagt und nicht um eines Haares Breite ihre Politik gegen Deutschland ändert. Die russische Politik bleibt nach wie vor deutschfeindlich. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Königshütter Polizei hatte auf eigene Faust verurteilt, dem Polen Jaborowski, der sich nichts anderes hatte zuschulden kommen lassen, als die mit 6 M. Strafe gebührende Nichtanmeldung in einem preussischen Ort an Rußland auszuliefern. (Lebhafte Aufe bei den Sozialdemokraten: Hört! hört!) In dem Prozeß gegen den „Bartwärt“-Medikatur Weber wegen angeblicher Verleumdung der Königshütter Polizei wurde festgestellt, daß

russische Polizeibeamte im Gefängnis gewesen

wären, um sich den J. anzufügen. Der Polizeirat Rädler, der Oberführer der gesamten Polizei in dem Bezirk (Jura bei den Sozialdemokraten: Oberhaupt!) meinetwegen Oberhaupt — berichtete: Besten war der russische Polizeiwachtmeister da. Für den Fall der Haftentlassung wird um polizeiliche Zuführung gebeten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Also ein russischer Polizeibeamter kommt zu einem preussischen Polizeibeamten und erucht ihn um Zuführung eines in Preußen mit 6 M. bestraften Mannes, damit er

nach Rußland angeliefert

werde. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Staatsanwaltschaft in Königshütte ließ an Rädler die Nachricht ergehen, der Auslieferung des J. an Rußland stehen keine Bedenken entgegen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Glücklicherweise unterließ auch Intervention des Verteidigers des J., dem wir dem Manne gesteht hatten, die Auslieferung. Es wurde dem J. aber verboten, nach der 30 Kilometer entfernten österreichischen Grenze zu reisen. Er wurde vielmehr gezwungen, nach der Schweiz zu gehen. Offenbar hatte die Polizei geredet: für 30 Kilometer hat J. das Geld, aber für 1200 Kilometer hat er nicht das Geld, und dann können wir ihn nach Rußland abschieben. Wir haben aber der Polizei einen Strich durch die Rechnung gemacht und dem J. das Reisegeld nach der Schweiz gegeben. Aber was ist das für ein Kulturstaat, in dem derartige Dinge vorkommen können. (Jura bei den Polen: Der russische Nudel!) Natürlich, bei der russischen und preussischen Polizei heißt es: Meine Tasche, deine Tasche! Interessant ist auch der Prozeß gegen Trofimoff und Strelzow. Sie hatten mit ihren Landsleuten Zusammenkünfte veranstaltet, in denen sie politische Angelegenheiten besprachen. Götten sie diesbezüglich angezeigt, wären sie sofort denunziert und aus dem Lande hinausgeworfen worden. (Sehr richtig! links.) Bei den traurigen Polizeiverhältnissen in Preußen müssen die Ausländer ihre Zusammenkünfte vor den Augen der Polizei zu verbergen suchen. Wir selbst haben es unter dem Sozialistengesetz genau so gemacht, und wenn die Nationalliberalen unter einem Ausnahmengesetz ständen, so würden sie es ebenso machen, vorausgesetzt, daß sie noch Nervenstump hätten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Strelzow wurde als ein besonders gefährliches Individuum charakterisiert, weil er für die „Sozialistischen Monatshefte“ geschrieben habe. (Weiterkeit.) Auf die Frage, was man unter dem sich lästig machen verleihe, erklärte der Polizeikommissar Herr v. Arnim: „Wir entscheiden

ganz allein

ob sich jemand lästig gemacht hat oder nicht.“ In dem Prozeß war Universitätsrichter Geheimrat Daube Zeuge und erklärte, daß die russischen Studenten der Berliner Universität ihren Papieren ein

Zeugnis über ihr politisches Verhalten

in Rußland beifügen müssen. Auf die weitere Frage, ob er nicht die russischen Studenten verwarnen müsse, die russischen Leibesballen zu bejahren, verweigerte er die Antwort und sagte nur, daß darüber Anweisungen des Ministers des Innern vorlägen, über die er nicht sprechen könne. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) So und in ähnlicher Weise ist die Sache verlaufen. Das Interessante dabei aber ist: es wurde in dem Prozeß festgestellt, daß in nicht weniger als drei Fällen von der preussischen Polizei der Verstoß gemacht worden war, russische Studenten zu Spiegeln der Polizei zu machen, indem man ihnen Geldbesprechungen machte (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), und unter den dreien war Trofimoff selbst. (Hört! hört!) Wir wissen, daß die preussische Polizei nicht nur im Inlande, sondern auch im Auslande überall ihre Hände hat. So hat der Schweizer Bundesrat den deutschen Polizeispiegel Karl Gruber ausgewiesen im letzten Sommer. Das sind dieselben Vorgänge heute wie vor 20 Jahren, als mein Freund Singer und ich in diesem Hause nachwiesen, daß damals die Ruffische „Freiheit“ von preussischem Polizeigeld in der Schweiz gedruckt wurde. (Hört! hört!) Ich will da nur noch an den Fall Schöne und v. Proschkows erinnern, wo ich den Nachweis führte, daß diese Herren dem durch die angeordnete Ausweisung in Angst geetzten russischen Kaufmann sagten: Wenn Sie bereit sind, uns Dienste zu leisten, können Sie nicht nur bei uns bleiben, wir werden Ihnen sogar eine lukrative Stellung verschaffen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Diese lukrative Stellung bestand darin, daß man ihn als Landesvertreter gegen sein eigenes Heimatland Rußland anwerben wollte. (Hört! hört! bei den Soz.) Da der russische Kaufmann Jude war, so stellte ihm die Berliner Polizei einen solchen Paß aus auf den deutschen Namen Fiedler und weiter wurde ihm ein Zeugnis ausgestellt, daß er, der Jude, Christ sei. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten und Weiterkeit), damit ihm wegen seiner Religion kein Hindernis in Rußland bereitet werden könnte. (Lachen rechts.) Trotzdem dieses Vorgehen der Polizei gegen eine ganze Reihe von Strafparagrafen verstoßt, ist bis heute nicht das geringste in dieser Angelegenheit geschehen. Ja, der ehemalige Justizminister v. Schönstedt hat recht, als er hier sagte: Wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diese Vorgänge veranlaßten im September 1908 den Deutschen Kriminalistentaag, die Frage, ob ein Ausweisungsgesetz für das Deutsche Reich erlassen werden sollte, auf seine Tagesordnung zu setzen. Die Frage wurde einstimmig bejaht. Wir haben geglaubt, wenn wir auf eine so hoch angelegene Autorität und stützen konnten, würde wohl auch der deutsche Reichstag sich dazu bequemen, in ähnlichem Sinne eine Resolution anzunehmen. Ob wir und darin getäuscht haben, wollen wir abwarten. Wie man im Auslande die Frage der Ausweisungen ansieht, namentlich in England, dafür möchte ich eine Neuerung des Lord Granville vortragen: Kraft der bestehenden Gesetze Großbritanniens haben alle Ausländer das unumstößliche Recht, sich bei uns aufzuhalten. Sie stehen in gleichem Grade wie die britischen Untertanen unter dem Schutze des Gesetzes. Sie können nicht anders bestraft werden als für einen Verstoß gegen das Gesetz und kraft des Urteilspruchs der ordentlichen Gerichte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das sind die Grundzüge, von denen England ausgeht, und die den Ruf Englands als eines freien Staates und als eines Kulturstaates in der ganzen Welt besetzt haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Daran nehme sich Deutschland ein Beispiel! — Ich möchte zu diesem Thema noch eine kurze Bemerkung machen. Beim Postetat hatte mein Freund Singer die Behauptung aufgestellt, daß das Postgeheimnis in Deutschland nicht gewahrt sei, und er führte dafür einige Beispiele an. Wie es mit dem Postgeheimnis in Deutschland gehalten wird, geht aus dem Urteil im Prozeß Trofimoff hervor, in dessen Begründung folgende Stellen enthalten sind: Die Ver-

liner Kriminalpolizei überzeugte sich alsbald, daß diese ihr zugegangenen Nachrichten begründet seien, denn sie fing wiederholt Briefe auf, in denen die Berliner Gruppe über ihre Tätigkeit an das Zentralbüro Bericht erstattete. Aber daß dies tatsächlich in Preußen Deutschland geschähe, das wissen wir auch aus eigener Erfahrung. (Jura von den Nationalliberalen.) Sie glauben es nicht, auch wenn die Beweise noch so erdrückend sind. Hier ist also ein eklatanter Beweis, und ich empfehle das besonders der Beachtung des Herrn Straetke, daß das Postgeheimnis bei der Post in keiner Weise sichergestellt ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich bin nun noch genötigt, unseren Antrag bezüglich des Wahlrechtes zu begründen. Wir haben Ihnen den Antrag gestellt, daß

in jedem deutschen Staate für die Volkvertretung das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht

vom 20. Jahre an, und auch das Frauenstimmrecht, gelten soll. Es ist nun hier schon wiederholt die Frage der Kompetenz des Reichstages besprochen worden. Kompetent ist er ja nun jedenfalls, denn wenn die verbündeten Regierungen und der Reichstag in einer bestimmten Frage einig sind, die Kompetenz des Reiches zu erweitern, so stehen dem keinerlei Hindernisse entgegen. Wenn die Herren Agrarier, so lange ihre Wünsche bezüglich der Postgesetzgebung noch unbefriedigt waren, fortgesetzt in den Landesvertretungen der Einzelstaaten gehorht haben, um von dort aus die Reichsgesetzgebung zu beeinflussen, wenn weiter Graf Mirbach im preussischen Herrenhause die Aufforderung erteilte, man solle nötigenfalls mit Hilfe eines Staatsrechts das Reichstagswahlrecht beseitigen, — wenn derartige Versuche gemacht werden, in die Kompetenz des Reichstages einzugreifen, dann hat jedenfalls der Reichstag ein viel größeres Recht, daß er in bestimmten Gesetzgebungsfragen in die Kompetenz der Einzelstaaten eingreift. (Sehr richtig! links.) Die Versuche, die kleinen und mittleren Staaten scharf zu machen, weil sie freiere Wahlrechte einführen wollten, sind bekannt. Wir sehen also, wenn die Interessen der Herren da drüben in Frage kommen, stoßen sie sich an keine Kompetenzkonflikte, dann entscheidet einfach die Machtfrage. Herr v. Oldenburg nicht mir zu. Was ich eben sagte, ist also keineswegs inerte Ueberzeugung. (Weiterkeit.) Was schiert ihn Recht, was schiert ihn Gesetz, wenn es seine und seiner Klasse Interessen schädigt! Dann weg mit dem bestehenden Gesetz, weg mit dem bestehenden Recht und ein anderes Gesetz, ein anderes Recht her! Wenn ich an die erste Zeit des jungen Reiches zurückdenke, so dachte man damals vielfach ganz anders. Herr v. Kardorff ging damals sogar noch viel weiter als wir. Er wollte nicht bloß das allgemeine Wahlrecht für Preußen haben, er wollte auch die Wahlereinteilung gleich machen, es sollte die Legislaturperiode die gleiche sein usw. Auch waren es damals die Nationalliberalen, die sich für das allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht in Preußen aussprachen. (Jura: freilich! Lang, lang ist's her!) Und wie reden Sie heute? In Ihrem letzten Wahlaufsatz zu den bevorstehenden preussischen Landtagswahlen heißt es: Die Reform des preussischen Landtagswahlrechtes ist unaufschiebbar. Von der Einführung des Reichstagswahlrechtes ist abzusehen. (Lebhafte Hört! hört! bei den Sozialdemokraten und Weiterkeit.) Das ist also der Fortschritt, meine Herren Nationalliberalen, den Sie seit 40 Jahren gemacht haben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Meine Herren! Ihnen gegenüber ist der Prinz Ludwig von Bayern der reine rote Demokrat, der Revolutionär, denn der Prinz ist dafür eingetreten, daß das allgemeine Stimmrecht für alle Bundesstaaten eingeführt werden sollte. (Hört! hört! und Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man hat dann davon gesprochen, Deutschland sei ein föderativer Staat, da ginge es nicht an, daß man das gleiche Wahlrecht für alle Staaten einführt. Ja, meine Herren, der deutsche Föderativstaat ist im Grunde genommen eine große Lüge! Die ganze deutsche Reichsgesetzgebung ist preussische Plage. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ohne Preußen keine Zustimmung zu irgend einem Gesetz. Schon 1867 führte ich aus, das Föderativverhältnis bestehe darin, daß die Fürsten der Einzelstaaten nichts anderes seien als Generalgouverneure des Königs von Preußen. (Weiterkeit.) So ist es in Wahrheit bis heute geblieben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) — Nun stützt sich diese Formacht Preußens nicht allein auf die Größe des Landes und auf die Zahl seiner Einwohner, sondern sie stützt sich ganz wesentlich auch darauf, daß dieser größte deutsche Bundesstaat auf Grund des Dreiklassenwahlsystems eine durch und durch reaktionäre Volkvertretung besitzt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Deshalb sehe ich nicht an zu sagen: Ich würde es für kein Unglück Deutschlands halten, wenn Preußen auf irgend eine Weise verschwinden würde. Ich bedauere nur, daß ich kein Mittel, und daß ich nicht die Macht dazu habe. Es kann nicht bestritten werden, daß der Haß und die feindselige Gesinnung, die leider in der Welt durch Preußen hervorgerufen ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten, Widerspruch rechts.) Wir sind heute in Preußen in bezug auf das Wahlrecht noch genau so rückständig wie vor dem 18. März 1848, wenigstens die Arbeiterklasse genau so rechtslos. Die Arbeiterklasse hat nur einen Schein von Recht, nicht wirkliches Recht. Wenn die 15 Proz. Wähler der I. und II. Klasse zusammenstehen, so wählen sie allein die 433 Abgeordneten, und die Wähler der dritten Klasse, auch wenn sie alle zusammenstehen würden, können nicht einen Abgeordneten wählen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dies ist ein Zustand, der auf die Dauer unhaltbar ist, darüber kann doch wohl kein Zweifel bestehen. Aber, wenn es möglich war, daß im 30. Urwahlbezirk in Berlin der Kommerzienrat Friedländer im Jahre 1903 der einzige war, der in der ersten Abteilung wählte, weil er eine Steuerklasse von 216 274 M. zahlte und in der zweiten Klasse nur 6 Wähler vorhanden waren, weil der letzte von ihnen 18 024 M. Steuern zahlte, und der Rest der Wähler in der dritten Klasse wählte, dann kann man wohl sagen:

ein blödsinnigeres, abgeschwächeres, unsinnigeres Wahlssystem kann es nicht geben!

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und angesichts eines solchen Zustandes erklärte der Reichskanzler am 10. Januar als Ministerpräsident für Preußen, daß es für die königliche Staatsregierung nach wie vor feststehe, daß die Uebertragung des Reichstagswahlrechtes auf Preußen dem Staatswohle nicht entspreche! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ob diese Auffassung auf die Dauer festzuhalten sein wird, wollen wir abwarten. Es hat schon mancher gesagt: es wird nichts geändert, und er hat doch sehr bald ändern müssen, und wenn er nicht wollte, half man ihm mit Gewalt nach. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten; Rufe rechts: Aha!) Es war König Friedrich Wilhelm IV., der anfangs April 1847 vor dem vereinigten Provinziallandtage verhandelte: „Wilsden mich und unserm Heiligem im Himmel soll kein Stück Papier, Verfassung genannt, drängen. Und, meine Herren, kein Jahr war vergangen, da hatte Preußen das allgemeine Wahlrecht. Und so ist es schon manchemal in der Welt gegangen. Der Fortschritt der Menschheit marschiert, die Massen sind in Bewegung, und seien Sie versichert, die Massen werden nicht eher ruhen, als bis sie ihr ganzes volles Recht sich erobert haben, einerlei auf welche Weise. (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten. Aha! rechts.) Die Massen haben zu Demonstrationen gegriffen. Das ist ihnen gewaltig übel genommen worden. Das war eine Art Majestätsverbrechen am preussischen Staate. Die Demonstrationen auf der Straße seien ja verboten und ein guter Staatsbürger dürfe Verbotenes nicht tun. Dabei

haben wir lange genug mit diesen Demonstrationen gewartet. Wir haben in der Presse geschrieben, wir haben in Versammlungen gesprochen, wir haben Zeitartikel, Broschüren, Resolutionen in Masse verlost. Da haben wir es endlich einmal die bekommen und uns gesagt: Wir müssen einen anderen Weg einschlagen und wissen Sie, was wir mit den Demonstrationen wollten? Wie wollten die Aufmerksamkeit der Bevölkerung Preußens, Deutschlands, der Welt auf die elenden Zustände in Preußen lenken. (Stürmisches Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das ist uns über alles Erwarten in ausreichendem Maße gelungen. (Aa! na! rechts. Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Jetzt endlich weiß die Welt, was sie vorher nicht genügend wußte, was es mit Preußen, mit diesem angeblichen Kulturstaate für eine Gewandnis hat. Jetzt weiß sie, daß das geltende Wahlrecht die Schande und Schmach Preußens ist. Sind doch die Zustände in Preußen in bezug auf die Verfassung des Landes schlimmer als heute in Rußland. Die dritte Duma zählt noch 17 Arbeitervertreter, die sozialdemokratische Partei in Preußen, die weitaus stärkste Partei, hat nicht einen einzigen Vertreter im preussischen Landtag. Kann es eine brutalerere Gewalttat geben, als sie hier ausgeübt ist? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Meine Herren! Wie in Preußen, so ist es in einer Reihe anderer deutscher Staaten. Mecklenburg hat gar kein Verfassungsmäßiges Recht. Dort besteht überhaupt keine Möglichkeit zu wählen, keine Volkvertretung. In Sachsen und in einer ganzen Menge kleinerer Staaten ist es der Arbeiterklasse unmöglich, zu einer Vertretung zu gelangen. Nach allem diesem ist es selbstverständlich, daß die Geduld der Arbeiter zu reifen beginnt und, meine Herren, ich sage Ihnen, Sie werden noch anderes erleben, als Sie bisher erlebt haben. (Hört! hört! rechts und b. d. Nationalliberalen.) Das allgemeine Wahlrecht entspricht nicht dem Staatswohl! sagen Sie. Es könnten ein paar Sozialdemokraten in den Landtag kommen, und das wäre doch ein ungeheures Unglück. Ich meine aber, was wäre denn dabei, wenn die preussische Sozialdemokratie im preussischen Landtage in der Tat 50, 60 Abgeordnete hätte? Wenn Sie kluge Leute wären, so sollten Sie dies in Ihrem eigenen Interesse zulassen. Es würde dem Glauben an die Möglichkeit einer ruhigen und gesetzmäßigen Entwicklung des Staates stützen, in dem Maße aber, wie Sie dem Volke dieses Recht verweigern, muß notwendigerweise die Erbitterung und Empörung über solche Zustände immer mehr wachsen, und die Folgen werden dann auf Ihr Haupt kommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Als 1870 das Volk in seiner ungeheuren Mehrheit für den Krieg gegen Frankreich eintrat, als Begeisterung und Opferwilligkeit überall sich bemerkbar machten, hat gerührt über diese Erscheinung, der spätere Kaiser Wilhelm unter dem 25. Juni 1870 verkündet, er hoffe, daß der Krieg Deutschland dauernden Frieden bringen und daß aus der blutigen Saat einer von Gott gesegneten Erde deutsche Freiheit und Einigkeit sprächen werde. Damals proklamierte der König als Bundespräsident die Freiheit, Raum aber war der Friede geschlossen, da kam der Kulturkampf und die Ausnahmengesetze gegen das Reich, 1874 die Einschränkung der Koalitionsfreiheit, 1878 das Sozialistengesetz, 1894 Umsturzvorlage, 1899 die Jugendhausvorlage, dann das famose Gesetz über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und neuerdings der Entwurf über die Arbeitsammern.

Das war der Dank!

(Murren rechts. Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir verlangen also die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes für alle Staaten. Wir verlangen sogar das Wahlrecht vom 20. Lebensjahre an. In dieser Forderung sind wir erst recht durch den berühmten Brief des Reichskanzlers an den Reichsländerverband bekräftigt worden, worin er die deutschen Arbeiter die gebildeten der Welt nennt; diesen muß man doch wohl mindestens dieselben Rechte einräumen, welche die Arbeiter anderer Länder bereits haben. (Weiterkeit), so in der Schweiz, in Ungarn, Bulgarien, Serbien, Rumänien, Griechenland, Frankreich, den Vereinigten Staaten. Auch in Sachsen beginnt das Gemeinwohlrecht in Orten unter 4000 Einwohnern mit dem 21. Lebensjahre, diese Form wurde gewählt, um in den größeren Orten die Sozialdemokratie von der Gemeindevvertretung auszuschließen. Auch in Bayern war bis zur neuen Wahlreform das 21. Lebensjahr das Wahlrechtsalter, ohne daß irgend welche Schäden daraus entstanden sind. Wenn wir nun auch das Frauenwahlrecht fordern, so verlangen wir damit auch nichts Fremdes. Wir sind ja gar nicht der Staat, der in der Welt vorangeht, sondern immer der, der in der Welt hinten drein geht. Ehemals — das habe ich schon neulich angeführt — haben Sie auch den Frauen das Vereins- und Versammlungsgrecht verweigert. Noch vor zehn Jahren war ein hervorragender Redner des Zentrums bereit, den Frauen das Vereins- und Versammlungsgrecht nur insoweit einzuräumen, daß sie ihre materiellen Interessen als Arbeiterinnen wahrnehmen, also Gewerkschaften bilden konnten. Im Jahre des Heils 1907 haben wir aber erlebt, daß sogar die verbündeten Regierungen einen Gesetzentwurf einbrachten, der den Frauen das uneingeschränkte Vereins- und Versammlungsgrecht bringen soll. Meine Herren, dem Vereins- und Versammlungsgrecht der Frauen folgt, wie dem A das B im A, das Stimmrecht der Frauen! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Haben Sie den Frauen einmal das Vereins- und Versammlungsgrecht eingeräumt, können Sie ihnen das Stimmrecht nicht mehr verweigern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie sehen, daß heute überall — nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Kulturwelt — die Frauen sich zum Kampfe um das Wahlrecht anschicken. Ich erinnere an die etwas eigenartigen Kämpfe, die die englischen Frauen in London und anderwärts in England um das Parlamentswahlrecht durchführten. Haben nicht die Frauen das gleiche Interesse wie die Männer an der Entwicklung des Staatslebens, haben sie nicht das gleiche Interesse an der Arbeiterfrage, an der Gewerbebesetzung, an der Versicherungsbesetzung, an der Zoll- und Handelspolitik, an der Volks-erziehung, dem Volksgesundheitswesen, der Armen- und Waisenerziehung, der Steuerbesetzung, dem bürgerlichen Recht und noch vielem anderen? Das alles geht die Frauen genau so an wie die Männer, und es ist daher auf die Dauer unmöglich, ihnen das Wahlrecht zu verweigern. Wir wissen, meine Herren, daß wir heute in diesem Punkte bei Ihnen noch tauben Ohren predigen; wir wissen, daß Sie nicht gewillt sind auf diese Reformen einzugehen. Aber die Welt ist rund, sie dreht sich, und was heute oben ist, ist morgen unten. (Weiterkeit.) Und so werden wir es erleben, daß alle unsere Forderungen, wenn auch gegen Ihren Willen von heute durchgeführt werden! Soll es wahr werden, daß Deutschland in der Welt vorangeht, dann, meine Herren, müssen Sie ohne Zögern unsere Anträge annehmen! (Stürmisches Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Reichstag.

181. Sitzung vom Donnerstag den 26. März 1908, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Bülow, v. Bethmann-Hollweg, v. Schoen, Dr. Rieberding, Kraetke.

Ein Nachtragsetat, der am Dienstag in der Subjektionskommission vorgelesen worden ist, wird, soweit er Nachforderungen für das Reichsheer und die Reichspostverwaltung enthält, in zweiter Lesung bewilligt. Die Nachforderungen des Reichskolonialamtes sind vorläufig zurückgestellt worden.

Hierauf wird die zweite Lesung des Etats für den Reichskanzler und die Reichskasse fortgesetzt. Zum Titel Gehalt des Reichskanzlers liegen 11 Resolutionen vor.

Die Abg. Dr. Sedlitz, Hornmann, Dr. Pfundner (Freil.) beantragen, den Reichskanzler zu ersuchen, er möge veranlassen, daß

1. die verfassungsmäßige Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte des Beamten (Wahlrecht und Versammlungsfreiheit, Petitionsrecht, Wahlrecht, Meinungs- und Schrift-, Verleumdungsrecht mit Abgeordneten eines Parlaments) an sich niemals als ein Verhinderndes angesehen wird, durch das der Beamte sich der Achtung, die sein Beruf erfordert, unwürdig zeigt,

2. in allen Verwaltungen die Einrichtung von Beamten-Ausschüssen vorgezogen wird,

3. die wirtschaftlichen Betriebe des Reichs und die Verhältnisse ihrer Beamten der staatlichen Gewerbeinspektion unterstellt werden,

4. die Dienstverhältnisse der auf Vertrag angestellten Personen mindestens denjenigen Bedingungen entsprechen, die durch die Gesetzgebung den privaten Unternehmungen vorgeschrieben sind.

Auf das Beamtenrecht beziehen sich auch zwei weitere Resolutionen, die Resolution Graf v. Hompeich (Zentr.), die Anordnungen fordert, daß den Beamten in Reichsbetrieben das Recht, Vereine zu bilden, auch wenn sie das ganze Reichsgebiet umfassen, nicht beschränkt wird, und die Resolution Lattmann (Wirtsch. Vg.), die außer dieser Forderung auch die enthält, daß den Beamten, Handwerkern und Arbeitern in Reichsbetrieben gestattet werde, aus ihren Reihen Ausschüsse zu wählen, denen es obliegt, das gute Einvernehmen zwischen der Verwaltung und den Beamten, Handwerkern und Arbeitern zu erhalten sowie sich zu Anträgen, Wünschen und Beschwerden zu äußern, die sich auf ihre Angelegenheiten beziehen.

Eine Resolution Storz (Soz. Parteien) will die verbündeten Regierungen ersuchen, baldigst dem Reichstag den schon wiederholt zugelagten Gesetzentwurf zur Abänderung des Gesetzes vom 1. Juni 1870 über den Erwerb und den Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit vorzulegen und in demselben zu bestimmen, daß ein Deutscher seine Reichsangehörigkeit nicht gegen seinen Willen verlieren kann.

Eine Resolution von Dr. Heibelberg, Dr. Pieber (natl.) stellt für die Abänderung dieses Gesetzes noch die besonderen Forderungen auf, daß

a) die Vorschriften über den Verlust der Staats- und Reichsangehörigkeit dahin abgeändert werden, daß ein Deutscher diese Rechte in der Regel nicht gegen seinen Willen verlieren kann, insbesondere, daß die Bestimmungen des § 21 des genannten Gesetzes über den Verlust dieser Rechte durch zehnjährigen Aufenthalt im Auslande aufgehoben werden,

b) daß der Wiedererwerb der Reichsangehörigkeit seitens früherer deutscher Reichsangehöriger und die Naturalisation von Ausländern von Deutschen erleichtert wird.

Mit dem Wahlgeheimnis beschäftigen sich ebenfalls zwei Resolutionen. Die Resolution Dr. Heinze (natl.) fordert Abänderung des § 11 des Wahlgesetzes vom 28. Mai 1870 dahin, daß bei den Reichstagswahlen nur amtliche, den einzelnen Gemeinden vom Reich zu liefernde Wahlurnen, die das Wahlgeheimnis vollkommen sichern, benutzt werden dürfen. Eine Resolution Graf v. Hompeich (Z.) fordert einen Gesetzentwurf, welcher die vorläufige Verlegung des Wahlgeheimnisses durch Mitglieder des Wahlvorstandes mit Kriminalstrafe bedroht, und eine Ergänzung des Wahlgesetzes dahin, daß die Wahlurnen während der Wahlhandlung geschlossen sein soll und so beschaffen, daß vor ihrer Entleerung eine Mischung der Wahnumschläge stattfindet, sowie durch Normativbestimmungen über die Größe und Gestaltung der Wahlurnen und des Isolierraums.

Die Abg. Brandys und Genossen (Polen) verlangen eine Reichsenquete durch Mitglieder der verbündeten Regierungen und des Reichstages über die politischen Verhältnisse der polnischen Bevölkerung im Deutschen Reich.

Die Abg. Behrens und Genossen (Wirtsch. Vg.) fordern eine Denkschrift über Art und Umfang der Einwanderung ausländischer Arbeiter für landwirtschaftliche und gewerbliche Unternehmungen und über ihren Einfluß in ländlicher und wirtschaftlicher Beziehung.

Von den zwei sozialdemokratischen Resolutionen Albrecht und Genossen verlangt die eine:

den Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag in seiner nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach im Deutschen Reich in den Bundesstaaten und in Elsaß-Lothringen für die Wahlen zum Reichstag und zu den Landtagen das allgemeine gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für alle über zwanzig Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts nach Maßgabe der Verhältnismäßigkeit eingeführt wird, die andere:

den Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem Ausweisungen von Ausländern aus einem deutschen Bundesstaate nur auf Grund eines richterlichen Urteils zulässig sind, das auf Grund reichsgerichtlicher Vorschriften über die Zulässigkeit von Ausweisungen ergangen ist.

In der fortgesetzten Diskussion nimmt zunächst das Wort

Staatssekretär im Reichspostamt Kraetzke: In der Sitzung vom 21. März ist der Abg. Bebel auf eine Behauptung des Abg. Singer zurückgekommen, daß das Briefgeheimnis bei der Post nicht gesichert sei. Ich muß das als eine leichtfertige Beschuldigung zurückweisen, solange nicht einzelne bestimmte Fälle angegeben werden. Herr Bebel hat nur angeführt, daß er schon zweimal gewarnt sei, seine Korrespondenz in acht zu nehmen, und hat sich auf ein Urteil im Prozeß Trofimoff berufen, worin festgestellt ist, daß die Kriminalpolizei von den Briefen des Angeklagten Kenntnis gehabt hat. In diesem Falle hatte aber der Untersuchungsrichter die Beschlagnahme aller Briefe und Telegramme an den Angeklagten seitens der Post angeordnet, und dazu ist er nach dem Gesetze berechtigt.

Abg. Singer (Soz.): Der Staatssekretär hat auf eine Äußerung von mir bei der zweiten Beratung des Postgesetzes Bezug genommen. Ich behaupte mir vor, bei der dritten Lesung des Etats darauf zurückzukommen. Ich behaupte, daß Bebel jetzt nicht mehr anwendbar ist. Der Staatssekretär hat aber nicht die Güte gehabt, nachzuweisen, wie die Polizei von den beschlagnahmten Briefen Kenntnis bekommen hat. In dem Gerichtsprotokoll steht ausdrücklich, daß die Polizei diese Kenntnis hatte, nicht der Untersuchungsrichter. Das ist notwendig festzustellen, damit nicht der Anschein entsteht, als ob Bebel hier etwas Unrichtiges behauptet hat. Daß die Kriminalpolizei von den Briefen Kenntnis hatte, hat der Staatssekretär nicht widerlegt, und darauf kommt es an. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Auf seine Mahnung an und erwidere ich ihm, er soll ruhig und überlassen, zu beurteilen, was sich für einen ehrenwerten Menschen paßt (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten); der Staatssekretär ist jedenfalls nicht geeignet, uns Vorschriften darüber zu machen, was ehrenhaft ist. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär im Reichspostamt Kraetzke: Wie die Kriminalpolizei Kenntnis von den Briefen erhalten hat, weiß ich nicht; es ist aber naiv, zu schließen, daß das nur durch einen Postbeamten möglich war. Solche Rückschlüsse, wenn man nicht bestimmte Fälle angeben kann, stellen eine leichtfertige Verdächtigung der Postbeamten dar. (Zustimmung rechts, Oh! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Lattmann (Wirtsch. Vg.): Als ein früherer Anhänger des Herrn Raumann muß ich ihm heute auf Grund seiner vorgelegten Rede sagen: Wenn Gott eine solche herrliche, aber auch gefährliche Gabe der Verehrbarkeit verliehen hat, muß sich doppelt hüten, daß er sich und andere nicht mit phantastischen, geistreichen Worten beaufacht, sich und andere hineinzuführen in ein Wolkenkuckucksheim oder eine ganz gefährliche Demagogie. (Sehr gut! rechts, Lachen links.) Als die „Gäule“ erschienen, habe auch ich einen zarten Tropfen sozialen Dels daraus in mich aufgenommen, aber Herr Raumann ist inzwischen immer mehr abwärts nach links hinabgerutscht. (Sehr

Wahr! rechts.) Die Demagogie hat vorgezogen am meisten zutage bei der Behandlung der Wahlrechts- und der Beamtenfrage. Für die Ausländer verlangte Herr Raumann volle Freiheit der Veräußerung. Er hätte es nicht so laut zu betonen brauchen, denn wir sind wohl alle dafür, daß dem Ausländer Gestraucht gewährt wird, und außerdem war die Presse ja doch nicht anwesend. (Heiterkeit.) Wir müssen uns aber schämen Ausländern gegenüber, die in nationaler und sittlicher Beziehung schädlich für unser Volkstum sind. Wer der Resolution der Sozialdemokraten zustimmt, macht Deutschland zum Zummelplatz von Anarchisten und ähnlichem Gesindel. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Die Polizei muß das Recht haben, diese Bande möglichst unauffällig hinauszumerfen. (Bravo! rechts.) Wir haben in Deutschland über 100 000 ausländische Juden, während wir zweifellos deutsche Juden genug haben. Früher haben sich die Freisinnigen unter Führung Birchs gegen die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen ausgesprochen. (Hört! hört! rechts, Zurufe links.) Das war allerdings 1873. Aber 1888 haben sie es genau wieder so gemacht. Auch jetzt tritt der Freisinn, wo er die Macht hat, durchaus nicht leidenschaftlich für das Reichstagswahlrecht ein. Daher ist die Annahme nicht unbedeutend, daß all dies Geschrei nicht aus sachlichen, sondern nur aus taktischen Gründen erfolgt. (Sehr richtig! rechts.) Zum Teil hat Herr Raumann bei seinem Eintreten für das allgemeine Wahlrecht wie ein Schaupielergelächter und mit den Beinen geschlottert. (Große Unruhe.) Auch wir halten das preussische Wahlrecht für reformbedürftig und bedauern die wenig reformfreundliche Erklärung des Reichskanzlers in preussischen Landtagen. Wir halten vor allem die geheime Wahl für notwendig. Ich erinnere an den Terrorismus, den die Sozialdemokratie nach dem vertraulichen Rundschreiben der Vertrauenspersonen der Genossinnen Deutschlands bei den nächsten Wahlen gegenüber den Reichshändlern, Krämmern, Wädem, Köhlen-, Holz- und Glanzhändlern üben will. (Lebhafte Hört! hört! rechts, Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und Sie wollen die Partei der Freiheit sein! (Sehr gut! rechts, Stürmische Zurufe bei den Sozialdemokraten: Roroweh!) Die Beamten stehen zum Staat nicht nur im Verhältnis des Arbeitnehmers zum Arbeitgeber, sondern auch in einem Verhältnis der Treue. Deshalb begehrt jeder Beamte Felonie, welcher die Sozialdemokratie unterstützt. (Lebhafte Beifall rechts und bei den Nationalliberalen, Lachen und Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Auch bei den Reichsarbeitern muß der Ausbreitung der sozialdemokratischen Bewegung entgegengetreten werden; nicht durch Jugendhausgesetze wie die rote Gesellschaft überwinden (Lachen bei den Sozialdemokraten), sondern durch die Arbeiter selbst, in denen der christliche und nationale Sinn erstarkt. (Bravo! rechts und bei der wirtschaftlichen Vereinigung.)

Reichskanzler Fürst Bismarck:

Ich bin den Ausführungen des Herrn Vordemners mit großer Aufmerksamkeit gefolgt, besonders haben mich seine Ausführungen interessiert, die sich auf die Pflichten der Beamten gegen den Staat und auf das Verhältnis der Beamten zum Staat bezogen. Ich unterschreibe diese Ausführungen. Was die übrigen Anregungen des Herrn Abg. Lattmann hinsichtlich der Lage der Beamten und der Verhältnisse der Beamten angeht, so glaube ich, daß sie eine sorgfame Prüfung verdienen. Doch heute werde ich mich zu einem Gegenstand, den der Abg. Lattmann vorher behandelt hatte und der in der vorgelegten Debatte einen breiten Raum eingenommen hat, nämlich zu der Reform des preussischen Wahlrechts. Die Herren Albrecht und Genossen haben in einer Resolution beantragt: „Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag in seiner nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach im Deutschen Reich, in den Bundesstaaten und in Elsaß-Lothringen für die Wahlen zum Reichstag und zu den Landtagen das allgemeine gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für alle über zwanzig Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts nach Maßgabe der Verhältnismäßigkeit eingeführt wird.“ Meine Herren, ich brauche wohl nicht zu erklären, daß diese Resolution für den Bundesrat nicht annehmbar ist. (Sehr richtig! rechts.) Vor allem muß ich wiederholt darauf hinweisen, daß der Reichskanzler und die Minister der Einzelstaaten nicht verpflichtet sind, hier Rechenschaft über bundesstaatliche Angelegenheiten zu geben. (Sehr richtig! rechts.) Als Reichskanzler sowie als preussischer Ministerpräsident habe ich die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Parlamente nicht gegeneinander ausgespielt werden. Ein Durcheinander der Verhandlungen der Angelegenheiten des Reichs und der Angelegenheiten der Einzelstaaten wäre eine Gefahr für jede verfassungsmäßige Ordnung. Ein solches Durcheinander widerspricht der Reichsverfassung und den Verfassungen der Einzelstaaten. (Sehr richtig! rechts.) Die Erklärung der preussischen Staatsregierung im preussischen Abgeordnetenhaus enthielt gar keine Kritik des Reichstagswahlrechts. Die preussische Regierung hat sich nur gegen eine Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen ausgesprochen. (Zurufe links.) Sie hat gar nicht zu fragen, ob das Reichstagswahlrecht im Reich nützlich oder schädlich wirkt, sie hat lediglich erklärt, daß nach ihrer Ueberzeugung dort in Preußen es dem Staatswohl nicht entspreche, sie hat de lege ferenda gesprochen, nicht de lege lata. Aber wenn ich wirklich ein kritisches Wort über das Reichstagswahlrecht gesagt hätte, was wäre denn dann? Koch leben wir ja nicht im sozialdemokratischen Zukunftsstaat, wo von oben befohlen wird, was als Wahrheit zu gelten hat und was nicht, wo die Kritik erlaubt ist und wo sie das Recht zu halten hat. (Heiterkeit.) Warum soll denn das Reichstagswahlrecht sakrosankt sein, was alles übrige, Gott und Vaterland, Monarchie und Familie, Gesetz, Verfassung und Ordnung angeht, verhöhnt und untergraben werden darf? Warum soll denn gerade das Reichstagswahlrecht ein Noli me tangere sein, während es jedem erlaubt ist und von jedem sogar erwartet wird, daß er das preussische Wahlrecht herunterreißt. Das hohe Haus und ich haben auch gar kein Bedenken getragen, das Reichstagswahlrecht umzumodeln, wenn und danach gelüftet. Ich erinnere nur an das sogenannte Kieselgesetz (Heiterkeit rechts), an die Gewährung der Dänen, an die Ausdehnung der Freisphären. (Heiterkeit.) Es sind mir in der politischen Tagesliteratur auch noch andere Vorschläge begegnet, z. B. die Herabsetzung der Altersgrenze, auch von Wahlstimmen für ein gewisses Alter war die Rede — ich referiere nur. Aber würde mich irgend jemand widerlegen können, wenn ich sagte, daß kaum ein anderes Wahlrecht auf reicheres Urteil, auf geistige Bildung, auf politische Erfahrungen so wenig Rücksicht nimmt, als das gleiche, allgemeine und direkte Wahlrecht. (Sehr richtig! rechts.)

Erst kürzlich habe ich einen Artikel gelesen, in dem das Reichstagswahlrecht recht hart kritisiert wurde, weil es dem vielverzweigten geistigen Leben unserer Zeit, den verschiedenen Ständen und Berufen nicht genug Rechnung trüge. Es heißt in dem Artikel, mit dem ich mich keineswegs identifiziere: „So ist der Reichstag in seiner Zusammensetzung wie in seiner Wirksamkeit nichts weniger als ein Ideal und die Vorgänge bei der Wahl entsprechen der mechanischen Grobheit des ihm zugrunde liegenden Wahlsystems. Welcher Geisteszwang bei der Stichwahl! ... Man gelangt im Reichstag über Neben- über Programme und Probleme und Schlagworte nicht hinaus. Alle Stände und Berufe organisieren sich heute. Das geschieht immer mehr, je mehr sich die Interessen spezialisieren. Auf dieser Grundlage baut sich mehr und mehr unser wirtschaftliches und soziales Leben auf. Unser Wahlrecht steht außerhalb dieser Bewegung und ist deshalb veraltet!“ Es kommt noch viel schlimmer, ich will lieber nicht weiter lesen. (Heiterkeit.) Sie denken vielleicht, das sei die Meinung eines hartgesottenen Reaktionärs. O nein, der Verfasser dieses Artikels ist ein Veteran der liberalen Partei und der liberalen Publizistik, der unabhängige freisinnige Denker Friedrich Derenburg (Hört, hört! rechts). — Lachen bei den Sozialdemokraten.) Also ein Dogma ist das geheime, direkte, allgemeine und gleiche Wahlrecht nicht. Zum Dogma machen es nur sozialdemo-

kratische Doktriniere vom längsten Jopf. Sie machen daraus einen Bögen, einen Fetisch. Glauben Sie wirklich, daß die Wohlfahrt und die Freiheit eines Landes ausschließend oder auch nur überwiegend abhängt von der Form seiner Verfassung oder gar von der Form seines Wahlrechts? Herr Bebel hat hier einmal gesagt, er sähe die englischen Verhältnisse alles in allem den französischen vor. England besitzt nicht das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht. Glauben Sie wirklich, daß das vom Abg. Raumann so perhorreszierte Preußen viel schlechter regiert wird als Haiti, wo es neulich so eigentümlich zugegangen ist und wo das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht existiert. (Große Heiterkeit.) Um jedes Mißverständnis auszuschließen, will ich ausdrücklich versichern, daß die verbündeten Regierungen keine Änderung des bestehenden Reichstagswahlrechts planen. Die verbündeten Regierungen denken an keine Änderung des bestehenden Reichstagswahlrechts. (Bravo links.) Aber was für das Reich gut oder wenigstens erträglich ist, braucht es noch nicht für jeden Einzelstaat zu sein. Im Reichstagswahlrecht kommt der nationale Gedanke zum Ausdruck gegenüber dem föderativen Charakter des Bundesrats. Schon deshalb ist eine Gleichstellung von Preußen mit den Bundesstaaten nicht zulässig. Ich will aber weiter hinweisen auf die Verschiedenheit der Aufgaben im Reich und in Preußen. Im Reich handelt es sich um die großen nationalen Aufgaben, um Heer und Flotte, um Kolonien und Sozialpolitik; in den Einzelstaaten und in Preußen um die Kirche, Schule und Verwaltung. Im Reich steht die Wählerschaft unter Umständen unter dem Einfluß ihrer nationalen Verantwortlichkeit, im Reich kann das nationale Bewußtsein aufgerufen, kann an die besten und edelsten Seiten der Volkseele appelliert werden. Das hat sich bei den letzten Reichstagswahlen in einer Weise gezeigt, die der deutschen Wählerschaft zur Ehre gereicht. (Bravo! rechts, Lachen bei den Sozialdemokraten.) Im Reich werden weiter die großen Verbrauchsabgaben erhoben, an denen jeder Konsument mehr oder weniger beteiligt ist; in den Einzelstaaten waltet die direkte Besteuerung nach dem Maße der Leistungsfähigkeit vor. Darum ist hier ein Wahlrecht auf breiterer Basis gerechtfertigt, dort eine gewisse Abstufung des Wahlrechts nicht unbillig. Jedenfalls besteht in Preußen kein Bedürfnis, der auf dem Prinzip des Klassenkampfes beruhenden Partei noch weiteren Spielraum zu gewähren. (Sehr richtig! rechts.) Das Streben der Sozialdemokratie nach dem Reichstagswahlrecht in Preußen ist ja nun wohl verständlich. Die Sozialdemokratie braucht die Erregung der Unzufriedenheit und den Appell an alle materiellen Instinkte. (Sehr gut! rechts.) Sie braucht die streulose Agitation, sie weiß, daß ihr nur mit dem allerradikalsten Wahlrecht gedient ist. W-niger verständlich ist mir das Eintreten der bürgerlichen Linken für die Einführung des allgemeinen Wahlrechts, denn die bürgerliche Linke kann sich doch nicht im Zweifel darüber sein, daß die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen nur auf ihre Kosten erfolgen kann. (Sehr richtig! rechts.) Darüber wird sie das Reichstagswahlrecht, darüber muß sie die Zunahme der Sozialdemokratie in den großen Städten aufklären haben und darüber hat sie auch der Herr Abgeordnete Bebel aufgeklärt, der schon Anfang der neunziger Jahre in diesem hohen Hause der bürgerlichen Linken zurief: „Mit dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht arbeiten wir auf Ihren Untergang hin! Ich sage das — fügte der Herr Abg. Bebel hinzu — auf die Gefahr hin, daß man aus diesen meinen Worten Kapital gegen dieses Wahlrecht schlägt.“ Nun weiß ich wohl, ein Teil der Liberalen kalkuliert so: Bewiß, bei Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Preußen werden wir zunächst von der sozialdemokratischen Flut verdrängt werden, aber das ist nur ein Uebergangsstadium; die Flut wird sich verlaufen und dann wird der liberale Weizen blühen. Ach, meine Herren, die Melodie kenne ich, die Theorie kenne ich, der bin ich auch anderswo begegnet, z. B. in Frankreich hat man sie die Theorie de la mer rouge genannt. Erst das Rote Meer des Radikalismus, dann kommt man in das gelobte Land, wo Milch und Honig fließt. (Heiterkeit rechts.) Das Unglück ist nur, daß, wer zum gelobten Lande nicht Moses und Aaron zu Führern hat, der pflegt im Rote Meer zu erlaufen. (Stürmische andauernde Heiterkeit.) Einstweilen hat das gemeinsame Streben mit der Sozialdemokratie gegen das preussische Wahlrecht zu machen, nur einen greifbaren Erfolg gehabt: Spott und Hohn der Sozialdemokratie für die liberalen Vitkämpfer. (Sehr gut! rechts.) Weiter wird merkwürdigerweise bei Propagierung des Reichstagswahlrechts für Preußen meist das eine übersehen: jede radikale Änderung des preussischen Wahlrechts führt mit zwingender Logik zu der Frage, ob dann noch das Dreiklassenwahlrecht in den Kommunen aufrecht erhalten werden kann. (Sehr gut! rechts.) Diese Perspektive, vor der die preussische Staatsregierung die Augen nicht verschließen kann, gestaltet die Reform des preussischen Wahlrechts besonders schwierig. Gerade im Hinblick auf sie müssen alle Vorschläge sorgsam geprüft werden.

Und nun das geheime Wahlrecht! Weil ich das nicht in Aussicht stellen konnte, hat sich ein wahrer Sturm erhoben. (Sehr richtig! links.) In Reden und Resolutionen bin ich der Wendung begegnet: Bismarck hat den Liberalen ins Gesicht geschlagen! (Sehr wahr! links.) Derselbe Bismarck, der in dem so konfervativen preussischen Abgeordnetenhaus die Reformbedürftigkeit des preussischen Wahlrechts anerkannt und eine gründliche Reform des preussischen Wahlrechts in Aussicht gestellt hat, was vor wenigen Jahren mancher Zuhler nicht für möglich gehalten hätte. Ich habe im Reich das geheime Wahlrecht aufs neue mit stärkeren Lauten umgeben, ich bin kein grundsätzlicher Gegner des geheimen Wahlrechts. Aber es hat viele Politiker gegeben, die zwar Anhänger des allgemeinen Wahlrechts waren, aber gegen die geheime Abstimmung Bedenken gehabt haben. Ich nenne außer Bismarck Dahlmann, Kohl, Schaffle, Gneiss, Lindhorst und viele andere. Haben alle diese Männer dem Liberalismus ins Gesicht geschlagen? Hier macht die Partei keinen Unterschied. Auch streng liberale Politiker haben die geheime Abstimmung nicht als ein Ideal betrachtet. Wenn also die preussische Regierung die geheime Abstimmung nicht in Aussicht gestellt hat, so befindet sie sich jedenfalls in sehr anständiger Gesellschaft. Dabei will ich nicht verkennen, daß die moderne wirtschaftliche Entwicklung neue Abhängigkeitsverhältnisse geschaffen hat (Sehr richtig! links.), welche neue Momente gegen die Öffentlichkeit der Stimmabgabe liefern. Ich habe einen Unterschied gemacht zwischen lex lata und lex ferenda. Dieser Unterschied ist nicht allein logisch, er ist auch hervorgerufen praktisch. Das allgemeine Wahlrecht, wie es in dieser Resolution verlangt wird, ist in Preußen gar nicht einführbar ohne schwere Konflikte. Die konservativen Parteien lehnen es ab. Sie sind im Landtage und im Lande stark vertreten. Die nationalliberale Partei will davon auch nichts wissen. Wie sollen wir also vorgehen? Oltrozierung, Staatsreich, Revolution von oben zugehen, der Revolution von unten (Heiterkeit rechts), solche Zummereien sollte man mir nicht zutrauen, nachdem ich bald 11 Jahre Minister bin und solche Bewissenlosigkeit auch nicht. Ich habe feierlich erklärt, daß die preussische Staatsregierung die Reformbedürftigkeit des preussischen Wahlrechts anerkennt und eine gründliche auf richtigen Grundlagen beruhende für Preußen geeignete Wahlreform wünscht und zur Ausführung bringen wird. Aber wie lehnen diese Forderungen ab, die den preussischen Staat erstärken würden, der das deutsche Volk zur Einheit, zur Macht, zur Größe geführt hat, den preussischen Staat, ohne den es ein deutsches Reich nicht geben würde. Herr Bebel hat vorgestern geäußert, es würde kein Unglück sein, wenn der preussische Staat verschwände. Diese Äußerung fand ganz auf der Höhe der Veneration, die der Abg. Bebel auf dem Internationalen Sozialistenkongress in Amsterdam gemacht haben soll, nämlich daß es kein Unglück sein würde, wenn Deutschland auf dieselbe Weise zur Republik gelangte, wie Frankreich, nämlich auf dem Wege einer großen Niederlage im Kriege. Solche Äußerungen bereiten allen Feinden, allen Feinden des deutschen Volkes in der Welt immer die

innigste Freude. (Sehr richtig! rechts.) Als Fürst Bismarck vor 42 Jahren seinen geistigen König dem, den süddeutschen Staaten, den Bundesstaaten die Hand zur Verjüngung hingestreckte, ihnen freiwillig den ehrenvollsten Eintritt in das neue Reich offen zu halten, speziell den süddeutschen Bundesstaaten, deren Eigenart niemals verkannt worden ist und nicht verkannt werden soll, deren verfassungsmäßiges Recht auf volle Gleichberechtigung mit allen Bundesstaaten niemals bekennt worden ist und niemals bekennt werden soll, als Fürst Bismarck, gleichzeitig mit der Inbetriebnahme des Friedens mit der eigenen Volkverteilung wieder herstellte, verband er für immer und unauflöslich das Schicksal Preußens mit dem Schicksal des Deutschen Reiches. In dieser Einheit ruht die Zukunft der Nation, diese Einheit ist unser höchstes Gut. Diese Einheit will ich auch heute betonen, nicht nur gegenüber dem Inlande, sondern auch gegenüber dem Auslande. Diese Einheit wird weder durch auswärtige Angriffe, noch durch innere Kräfte je wieder zerstückt werden können. (Lebhafter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Wellstein (Z.): Das preussische Wahlrecht ist unhaltbar, verderblich. Es verurteilt die große Mehrzahl der Bevölkerung zur Einschlusigkeit, nimmt durch die öffentliche Abstimmung den abhängigen Existenzen die Möglichkeit des Wählens überhaupt. (Sehr wahr! im Zentrum und links.) Die Kritik des Reichstagswahlrechts, die der Reichskanzler in seiner bekannten Erklärung vom 10. Januar ausgesprochen hat, hätte jedenfalls von dem besonnenen Wahler der Reichsverfassung nicht geübt werden sollen. (Lebhafter Zustimmung im Zentrum und links.) Die Absicht des Reichskanzlers, am Reichstagswahlrecht nichts zu ändern ist gewiß loblich. Aber er muß schon so sprechen, denn eine Mehrheit gegen das Reichstagswahlrecht findet er in diesem Hause niemals. (Sehr wahr! im Zentrum und links.) Die jetzt bestehende übergroße Verschiedenheit zwischen Reichstagswahlrecht und preussischem Wahlrecht wird aber auf die Dauer nicht aufrecht zu erhalten sein. Was nützt übrigens dem Wähler das geheime Wahlrecht, wenn er doch kontrolliert wird? Nach Einführung der Wahlverbots und Isolierzellen sind die Wahlproteste nicht weniger zahlreich geworden. Wir müssen uns stark machen, das Wahlgeheimnis besser zu schützen und die Wahlmoral zu sichern. (Beifall.) Redner empfiehlt die Zentrumsresolution auf Sicherung des Wahlgeheimnisses und erläutert die auf dem Tische des Hauses ausliegenden Modelle zur Wahlordnung.

Abg. Bruhn (Ant.) erörtert die Stellung seiner Fraktion zu den eingebrachten Resolutionen und polemisiert gegen Raumann, der beinahe noch schlimmer hebe als Vobels; er halte fest an dem Bekenntnis: Ich bin ein Preuze, kennt Ihr meine Farben! (Bravo! rechts, Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Emmel (Soz.): Der Reichskanzler ist auf seine Erklärung im preussischen Abgeordnetenhaus zurückgekommen. Er hat wohl das Bedürfnis gehabt, sie etwas abzuschwächen, und den Herren von der mittleren Linken, den Liberalen und Freisinnigen, etwas schmächterhaft zu machen. Immerhin hielt er es für nötig, der öffentlichen Meinung einige Konzessionen zu machen und eine Reform des preussischen Wahlrechts in Aussicht zu stellen, dessen Reformbedürftigkeit er anerkennt. Er will aber an der öffentlichen Abstimmung und an der bestehenden Wahlkreiseinteilung festhalten. Eine solche Reform ist

überhaupt keine ernsthafte Reform, mit der sich das preussische Volk zufrieden geben kann. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Was die geheime Abstimmung bedeutet, wird durch die vorhergehenden Debatten und die dazu gemachten Ausführungen des Kanzlers erst recht verständlich. Herr Lattmann hat es für notwendig gehalten, den Kanzler scharf zu machen, daß er bei Beamten und Reichsarbeitern keine Betätigung als Sozialdemokrat dulde und hat dabei auf den Beamteneid hingewiesen. Nimmt man die Erklärungen des Kanzlers hinzu, so weiß man, wie das Wahlrecht der Beamten bei öffentlicher Stimmabgabe aussieht. Es können aber auch Zeiten kommen, wo die Regierung nicht dulden will, daß Beamte und Reichsarbeiter ihre Stimme für einen Freisinnigen oder für das Zentrum abgeben. Der Begriff der Staatsfeindschaft ist ja auch schon auf diese Parteien angewendet worden. Auch der Chef der Reichseisenbahnverwaltung hat ja erklärt, er dulde unter keinen Umständen die Organisation unter den Arbeitern. Ein solcher Minister wird auch nicht dulden, daß ein Beamter so wählt, wie es seiner eigenen Ueberzeugung entspricht. Auch im Eisenbahnministerium wird man die freie Betätigung der staatsbürgerlichen Rechte unterbinden und damit der öffentlichen Moral geradezu ins Gesicht schlagen. (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es ist unmoralisch, wenn man den Einzelnen in Gewissenskonflikte hineintreibt, entweder das Brot für seine Familie zu verlieren, oder seine Stimme entgegen seiner Ueberzeugung abzugeben. Es ist also die Verkündung der politischen Morallosigkeit, wenn man anündigt, daß Beamte gemahregelt werden, wenn sie ihrer Ueberzeugung Ausdruck geben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr Lattmann hat den Beamteneid ins Feld geführt und der Reichskanzler hat das als zureichend bezeichnet. Aber auch die höheren und höchsten Beamten schwören, wenn sie ihre Stellung annehmen. Die Minister beschwören die Verfassung, und die preussische Verfassung hat den Grundsatz: Jeder Preuze ist vor dem Gesetze gleich. Es ist daher

eine Eidesverletzung, wenn man die Preuzen als verschiedene behandelt je nach ihrer politischen Stellung. (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Reichskanzler meinte, der Reichstag geht über seine Zuständigkeit hinaus, wenn er sich mit preussischen Wahlangelegenheiten beschäftigt. Der Reichstag hat sich aber auch mit den Schiffsahrtsabgaben beschäftigt. Seine Zuständigkeit kann also auch hier in derselben Weise erweitert werden. Weiter meinte der Kanzler, seine Erklärung im preussischen Abgeordnetenhaus enthielte gar keine Kritik des Reichstagswahlrechts. Wenn er sagt, das Reichstagswahlrecht würde in Preuzen dem Staatswohl nicht entsprechen, so bezeichnet er es doch wohl als sehr verbesserungsbedürftig. Seine gegenteilige Behauptung ist direkt unverständlich. Weiter hat er einen alten liberalen Denker zitiert, Friedrich Dernburg. Er hätte ihn doch besser als liberalen Anwalt bezeichnen sollen. Seinen Hinweis auf die kleine Republik Haiti und den Vergleich der Verhältnisse dort mit den Verhältnissen in Mecklenburg hätte er besser unterlassen. Es muß schon recht schlecht um seine Argumente stehen, wenn er einen solchen Vergleich macht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Weiter meinte der Reichskanzler, das Reichstagswahlrecht sei auch nicht das Ideal aller, aber vorläufig sei es noch erträglich. Das zeigt deutlich, welche Liebe und Achtung er vor ihm hat. Wenn er hinzufügt, daß die verbündeten Regierungen nicht daran denken, das Reichstagswahlrecht abzuändern, so zeigt das, daß sie hier nur das tun, was derjenige tut, dem die Trauben zu hoch hängen. Nach dieser Erklärung des Reichskanzlers wird wohl niemand sagen können, daß die Regierung das Reichstagswahlrecht aus Achtung vor diesem Recht bestehen lassen will, sondern nur deshalb will sie es bestehen lassen, weil sie weiß, daß die Bevölkerung eine Aenderung

sich nicht bieten lassen würde. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Einer der Vorredner hat auch auf die Straßendemonstrationen hingewiesen und behauptet, solche Demonstrationen seien völlig wirkungslos, sie dienen nicht dem Wahlrecht, sondern hohen höchstens das Bürgertum ab. Zunächst möchte ich aber einmal feststellen, daß es ein staatsbürgerliches Recht ist, auf die Straße zu gehen, für viele so gut wie für den Einzelnen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich bedaure das Bürgertum, das, wenn es eine Reform für notwendig hält, deshalb davon zurücktritt, weil ihm die Mittel nicht gefehlen, die andere zur Erreichung derselben Reform anzuwenden. Das würde ein schlechtes Licht auf das politische Verständnis des

Bürgerturns werfen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir werden selbstverständlich keine Rücksicht auf diese Vorgehensweise nehmen, sondern den Wahlrechtskampf so führen, wie er nach unserer Auffassung geführt werden muß. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Weiter ist als Grund gegen die Einführung des Reichstagswahlrechts darauf hingewiesen worden, daß Berlin eine rein sozialdemokratische Vertretung haben würde. Das können Sie sehr leicht verhindern, wenn Sie die Verhältniswahl einführen, die wir verlangen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nun noch einige kurze Bemerkungen gegenüber dem Abg. Lattmann, der den Sozialdemokraten vorwarf, sie übten Terrorismus, und zur Unterstützung dieses Vorwurfs ein Zirkular der Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen vorlas, worin die Frauen aufgefordert werden, ihren wirtschaftlichen Einfluß anzuwenden, um alle zu erlangenden Stimmen der sozialdemokratischen Partei zuzuführen. Die Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen hat damit nichts Ungeheuerliches verlangt und nichts, was nicht auch sonst schon verlangt wäre. Im Jahre 1881 hat das konservative Zentralwahlkomitee in einem Geheimzirkular, nicht öffentlich wie unsere Vertrauensperson, verlangt, daß die Konservativen ihre soziale Stellung geltend machen müßten, und möglichst nur solchen Geschäftleuten ihre Kundtschaft zuwenden sollten, welche konservativ stimmen. Auch sonst sehen wir bei anderen Parteien, daß der wirtschaftliche Einfluß aufgeboten wird, um die Untergebenen zu zwingen, im Sinne derer zu stimmen, von denen sie abhängig sind. Wir wären dumm, wenn wir, wo es sich um öffentliche Stimmabgabe handelt, den Zwang zur Stimmabgabe gegen die Ueberzeugung nur gegen uns anwenden ließen und nicht auch die Mittel anwenden, die uns zur Verfügung stehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Geschäftleute, die das nicht wollen, können ja dann

auf die Arbeiterkundschaft verzichten. Sie sind immer noch besser gestellt als die Beamten und Arbeiter, welche sozialdemokratisch wählen wollen, das aber nicht tun können, weil sie ihre ganze Existenz damit aufs Spiel setzen. Weiter hat Herr Lattmann gegen unseren Antrag polemisiert, für die Ausländer ein besonderes Ausländerrecht zu schaffen. Wer dem zustimmt, der unterstützt, behauptet er, die anarchische Gesellschaft. (Abg. Liebermann v. Sonnenberg: Sehr richtig! Lachen bei den Sozialdemokraten.) Diese Behauptung ist schon im Jahre 1848 aufgestellt, immer wird bei solchen Gelegenheiten gesagt, daß die bösen Fremden schuld seien. Ich möchte Sie aber fragen, ob Sie auch die Handlungsweise des rumänischen Staates billigen. Nach Artikel 44 des Berliner Vertrages müssen in Rumänien auch die verschiedenen Konfessionen gleich behandelt werden. Unter der Angabe, daß es sich um Ausweisung von Fremden handle, werden jetzt die Juden dort allgemein ausgewiesen. Wird die Reichsregierung gegen diesen Verstoß gegen § 44 des Berliner Vertrages einschreiten? Es scheint, daß die Reichsregierung hier auf einem ähnlichen Standpunkt steht wie Herr Lattmann. Das läßt ja die Polenpolitik in Preuzen erkennen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die ganze Behandlung dieser Dinge in Deutschland leidet darunter, daß die Reichsregierung sich allzu sehr von den konservativen Elementen beeinflussen läßt und nicht zu ernstlichen unternimmt, um sich die Zufriedenheit der großen Masse der Bevölkerung zu erringen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich will nun noch einiges zur Sprache bringen, was sich auf Elßah-Lothringen bezieht. Schon im vorigen Jahre hat ein Kollege es kritisiert, daß man in Elßah-Lothringen den bestehenden Verfassungsrecht zuwider den deutschen Kaiser zu einem gesetzgebenden Faktor gemacht hat. Herr v. Köller hat im Landesausschuß davon gesprochen, daß jede Vorlage dem Kaiser vorgelegt werde, der darüber besinde,

ob sie an den Bundesrat gelangt. Graf Pobodoltsky hat dem Abgeordneten Vonderscher im vorigen Jahre geantwortet, das entspreche den bestehenden Gesetzen. Das ist aber ganz falsch. Denn dann müßten auch Initiativanträge des Reichstages nicht dem Bundesrat zugehen, sondern der Kaiser die Entscheidung haben, ob dies geschehen soll. Denn der Landesausschuß ist in Elßah die Vertretung des Reichstages. Ferner weist ich den Reichskanzler auf die Gerüchte hin, daß der frühere Statthalter von Elßah-Lothringen eine Erbschaft bei der zuständigen Behörde nicht angezeigt hat, daß auch bei der Erwerbung des Schlosses Urbille und bei der Uebertragung des Eigentums der Hohkönigsburg auf den deutschen Kaiser

die Verlehten nicht gezahlt werden sollen. Dasselbe soll auch bei anderen höheren Beamten der Fall sein. Für seine Person hat Herr v. Köller dies dementiert, aber für alle Beamten hat er es natürlich nicht tun können. Wenn diejenigen Leute, welche die Träger des Reichsgedankens in Elßah-Lothringen sein sollen, sich wirklich solches zu schulden kommen lassen, so wäre das recht schlimm. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der deutsche Reichskanzler sollte darauf sehen, daß solche Unterlassungsfünden nicht vorkommen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ferner hat der Abg. Vonderscher vor wenigen Tagen die Verfassungsfrage in Elßah-Lothringen besprochen, sie aber von der Wahlrechtsfrage losgelöst. Wir pfeifen auf jede Verfassungsreform, welche nicht auch eine Wahlrechtsreform im fortschrittlichen Sinne einschließt. Wir verzichten auf jede Verfassungsreform, die uns das Dreiklassenwahlrecht nach preussischem Muster bringen soll. (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Dann warten wir lieber, bis ein wirklich fortschrittlich gesinnter Reichskanzler, einer, bei dem die Gesinnung nicht Pose ist, die Verfassungsreform durchzuführen wird. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Reichskanzler hat an den Landesausschuß nach Straßburg einen Brief gerichtet, der etwa das wiedergibt, was er am Dienstag hier ausgeführt hat. Er versichert darin die Elßah-Lothringer seines Wohlwollens. Nur schade, daß die Elßah-Lothringer schon zu lange mit diesem Wohlwollen abgespeist werden. Schon 1871 hat Fürst Bismarck erklärt, daß die deutsche Regierung mit ihrem Wohlwollen mehr tun werde, als die französischen Staatsmänner getan hätten. Aber in den verflorenen 37 Jahren ist man in Elßah-Lothringen herzlich wenig vorwärts gekommen. Auch der Statthalter v. Rantewitz hat sich am 15. Januar 1883 im Landesausschuß ganz ähnlich geäußert. Jetzt ist er längst tot und die verfassungsmäßigen Zustände sind in keiner Weise gefördert worden. Wenn die Ausführungen des Reichskanzlers denselben Wert haben sollten, so würde das für die Elßah-Lothringer sehr deprimierend sein, weil sie dann auf eine Verfassungsreform noch recht lange warten müßten. Ich möchte den Herrn Reichskanzler fragen, wie er sich eigentlich die Verfassungsreform in Elßah-Lothringen denkt. Mit einer solchen Erklärung würde er nur der ausgesprochenen Erwartung des Herrn v. Köller entsprechen. Wir wünschen natürlich, daß bei der Verfassungsänderung die Rechte der elßah-Lothringischen Bevölkerung durch Gewährung des allgemeinen Wahlrechts gewahrt werden. 1848 hat die deutsche Nationalversammlung unter den Grundrechten für das deutsche Volk, von denen niemals abgegangen werden sollte, auch das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für das deutsche Reich beschlossen und zugleich bestimmt, daß sinngemäß ähnliche verfassungsmäßige Zustände in allen Einzelstaaten geschaffen werden sollten. Es wäre endlich an der Zeit, daß diese Grundrechte, die damals das gesamte deutsche Volk verlangt hat, verwirklicht würden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Geheimrat Halle: Der Herr Vorredner hat die Frage der Besteuerung des früheren Statthalters von Elßah-Lothringen berührt. Wer diesen im Lande allgemein hochverehrten und angesehenen Mann gefaßt hat, konnte von vornherein nicht annehmen, daß er sich irgendwie mit Absicht einer Steuer hätte entziehen wollen. Man muß vielmehr annehmen, daß er im Zweifelsfalle lieber eine Steuer entrichtet hätte, als sich auf längere Verhandlungen wegen dieser Steuer einzulassen. Wer hierüber im Zweifel war, ist durch das inzwischen veröffentlichte Schreiben des

früheren Herrn Statthalters an den Staatssekretär v. Köller eines Besseren belehrt worden. Dort ist ausgeführt, daß der frühere Herr Statthalter bereits 1886 dem Leiter der Finanzverwaltung in Elßah-Lothringen aufgefordert hat, ein Gutachten über seine Steuerpflicht in Elßah-Lothringen abzugeben, und daß dieses Gutachten dahin gelautet habe, daß der Fürst in Elßah-Lothringen nicht steuerpflichtig sei. Dasselbe ist dem Fürsten dann 8 Jahre nachher, unmittelbar nach dem Tode der Frau Fürstin bezüglich der Erbschaftsteuer in Elßah-Lothringen erklärt worden. Da der Wohnsitz des Fürsten sich in Langenburg befindet, sei die württembergische Gesetzgebung in dieser Frage maßgebend. Ob das nun zutrifft oder nicht, jedenfalls war der Fürst berechtigt, anzunehmen, daß er in Elßah-Lothringen nicht steuerpflichtig war. Damit ist die politische Seite der Frage, auf die es für dieses Haus allein ankommt, vollständig gelöst. Was die Richterbarkeit einer Steuer bei der Erwerbung des Schlosses Urbille durch Se. Majestät anlangt, so ist diese berechtigt, weil der Erwerb zu einer Zeit stattfand, wo ein französisches Gesetz in Geltung war, nach dem die Besteuerung ausgeschlossen war. Die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Emmel in dieser Beziehung waren also recht verlorene Liebesmüh. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Potthoff (fr. Vg.): Der Herr Reichskanzler hat heute versucht, die Haltung der preussischen Regierung gegenüber der Wahlrechtsreform vom 10. Januar zu verteidigen. Seine eigene Erklärung hat er nicht in allen Punkten aufrechterhalten. Seine Erklärung war heute viel weniger unbefriedigend als am 10. Januar. Damals sagte er nur Erwägungen zu für eine Reform, heute stellte er eine grundlegende Reform bestimmt in Aussicht. Damals lehnte er die geheime Abstimmung unbedingt ab, heute wies er sehr richtig auf die bedenklichen wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnisse infolge der wirtschaftlichen Entwicklung hin. Von da bis zur geheimen Wahl ist nur noch ein kleiner Schritt logischer Konsequenz. Sollte seine heutige Erklärung auf einer veränderten Haltung beruhen, so wäre ja zu hoffen, daß wir noch zum praktischen Zusammenarbeiten in dieser Frage kommen. Sollten es nur Rücksichten auf das andere Kisse hier sein, so verstehe ich nicht, wie er in diesem Hause des des allgemeinen Wahlrechts so abprechend von dem allgemeinen Wahlrecht sprach. Daher müssen wir nach wie vor sehr auf der Hut sein und dafür sorgen, daß bei künftigen Wahlen nur wirklich energische Freunde des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts gewählt werden. Wenn der Herr Reichskanzler auf die Konsequenzen bei den kommunalen Wahlrechten hinweist, so habe ich durchaus kein Bedenken gegen ein freies Wahlrecht auch in den Kommunen. Wir betreiben die Wahlrechtsagitation nicht aus parteilastischen Zwecken, sondern aus Ueberzeugung. (Lachen rechts.) Redner fordert eine Denkschrift über die rechtlichen und Anstellungsverhältnisse der Reichsbeamten. Wir verlangen die volle Freiheit der Vereinsbildung für die Beamten. Ein Streikrecht wird von den Beamten selbst nicht gefordert. Ebenso müssen die Reichsbeamten volle Freiheit bei den Wahlen haben. Ich wünsche, daß der Herr Reichskanzler hier die Erklärung abgibt, daß bei den bevorstehenden Landtagswahlen auch die Reichsbeamten volle Freiheit der Abstimmung haben werden. Das würde auch für die preussischen Beamten sehr wertvoll sein. (Bravo! links.)

Staatssekretär des Innern v. Bethmann-Hollweg: Auf wiederholte Anfragen kann ich heute die bestimmte Hoffnung aussprechen, daß der Entwurf zu einer Reform der Staatszugehörigkeit dem Reichstag bald zugehen wird. Sie wird sich in der Richtung einer Ersparung des Verlustes und einer Erleichterung der Wiedererwerbung der Staatszugehörigkeit bewegen. (Bravo!)

Abg. Storch (D. Vp.) legt dar, daß die Sandsthalbahn nur von untergeordneter Bedeutung und die Aufregung des Auslandes darüber ganz unberechtigt sei. Des weitern beschränkt der Redner seine Resolution, wonach bei dem Gesetz über die Bundes- und Staatszugehörigkeit ein Deutscher seine Reichszugehörigkeit nicht gegen seinen Willen verlieren dürfe. Weiter verteidigt der Redner den Abg. Raumann gegen den vom Abg. Lattmann erhobenen Vorwurf des Demagogentums, allerdings schwebe Raumann mit Glanz über die Realitäten des Lebens hinweg. (Große Heiterkeit.) Was der Reichskanzler über das Wahlrecht in Preuzen gesagt hat, war in der Form konzilianter, in der Sache aber dasselbe, was er schon im preussischen Abgeordnetenhaus gesagt hat. Wenigstens für das geheime Wahlrecht hätte er sich aussprechen müssen, um der Volkstimmung Rechnung zu tragen. (Zustimmung bei den Freisinnigen.) Hierauf wird ein konservativer Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Der Titel „Gehalt des Reichskanzlers“ wird bewilligt. Von den Resolutionen wird die

sozialdemokratische Wahlrechtsresolution gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Abg. Dr. Raumann und Dr. Potthoff abgelehnt; die sozialdemokratische Resolution auf Schluß der Ausländer gegen Ausweisung ebenfalls abgelehnt gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Freisinnigen. (Aufrechterhalt: Potthoff hoch! hoch Potthoff! — Heiterkeit rechts.) Die Resolution Dr. Kocher und Genossen wird in Punkt 2 und 3 (Erleichterung von Beamtenauschüssen und Unterstellung der Staatsbetriebe unter die Gewerbeinspektion) gegen die Stimmen der Freisinnigen, der Sozialdemokraten, der wirtschaftlichen Vereinigung und einzelner Nationalliberaler abgelehnt, in Teil 1 und 4 gegen die Stimmen der Rechten angenommen. Alle anderen Resolutionen finden Annahme, die über das Beamtenrecht und Sicherung des Wahlgeheimnisses gegen die Stimmen der Rechten. Ueber die Resolution Brandts soll auf Antrag der Polen namentlich abgestimmt werden. Die Abstimmung wird auf morgen verschoben.

Der Rest des Etats wird debattelos bewilligt. Es folgt die Beratung des Etats für das Auswärtige Amt. Unter dem Titel: „Gehalt des Staatssekretärs, 60 000 M., wünscht Abg. Dr. Damm (natl.) eine Erweiterung des Kreises, aus dem die Beamten für den diplomatischen Dienst genommen werden. Nicht die Geburt, sondern die Tüchtigkeit des Beamten müsse entscheiden; die bürgerlichen Kreise genießen eine ebenbürtige Erziehung wie die Mitglieder des hohen Adels und wissen sich ebenso gut zu bewegen wie diese.

Staatssekretär v. Schön erwidert, daß eine neue diplomatische Prüfungsordnung in Vorbereitung wäre und dem Abschluß nahe sei.

Abg. Erzberger (Z.): Trotz meiner demokratischen Gesinnung scheint mir ein Eindringen der Plutokratie in unsere Diplomatie nicht vorteilhaft. (Schluß in der 2. Weilage.)

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 25. 3.	am 24. 3.	Wasserstand	am 25. 3.	am 24. 3.
Remel, Mühl	480 ⁰	-16	Saale, Großh.	200	-3
Bregel, Jüterburg	157 ⁰	-19	Qabel, Spandau ⁷	154	-3
Beigel, Tzorn	362	-14	Rathenow ⁷	162	-3
Oder, Rathor	204	-19	Spree, Soremsberg ⁷	168	-3
• Krossen	206	-8	Beesow	196	-2
• Frankfurt	211	-8	Defert, Rindon	38	+1
Barthe, Schimm	184	-10	Rindon	116	-7
Landesberg	226	-8	Rein, Magimiliansau	—	—
Rege, Barbanau	89	+2	• Raub	186	-3
Eise, Zeimertich	90	+7	• Rön	227	-10
• Dresden	-21	+15	Kedar, Neißbrom	123	-1
• Barbo	253	+7	Rain, Vertheim	194	+1
• Ragdeburg	209	+2	Rosel, Trier	110	-8

⁷ = bedeutet Quä, — = Tal, — ⁷ Unterpegel, — ⁷ Eisstand, — ⁷ Grundeis.

Reichstag.

(Schluß aus der 1. Beilage.)

Abg. Ledebour (Soz.):

Ich will eine Beschwerde brasilianischer Deutscher zur Sprache bringen. Ein dort angehebelter Deutscher sollte im vorigen Sommer wegen Anlage einer Eisenbahn enteignet werden, und es ist auch geschehen, ohne daß er entschädigt wurde. Da er das nicht leiden wollte, wurde er verhaftet und 31 Tage im Gefängnis gehalten, dann gegen Bürgschaft freigelassen und in der Schwurgerichtsverhandlung freigesprochen. Ich frage nun bei dem Staatssekretär an ob jetzt endlich — die Sache ist ja schon ein halbes Jahr her — Auskunft über die Tatsachen von der Gesandtschaft in Rio de Janeiro erhältlich gewesen ist, und ob es gelungen ist, für den Deutschen Entschädigung zu erlangen und eine Strafverfolgung gegen den brasilianischen Kommissar einzuleiten, der den Deutschen zu Unrecht verhaftet und in dem Prozeß gegen ihn Fälschungen begangen hatte. Weiter bitte ich um Aufklärung über folgenden Fall. Vor einigen Tagen ging die Nachricht durch die Presse, daß der chinesische Gesandtschaft von einer Frau ein Gegenstand zum Kauf angeboten wurde, der sich als ein Ehekontrakt, des chinesischen Kaisers, geschrieben auf gelber Seide, herausstellte. Zweifellos handelt es sich hier um ein Wertstück, das bei dem sogenannten Veruhigungs-feldzug gestohlen ist. Es liegt im Interesse des Ansehens des Deutschen Reiches, daß festgestellt wird, wer das Wertstück gestohlen hat, oder ob es jemand in gutem Glauben mitgenommen hat, wie ja auch die astronomischen Instrumente jemandem an den Fingern kleben geblieben sind. (Heiterkeit.) Daß vollkommene Klarheit geschaffen wird, sind wir dem Ansehen des Deutschen Reiches schuldig. (Wohol bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Goerde (natl.) führt Beschwerde über mangelhaften Schutz von Deutschen im Auslande.

Staatssekretär v. Scheen erllärt gegenüber dem Abg. Eraberger, daß die Regierung nicht veräumen werde, mit Nachdruck für die Interessen der deutschen Aktionäre der Gotthardbahn einzutreten. Die Behauptung des Herrn Ahlhorn, daß deutsche Handelskäufer in Marokko vor dem Raub ständen, stimmt mit den uns gewordenen Nachrichten nicht überein. Was den von Herrn Ledebour vorgebrachten Fall des Deutschen Anlud in Provilien anlangt, so ist es richtig, daß Anlud in erster Instanz freigesprochen ist. Die Staatsanwaltschaft hat aber Revision eingelegt und die Angelegenheit schwebt jetzt in zweiter Instanz. Wir müssen also abwarten, wie sie verläuft und ob wir Anlaß haben, in irgend einer Weise diplomatisch vorzugehen. Was dann die so etwas mysteriöse Sache mit dem Heiratskontrakt eines chinesischen Kaisers auf gelber Seide anlangt, so ist vorläufig anzunehmen, daß der Mann, der uns das Ding gebracht hat, es ganz harmlos gefunden hat. Sollte sich das Gegenteil bestätigen, so wird er nicht strafflos ausgehen. Inzwischen haben wir uns beeilt, die Urkunde nach Peking dahin zurückzugeben, wo sie hingehört. — Herr Goerde führte einen Fall an, in dem ein Deutscher in Paris in den Verdacht gekommen sei, ein Spion zu sein. Das kam während meiner Amtstätigkeit in Frankreich alle Tage vor. Die Franzosen sind etwas lebhafter veranlagt als die Deutschen und nehmen es mit den Worten nicht genau. Kommt es doch dort vor, daß Minister, gewiß sehr ehrenwerte Leute, von Abgeordneten, ebenfalls sehr ehrenwerten Leuten, als Räuber, Mörder und Diebe bezeichnet werden. (Große Heiterkeit.)

Tamit schließt die Debatte. Der Titel: Gehalt des Staatssekretärs wird bewilligt.

Eine Reihe weiterer Titel wird debattelos bewilligt. Beim Titel „Unterstützungen für hilfsbedürftige Reichsangehörige im Auslande 72 000 M.“ bittet Abg. Liebert (Rp.) dem deutschen Krankenhause in Neapel die Unterstüzung von 10 000 M. jährlich, die ihm bisher gewährt ist, zu belassen.

Staatssekretär v. Scheen sagt dies zu.

Der Titel wird bewilligt.

Den Titel „Zur Errichtung eines Konsulatsgebäudes in Lientzin, erste Rate, 175 000 M.“ hat die Kommission gestrichen.

Staatssekretär v. Scheen bittet um Wiedereinstellung der Position.

Der Titel wird vom Vlod wieder hergestellt.

Der Rest des Etats wird debattelos bewilligt.

Es folgt die Veratung des Etats der Reichsschuld sowie eine Reihe von Etatsresten und das Etatsgeley.

Damit ist die zweite Etatsberatung erledigt.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. (Dritte Lesung des Etats.)

Schluß 8 1/2 Uhr.

Kolonialfinanzen und Kolonial-eisenbahnen vor der Budgetkommission.

(Sizung vom 26. März.)

In der Fortsetzung der Debatte über die Frage, ob Kolonialanleihen oder Darlehen des Reichs und damit Reichsanleihen zur Deckung der außerordentlichen Ausgaben in den Kolonien dienen sollen, spricht sich Lattmann für selbständige Kolonialanleihen aus. Erzberger begründet nochmals den Zentrumsantrag und schlägt vor, eine Subkommission einzusetzen, welche aus der Regierungsvorlage und dem Zentrumsantrag ein brauchbares Gesetz zu machen hat. Arendt neigt der Regierungsvorlage zu, ist aber mit Bildung einer Subkommission einverstanden. Nach einigen weiteren Rednern, die sich in gleicher Weise aussprachen, erklärt ein Vertreter des Reichsschatzamt, daß dieses seinen ursprünglichen Widerstand gegen diese neue Kolonialfinanzpolitik aufgegeben habe, weil die ganze Kolonialpolitik gegenwärtig unter ganz neuen Gesichtspunkten zu betrachten sei. Es wird nunmehr die Subkommission gebildet, welcher angehören Singer, v. Richthofen, Semler, Lattmann, Biemer, Arendt und Erzberger. Den Vorsitz wird v. Richthofen führen.

Es werden nunmehr die einzelnen Eisenbahnvorlagen beraten. Die Veratung beginnt mit der projektierten Linie Lome—Atakpame auf Togo. Die Gesamtkosten dieser 170 Kilometer langen Strecke sind auf 11 1/2 Millionen Mark veranschlagt, wovon dies Jahr vier Millionen als erste Rate verlangt werden. Die bestehenden Bahnanlagen sollen an die deutsche Kolonialbahnbau- und Betriebsgesellschaft in Berlin verpachtet werden zu einem jährlichen Pachtzins von 300 000 M. Die neu zu erbauende Strecke soll natürlich später auch verpachtet werden. Für die Zukunft ist vorbehalten, die Bahn Lome—Atakpame bis Wanjei weiterzubauen, das ist eine Strecke von weiteren 270 Kilometer, so daß die ganze Linie eine Länge von 440 Kilometer haben wird.

Dernburg begründet noch kurz die gegenwärtige Vorlage; die Rentabilität sei gesichert, die Verkehrsrate Lome—Atakpame habe die Zahlung des Verkehrs ermöglicht und daraus habe sich ohne weiteres ergeben, daß ganz abgesehen von der Pachtsumme sich die Bahn rentiere. In der Diskussion fragt Erzberger an, weshalb man die neue Strecke nicht an die bestehende Bahn Lome—Palime angegliedert habe, die Strecke würde dann viel kürzer sein. Dernburg erklärt, das würde zu teuer geworden sein. Die für später vorbehaltene Weiterführung der Bahn nach Wanjei erscheine gerechtfertigt, da in der dortigen Gegend Erzbergwerke seien. Es soll indessen sehr vorsichtig an die Realisierung jener weiteren Pläne gegangen werden. Storz möchte Ausdehnung des wirtschaftlichen Machtbereichs der Kolonie in nördlicher, dem englischen Schutzgebiete zugewandter Richtung. — An der sehr lebhaften

und langen Debatte über die Linienführung beteiligt sich auch Genosse Ledebour, der nachweist, daß technisch die Linienführung von Palime über einer anderen Station nach Atakpame wohl durchführbar ist. Die angeblichen Schwierigkeiten bestehen nur in der Quantität des Herrn Staatssekretärs. Dernburg erwidert ziemlich heftig und meint, er stütze sich mit seinen Argumenten auf die Angaben der Beamten, welche in Lome waren, besonders auch auf den Gouverneur. (Ledebour ruft: Lassen Sie die Beamten doch selber reden!) Die sind zu meiner Unterstützung da, zu sonst keinem anderen Zweck, ich allein habe das Kolonialamt zu vertreten,“ ist die Antwort Dernburgs. Ledebour läßt sich aber damit nicht abweisen, er weist darauf hin, daß es Übung in der Kommission sei, die Sachverständigen direkt zu Worte kommen zu lassen. Wenn Dernburg eine andere Praxis eingeführt habe, so liege das wohl nur an seiner geringen parlamentarischen Erfahrung. — Noch eine ganze Weile dauert die Auseinandersetzung zwischen Ledebour und Dernburg; schließlich beantragt nach beendeter Debatte der Referent Semler die Bahn Lome—Atakpame in der, von der Regierung vorgeschlagenen Weise zu bewilligen, samt der angeforderten 1. Rate von 4 Millionen Mark. Der Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen.

Morgen folgt die Veratung über die ostafrikanische Kolonialbahn-Vorlage.

Aus der Gewerbeordnungs-Novellen-Kommission.

Die Beratungen der Kommission zur Vorberatung der Gewerbeordnungs-Novelle bezogen sich gestern auf zwei für die Arbeiterklasse nicht unerhebliche Punkte. Im § 115 Abs. 1 der Gewerbeordnung ist die Verzahlung des Lohnes angeordnet und das Trudhsystem mit Strafe bedroht. Die Zentrumsparlei beantragte, diese Bestimmung auch ausdrücklich auf die Lohnvorläufe auszudehnen. Zwar verließ sich dies eigentlich von selbst, indessen mußte man der hier und da entgegenstehenden Auffassung einen Niegel vorchieben. Die Regierungsvorlage bezog sich darauf, daß ja das Reichsgericht bereits in diesem Sinne entschieden habe. Von sozialdemokratischer Seite wurde hervorgehoben, daß freilich im Jahre 1880 und später das Reichsgericht in Entscheidungen in Strafsachen dem § 115 eine solche Auslegung gegeben habe. Indessen habe sich insbesondere um die Wirkungen des im § 394 B. G. B. ausgesprochenen Aufrechnungsverbots abzuschwächen, ein wahrer Rattenschwanz von Streitigkeiten gebildet. So werde zum Beispiel, hier und da auch von Gerichten, der Vorläuf als Darlehen bezeichnet. Die Regierungen seien selbst schuld daran, daß man sich bei der Rechtsprechung des Reichsgerichts nicht beruhigen könne. Sei auch nicht anzunehmen, daß das Reichsgericht seine Ansichten ändern werde, so sei seine Rechtsprechung doch für zivilrechtliche Streitigkeiten nicht maßgebend. Bei der Veratung der Zivilprozessordnungs-Novelle im Jahre 1897 habe die Kommission zuerst dem Drängen der Sozialdemokraten auf Schaffung eines einheitlichen Gerichts für zivilrechtliche Streitigkeiten über den gewerblichen Arbeitsvertrag nachgegeben. Später habe man im Vertrauen auf die Zusage der Regierung, daß durch ein besonderes Gesetz diese Materie geregelt werden würde, der Anregung keinen weiteren Fortgang gegeben. Wenn in zehn Jahren der von der Regierung ausgesetzte Wechsel nicht erfüllt sei, so sei es durchaus notwendig, nun wenigstens für die dringlichsten Fälle dem Wirrwarr der Rechtsprechung, den zum größten Teil die Unklarheit der §§ 115—120 B. G. B. und die Tatsache verschulden, daß eigentlich erst Letzter dem Arbeitsvertrag nach seiner juristischen Seite hin wissenschaftlich darzustellen versucht habe, ein Ende zu machen. Der Antrag fand Annahme.

Um dem tatsächlichen Vorgang und der Unsicherheit über die Lohnzahlungsmethoden etwas entgegenzutreten, beantragten die sozialdemokratischen Vertreter, in § 115 oder an einer anderen Stelle eine mit keiner Strafvorschrift umgebene Bestimmung einzufügen, dahinlautend:

„Die Lohnzahlung bei Zeitlohn oder Abschlagszahlung bei Akkordlohn hat allwöchentlich zu erfolgen.“

Der Antrag wurde durch die drückende Lage begründet, in welche lange Lohnzahlungsperioden der Arbeiter bringen. Die Absicht des Antrages wurde von Abgeordneten des Zentrums und von dem Abg. Wehren als erstrebenswert bezeichnet. Die Regierung wendete sich gegen denselben; es sei hinreichend, daß im § 119a die Gemeinden die Ermächtigung haben, zu bestimmen, daß in Wochenterminen der Lohn zu zahlen sei. Man solle in die Freiheit des Arbeitsvertrages nicht eingreifen; eine Stellungnahme der Regierung selbst sei noch nicht möglich gewesen. Von konservativer, freikonservativer und nationalliberaler Seite wurden ähnliche Erwägungen angeführt; es sei auch bedenklich, daß die Bestimmung ohne Strafvorschrift bleiben solle, dann hänge sie doch in der Luft. Erwidert wurde, daß die rein zivilrechtlichen Folgen der Nichtbeachtung einer solchen Vorschrift völlig genügen. Von nationalliberaler Seite wurde angeregt, den § 119a dahin zu erweitern, daß auf Antrag beteiligter Arbeitgeber oder Arbeitnehmer die höhere Verwaltungsbehörde an Stelle der Gemeinde eine statistische Bestimmung über Lohnzahlungsfristen erlassen könne. Entgegen wurde von sozialdemokratischer Seite: der Versuch einer ordnungstatutarischen Regelung, wie § 119a sie anbahne und der nationalliberale Antrag noch weiter verfolge, sei ein verfehlter. Schwierlich hätten mehr als zehn Gemeinden in ganz Deutschland seit 1891 von der Bestimmung des § 119a Gebrauch gemacht. Verufen doch die Gemeindevertretungen im wesentlichen auf dem Dreiklassenwahlrecht, das die Arbeiter in die Minorität setze. Eine solche Regelung sei auch nicht Aufgabe der Kommune. Der vorgeschlagene Weg habe auch auf anderen Gebieten völlig versagt. Es wurde an den Hergang in Preußen erinnert. Dort habe im Jahre 1845 die Gemeinde das Recht der Errichtung ordnungstatutarischer Krankenkassen erhalten; so gut wie kein Gebrauch sei davon gemacht. Die Regierung habe im Jahre 1854 anerkannt, daß hieran der Einfluß der Fabrikbesitzer auf die Gemeinden und die soziale Verständnislosigkeit der letzteren schuld seien. Eine ähnliche Vollmacht wie jetzt von nationalliberaler Seite beantragt, sei im Jahre 1854 von der Regierung erbeten und vom Landtag erteilt. Ähnlich sei es 1868 und später im Reich gewesen und doch hätten die Regierungen im Jahre 1881 und 1882 noch anerkannt, daß diese Ermächtigung in außerordentlich geringem Maße benutzt worden sei. Die Zentrumsabgeordneten versuchten, durch verschiedene Forderungen den sozialdemokratischen Antrag umzugestalten und brachten schließlich folgenden Antrag ein:

Arbeitslohn und Gehalt ist, wenn die Kündigungsfrist vierzehntägig oder kürzer ist, spätestens wöchentlich, wenn sie länger ist, spätestens monatlich zu zahlen. Soweit bei Akkordarbeiten eine Berechnung nicht für diese Zeitabschnitte erfolgt, ist für den Akkordarbeiter an den bezeichneten Terminen ein der verwendeten Zeit entsprechender Lohnbetrag zu zahlen.

Entgegenstehende Vereinbarungen sind nichtig. Der freisinnige Abgeordnete Rang wollte als Unterantrag zu dem sozialdemokratischen Antrag den § 119a, Ziffer 1 etwas anders gestalten.

Bei der Abstimmung wurde der freisinnige Antrag und der Antrag der Sozialdemokraten abgelehnt, der Zentrumsantrag mit 12 Stimmen (Zentrum, Sozialdemokraten, Wehren, Schad und Raumann) gegen 10 Stimmen angenommen. Die Nationalliberalen zogen hierauf ihren gegenstandslos gewordenen Antrag zurück.

Die nächste Sitzung soll am Dienstag stattfinden.

Aus Industrie und Handel.

Harmonie der Interessen.

Die Aktionäre des Magdeburger Bergwerksvereins genehmigten sich in der in den letzten Tagen stattgefundenen Generalversammlung 38 Prozent Dividende. — Auf einer großen Reihe Gruben sind bereits Lohnföhrungen vorgenommen worden; die Feierschichten nehmen zu und das Einkommen der Arbeiter geht stark zurück.

Vom Siegerländer Eisenmarkt berichtet die „R. Btg.“, daß der Rückgang der Konjunktur unaufhaltsam fortschreite; es läßt sich im Augenblick gar nicht absehen, wann dieser Zustand aufhören wird, denn es ist nirgends ein Anhaltspunkt gegeben, der auf eine Besserung in naher Zukunft schließen läßt. Das Vertrauen ist derart verloren gegangen, daß man selbst den derzeitigen geringen Bedarf noch zurückhält, und die Lust zu neuen Unternehmungen fehlt ganz.

Bergwerksgesellschaft Dahlbusch, Kottbusen. Nach dem Geschäftsbericht betrug die Kohlenförderung im Jahre 1907 1 048 783 Tonnen (gegen 1 096 850 Tonnen in 1906) und die Koksproduktion 177 953 Tonnen (178 307 Tonnen). Der erzielte Rohgewinn beläuft sich auf 3 453 604 M. (3 680 388 M.). Nach Abföhrungen von 1 208 328 M. (1 417 769 M.) verbleibt ein Reingewinn von 2 250 276 M. (2 262 620 M.), aus dem wieder 16 Proz. Dividende (wie im Vorjahre) auf das 12 000 000 M. betragende Aktienkapital verteilt werden sollen. Es wurde demnach im letzten Jahre pro Tonne Förderung 2,146 M. Reingewinn erzielt, gegen 2,063 M. im Vorjahre.

Direktor Koch über die Wirtschaftslage.

Von der Generalversammlung der Deutschen Bank wurde die vorgeschlagene Dividende von 12 Proz. genehmigt. Ueber die Aussichten des neuen Geschäftsjahres und die allgemeine Lage äußerte Direktor Koch sich folgendermaßen: Auf die Frage, wie sich die Aussichten in diesem Jahre gestalten, kann ich natürlich, da erst drei Monate verlossen sind, noch nichts Definitives sagen. Jedenfalls befinden wir uns in einer besseren Lage, als im Vorjahre insofern, als wir heute weniger Sorgen haben, daß eine allgemeine Krise eintreten wird. Eine Gesundung ist im Anzuge. Besonders sind die Vereinigten Staaten für uns von Bedeutung, die im ganzen Jahre den Gegenstand größter Sorge bildeten. Da ist jetzt zweifellos eine Besserung festzustellen und dies wird zurückwirken auf unsere Verhältnisse. Was die Konjunktur in der Industrie betrifft, so ist man dort allerdings noch nicht so weit. Auch die Lage unseres Geldmarktes ist nicht gerade beruhigend schön. Während in Amerika, Holland usw. das Geld außerordentlich leicht ist, ist es bei uns noch immer rar.

Arbeiterentlassungen. Der Georgs-Marien-Bergwerks- und Hüttenverein nimmt erhebliche Betriebseinschränkungen vor; eine größere Anzahl Arbeiter ist entlassen worden.

„Eintracht“, Braunkohlenwerke und Zementfabriken zu Neu-Belton R.-L. Die Generalversammlung setzte die Dividende für das letzte Geschäftsjahr auf 24 Prozent fest. Für das laufende Jahr wird ebenfalls ein günstiges Ergebnis erwartet — der Lohndruck hat begonnen.

Gute Geschäfte. Die Vorkiswalder Terrain-Aktiengesellschaft erzielte laut Geschäftsbericht für 1907 (einschließlich des Vortrages aus 1906 mit 266 019 M.) einen Vortragsgewinn von 745 011 M. (i. V. 439 807 M.) und einen Reingewinn von 604 293 M. (i. V. 282 849 M.). In der Bilanz sind die Grundstücke mit noch 4 551 044 M. bewertet, gegen 4 258 151 M. im Vorjahre.

Krise in der italienischen Automobil-Gerfertigung. Der Abschluß der Gesellschaft Fiat, der einen Verlust von 7 1/2 Millionen Lire für das abgelauene Geschäftsjahr ausweist, hat, nach der „Frankf. Btg.“, ein Fallen der Aktien der A.-S. Fiat auf 39 verurteilt. Der Auf- und Abstieg dieser Automobilfabrik ist enorm. Die Aktien von nur 25 Lire stiegen auf nahezu 2000 Lire. Bei der Umbildung der Gesellschaft standen die neuen Aktien lange auf etwa 800 Lire, und heute sind sie auf 39 Lire gefallen.

Vom englischen Wirtschaftsmarkt. Aus Manchester wird gemeldet: Die vereinigten englischen Baumwollspinnereien beschloßen, alle Etablissemments Östern auf eine Woche zu schließen, falls 80 Proz. der Mitglieder ihre Zustimmung versichern. Eine Redung aus London lautet: Infolge der schlechten Lage des Webereigeschäfts hat die Vereinigung der Schiffseigentümer in Sunderland es dem Ermessen ihrer Mitglieder anheimgestellt, einen Teil ihrer Dampfer aufzulegen zu lassen, um die Zahl der Konkurrenten zu verringern.

Die Verstaatlichung der Gotthardbahn stößt auf Schwierigkeiten, so daß jedenfalls der Prozeßverbeten und das Bundesgericht entscheiden wird. Von Interesse ist die Tatsache, daß die überwiegend große Mehrzahl der Gotthardaktien sich im Auslande befindet. Auf keinen Fall dürfte die Verstaatlichung bis zu dem mit 1. Mai 1909 in Aussicht genommenen Termine erfolgen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Erweiterungsbau des Gewerkschaftshauses

ist vollendet und wird jetzt von den Gewerkschaften bezogen. Einfach und solide wie das alte Haus, ist auch der Neubau ausgeführt. Er ist nur zur Aufnahme von Bureaus bestimmt und bietet für diesen Zweck ebensoviel Raum, wie das alte Gebäude. Die neuen Räume sind bereits vollständig besetzt, teils durch Gewerkschaften, denen es infolge ihres erfreulichen Wachstums im alten Hause zu eng geworden ist, teils durch solche, deren Bureaus bisher außerhalb des Gewerkschaftshauses lagen. Durchgehende Korridore in allen Stockwerken verbinden das alte Gebäude mit dem neuen zu einem einheitlichen Ganzen. In die Partierterräume des Neubaus ist der Holzarbeiterverband aus dem alten Hause übergesiedelt. Der Bauverein Berlin des Buchdruckerverbandes, dessen Bureaus sich seit langer Zeit in der Ritterstraße befinden, hat das ganze erste Stockwerk im neuen Teil des Gewerkschaftshauses gemietet und wird es nach einigen Monaten beziehen. In den Räumen der anderen Stockwerke haben sich verschiedene Gewerkschaften niedergelassen. In den Kellerräumen des Neubaus sind zwei gute Regelbahnen eingerichtet als Ersatz für die Regelbahnen im alten Hause, die schon seit längerer Zeit zu Sitzungszimmern benutzt worden sind.

Durch den Erweiterungsbau ist das Gewerkschaftshaus, soweit es sich um die Bureauräume handelt, auf das doppelte seiner bisherigen Größe ausgedehnt worden und doch reicht das vergrößerte Haus nur eben aus, um den gegenwärtigen Anforderungen der Gewerkschaften zu genügen. Nach einigen Jahren werden voraussichtlich die Gewerkschaften soweit gewachsen sein, daß ihnen auch das neue Heim zu eng wird. So wachsen die Organisationen der Arbeiter zu immer größerer Ausdehnung und Macht empor, ein sicheres Volkswerk bildend gegen den Anturum des Unternehmertums und eine starke Position zur Wahrung der Arbeiterinteressen.

Der Streik bei Hartung.

Die streikenden Arbeiter und Arbeiterinnen von Hartung Stahl- und Eisenwerk in Radowitz kamen am Mittwoch zu einer Besprechung zusammen, an welcher Franke vom Transportarbeiterverband und Raus vom Metallarbeiterverband als Vertreter der beiden Organisationen teilnahmen. Der Streik dauert jetzt 3 Wochen, und es ist der Firma gelungen, 83 Streikbrecher zu finden. Die Zahl der Streikenden resp. der Ausgesperrten — denn der Streik haben nur die 28 Gießarbeiter erklärt — beträgt 148, alles geübte Leute, die durch die Arbeitswilligen nicht so leicht ersetzt werden können. Den Streikenden ist bekannt, daß jetzt viel „Bruch“ produziert und Hartung täglich schwer geschädigt wird. Als ein Beispiel der Unfähigkeit der Arbeitswilligen wurde erzählt, daß man in großer Verlegenheit war, wie der „Reihland“ für die Hermmacher herzustellen sei. Selbst die Meister wußten keinen Rat, bis einer von den Streikenden sich überreden ließ, die Mischung bekannt zu geben. Zu spät sah er ein, daß er eine Dummheit begangen hatte und er mußte manchen Vorwurf hören. Es wird jeder gewarnt, mit der Firma in irgendwelche Verbindung zu treten, ohne der Streikleitung vorher Kenntnis zu geben. Für die arbeitswilligen Farmer hat der Geschäftsführer erst Werkzeug kaufen müssen, das bedeutet, daß nur sehr minderwertige Farmer angeworben sind, denn jeder gute Farmer hält unbedingt auf eigenes Werkzeug. Aus diesen und manchen anderen Gründen sind die Streikenden überzeugt, daß die Firma Hartung in der gegenwärtigen Situation durchaus nichts zu machen hat. Verhandlungen anzubahnen wird vorläufig nicht als zweckentsprechend angesehen. Man ist darin einig, daß der Kampf energisch fortgesetzt werden muß. Ueber verschiedene Mittel und Wege wurde beraten und man verspricht sich davon guten Erfolg, wenn jeder mithilt und Hand an Werk legt, unbekümmert um die Drangsalierung durch die Polizei, über die viel gellagt wurde. Ueber den Gastwirt Opyh in Hartung's Haus, wo zuerst das Streikbureau sich befand, gab sich große Entrüstung kund, weil Opyh für die Arbeitswilligen Partei zu nehmen schien. Er versorgte sie mit Essen und Trinken während der Arbeit und verbielt sich den Streikenden gegenüber ablehnend als diese verlangten, daß er zu wählen habe zwischen ihnen und den Arbeitswilligen.

Ueber den Stand der Tarifbewegung im Schneidergewerbe machte der Ortsbevollmächtigte Kunze in der Mitgliederversammlung am Mittwoch unter anderem folgende Mitteilungen. Soweit die Vorbedingungen dafür erfüllt sind, wird der Mahlschneidertarif noch in dieser Woche den für die Bewegung in Betracht kommenden Geschäften zugestellt. Der in der öffentlichen Schneiderversammlung am Sonntag erwähnte Konflikt mit der Firma Albert Erich ist durch Verhandlungen erledigt, da sich die Firma bereit erklärte, den Bemerkungen weiter zu beschäftigen. Die Firma S. A. Koss ist in eine höhere Tarifklasse gekommen, nachdem die dort beschäftigten Mahlschneider dies selbst verlangt und die Ortsverwaltung sich damit einverstanden erklärt hatte. Außerdem sieht noch bei einer anderen Firma die Beförderung in eine höhere Tarifklasse bevor, wo dies schon im vorigen Frühjahr bestimmt in Aussicht genommen war. — In den Geschäften, die den Tarifvertrag der Konfektionsbranche anerkennen haben, sind die Firmen Wacholl u. Lewin und Fabisch u. Co. hinzugekommen. Mit dem Kaufhaus des Westens wird über den Kostümschneidertarif verhandelt.

Tarifbewegung der Portefeuller.

Am Montag fand eine gemeinschaftliche Konferenz der Vertreter der Lederwarenfabrikanten Deutschlands und der Vertreter des Portefeuller- und Sattlerverbandes in Berlin statt. Es handelte sich darum, ob der Tarif am 31. März gekündigt werden solle und wie man sich über neue Bedingungen einigen könne. In der Konferenz saßen als Vertreter der Arbeitnehmer Blum-Berlin vom Sattlerverband und Weinschild-Offenbach und Hauptmann-Berlin vom Verband der Portefeuller. Vertreter der Arbeitgeber waren Schloßmacher-Frankfurt a. M., Loth-Berlin und Smelin-Stuttgart. Die folgenden Orte kommen für den Tarifvertrag hauptsächlich in Betracht: Berlin, Stuttgart, Leipzig, Offenbach, Freiberg. Der letzte Vertrag ist im Jahre 1906 abgeschlossen worden und läuft am 30. Juni 1908 ab. In einer öffentlichen Versammlung, die am Dienstagabend im Gewerkschaftshaus stattfand, erstattete der Verbandsvorsitzende Weinschild Bericht über die Berliner Konferenz. Die Unternehmer legten zunächst ihre Bedingungen vor, die aber als unannehmbar gelten mußten. Die Vorstände des Sattler- und der Portefeullerverbandes hatten sich über gemeinsam zu tretende Forderungen mit dem neuen Verträge geeinigt und hätten lieber eine tariflose Zeit gewünscht, als daß sie auf die Vorschläge der Unternehmer eingegangen wären. Es gelang im Laufe der Verhandlungen indessen, die Vertreter der Unternehmer zu Zugeständnissen zu bewegen und das Gefüge des neuen Vertrages im allgemeinen festzulegen. So soll die Arbeitszeit höchstens 64 Stunden pro Woche betragen, und zwar für ganz Deutschland. Derselbe Arbeitszeit sowie Mindestlöhne gelten auch für die Heimarbeit, bei Zwischenrechnern und in Filialbetrieben. Für Ueberstunden werden 25 Proz. Zuschlag bezahlt. Die Mindestlöhne sind in jedem Industriebezirk zu regeln, den örtlichen Verhältnissen entsprechend. Ein Tariftarif ist noch bis zum 1. Juli genauer auszuarbeiten. Der Tarif ist in jeder Werkstatt auszubringen, versehen mit der Unterschrift des Arbeitgebers. Wo neue Artikel eingeführt werden und Preise festgesetzt werden, da müssen die Arbeiter eines Betriebes gemeinsam hinzugezogen werden. Wo Akkordarbeit eingeführt wird, darf sie niemals dazu dienen, den bisherigen Verdienst zu drücken. Bei Streitigkeiten soll die Schlichtungskommission in Tätigkeit treten. Ein Tarifamt soll eingerichtet werden. Bei Tarifbrüchen kann der Vertreter der Organisation als Ankläger auftreten, dafür sollen aber Gewerkschaftsbeamte nicht Mitglieder der Schlichtungskommission sein dürfen. Die Arbeitsnachweise der Arbeiter sind zunächst zu berücksichtigen. Diese und andere kleine Zugeständnisse bewilligten die Vertreter der Unternehmer. Der alte Vertrag wird von beiden Seiten mit dem 30. Juni als abgelaufen erklärt. — In der Diskussion über diese Vorlage erklärten sich die Versammelten einverstanden damit, wenn auch noch einige Wünsche laut wurden, wie z. B. Einrichtung von Betriebswerkstätten auf alle Fälle für Berlin zu fordern. Vertreter der Verbände der Sattler, Tischler und der Buchbinder, in deren Reihen sich mancher Portefeuller befindet, sprachen ihre Sympathie und Vereinstätigkeit der Unterstützung zur Tarifbewegung der Portefeuller aus. Eine Resolution wurde einstimmig angenommen, in der die Wichtigkeit einer festen Organisation für die gegenwärtige Bewegung besonders betont wurde und in der die Versammelten sich dafür erklärten, daß die beiderseitig vereinbarten Grundlinien für Tarifverträge an allen Orten zur Geltung gebracht werden und daß der Ablaufstermin für alle örtlichen Tarifverträge der gleiche sei.

Die Branche der Fäshner beschäftigte sich in einer außerordentlichen Versammlung, die am Mittwoch bei Graumann in der Raunungstraße stattfand, mit derselben Angelegenheit. Die vom Sattlerverband referierte. Die Diskussion hielt sich in engen Grenzen. Die Versammelten waren zum Teil überreicht, denn sie glaubten, daß sie erst die Kündigung des Vertrages zu beschließen hätten. Sie waren offenbar mit den Ergebnissen der Konferenz vom 23. März soweit zufrieden, denn Opposition wurde von keiner Seite gemacht, wenn auch mancher noch weitergehende Zugeständnisse gern gesehen hätte.

Küftung, Schuhmacher!

Die Differenzen bei der Firma Nachhaus sind beigelegt. — Das Bureau befindet sich jetzt Pfandensfelder Straße 10. Zentralverband der Schuhmacher. Ortsverwaltung Berlin.

Die Firma Kuche u. Spring, Berlin, Magazinstraße 14, beauptet in einer Erklärung im „Vorwärts“ vom 25. März 1908, die betreffenden Arbeiter, ein Sortierer und zwei Ristenmacher,

hätten am Morgen des 18. März ohne Einhaltung der Kündigungsfrist die Arbeit niedergelegt. Diese Behauptung ist unnothig. Schon am 17. März sind unsere Kollegen an die Inhaber herangetreten um Freigabe des 18. März von nachmittags 2 Uhr an. Es ist unseren Kollegen bedeutet worden: „Wer nicht arbeitet, der flieht.“ Am Morgen des 18. März wurde nochmals um Freigabe des Nachmittags nachgefragt. Die Arbeiter erhielten die Antwort, so etwas gäbe es nicht, wer nicht arbeitet, wird entlassen. Die Arbeiter gaben darauf die Erklärung ab, dennoch zu feiern, worauf ihnen die Antwort zuteil wurde, daß sie entlassen seien. Bemerkenswert sind noch die Zeugnisse, welche die Firma unseren Kollegen aushändigte. Diese Zeugnisse enthalten den Nachsatz: „Er legte heute vormittag die Arbeit nieder.“ Unsere Kollegen protestierten gegen dieses Zeugnis. Da die Firma Kuche u. Spring sich weigerte, ein anderes Zeugnis aufzustellen, haben die Kollegen den Klageweg beschritten.

Für den Verband der Zigarrensortierer und Ristenmacher.

Robert Henjchel, Gaudystraße 40.

Deutsches Reich.

Begen Lohndifferenzen haben 100 Arbeiter der Chemischen Fabrik A.-G. (vormals Ostler Heymann) in Breslau-Ostviertel die Arbeit niedergelegt. Sämtliche Streikende sind Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes. Nur 6 Arbeitswillige und die Arbeiterinnen verblieben im Betriebe. Die Streikenden verlangen die Einführung des Achtstundentages, eine Erhöhung des Minimalstundenslohnes von 30 auf 35 Pf. für männliche und von 17 auf 20 Pf. für weibliche Arbeiter, für den schweren und gesundheits-schädlichen Dienst in der „Knochenmühle“ — so nennt der Volksmund die Fabrik — gewiß kein übertriebenes Verlangen. Die Betriebsleitung hat hochfahrend die Vermittelung der Arbeiterorganisation abgelehnt.

Zur Kritik in der Textilindustrie. In Reichenbach am Eulengebirge hatte eine Textilfirma bereits vor einiger Zeit die Arbeitswoche auf 4 Tage herabgesetzt. Als sie jetzt noch um einen weiteren Tag verkürzt werden sollte, legten die Arbeiter überhaupt die Arbeit nieder.

Malerzettel.

Münster, 26. März. (Privattelegraph vom „Vorwärts“.) Sämtliche Maler- und Anstreicherzünfte der freien und christlichen Organisationen sind wegen Verweigerung einer Lohnerhöhung in den Ausstand getreten.

Aus der Frauenbewegung.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Berlin. Montag, den 23. März, 8 1/2 Uhr, im Neuen Klubhaus, Kommandantenstraße 72, Holzammer-Abend. Vorlesung aus seinen Werken mit einseitigen Worten über den Dichter. Russische Vorträge: Leo Kestenberg.

Die Fortsetzung der Museumsführung findet für die mit Willens versehenen Mitglieder (diejenigen, welche die erste Führung besuchten) am Sonntag, den 29. März, statt. Treffpunkt pünktlich 1/11 Uhr Seiteneingang der National-Galerie.

Steglitz. Sonntag, den 29. März, nachmittags 4 Uhr, bei Schellhase, Hohnstraße 15, Öffentliche Versammlung. Vortrag des Genossen Eduard Bernstein: „Die Landtagswahl und die Frauen“. Wahl der Vertrauensperson.

Verfammlungen.

Zentralverband der Maurer.

Am Mittwoch fand eine stark besuchte Generalversammlung für den Zweigverein Berlin statt. Auf der Tagesordnung stand der Vorstandsbericht für das Jahr 1907. Derselbe lag gedruckt vor. Wir entnehmen ihm folgende Angaben: Die Agitation war wesentlich durch die Lohnbewegung beeinflusst. Der größte Teil der Biererei- und Generalversammlungen sämtlicher Sektionen beschäftigte sich zu Anfang des Jahres mit den Beratungen in der Verhandlungskommission. Inher 6 Generalversammlungen haben im gesamten Zweigverein 488 Sektionen, Viertel- und Zahlstellenversammlungen stattgefunden. In 112 dieser Versammlungen wurden 39 politische, 2 sozialpolitische und 71 gewerkschaftliche Vorträge gehalten. In Sitzungen wurden 684 abgehalten. — Die Tätigkeit der Verbandsleitung auf den Bauten war im Berichtsjahre, trotz der Lohnbewegung, mit der des vorigen Jahres nicht zu vergleichen, da ein Teil derselben durch die Streik-kontrollen ausgeführt wurde, während die Zweigvereinsleitung durch andere Arbeiten der Lohnbewegung stark in Anspruch genommen war.

Während der Lohnbewegung wurde in 77 Fällen seitens der Leitung mit einzelnen Unternehmern wegen Abschluß eines Vertrages unterhandelt; in 67 Fällen waren Differenzen verschiedener Natur zu erledigen, in 20 Fällen handelte es sich um Wausperren und in 2 Fällen um die Wauvude, die nicht in Ordnung war; insgesamt 108 Fälle.

Während der übrigen neun Monate wurden 892 Fälle auf den Bauten durch die Leitung erledigt. Hierbei handelte es sich in 126 Fällen um Rahmregelung von Kollegen, in einem Falle wurde die WiederEinstellung durch die Unterkommission der Achtzener-kommission, noch unter dem Vertragsverhältnis, in 8 Fällen durch Verhandeln mit dem Unternehmer selbst erreicht. 291 Kollegen wurden als gemahregelt anerkannt und durch die Organisation unterstützt. Im ganzen Berichtsjahre, die Lohnbewegung ein-gerechnet, machte sich in 882 Fällen ein Eingreifen der Verbands-leitung auf der Baustelle notwendig.

Rechtschutz wurde 67 Kollegen in 57 Fällen gewährt. Davon kommen auf die Lohnbewegung 96 Fälle, in denen 41 Kollegen wegen Streibergehens angeklagt waren. Von diesen wurde ein Fall durch Vergleich erledigt, 8 Fälle endeten mit Freisprechung, in 27 Fällen erfolgte Beurteilung zu insgesamt 3 Jahren 6 Monaten 6 Wochen und 16 Tagen Gefängnis und 758 M. Geldstrafe.

Aus der Bibliothek wurden 4437 Bücher an 908 Kollegen ausgeliehen.

Ueber die Lohnbewegung soll später ein besonderer ausführlicher Bericht veröffentlicht werden. An der Lohnbewegung waren 10936 Maurer beteiligt. Hiervon reisten 2532 ab, 7723 waren direkt am Streik beteiligt. Von den Bauern beteiligten sich 2581 an der Lohnbewegung und 1500 Mitglieder der Gips- und Zement-brenner waren durch dieselbe in Mitleidenschaft gezogen. In-gesamt waren von den Mitgliedern des Zweigvereins 11804 direkt als Ausgesperrte, Streikende oder in Mitleidenschaft gezogene an der Lohnbewegung beteiligt.

Während das Jahr 1906 einen durchschnittlichen Mitgliederstand von 16154 aufwies, schließt das Jahr 1907 mit einer Mitgliederzahl von 11124. Davon sind 6951 Maurer, 2181 Zement-, 2042 Gips- und Zementarbeiter. Der Mitgliederrückgang wird erklärt aus dem Rückgang der Bau-tätigkeit und aus dem Umstand, daß viele Mitglieder infolge der Lohnbewegung abreisten und nicht wieder zurückkehrten.

Der Kassenbericht gibt eine Abrechnung über die Lohnbewegung. Derselbe verursachte eine Gesamtausgabe von 1014948,97 M. An Streikunterstützung wurden 958170 M. gezahlt. Ferner: 12400 M. Fahrgeelder an abgereifte Streikende, 12397 M. für Fernhalten des Zuzuges, 1483 M. für Fortschaffung Angereister, 3175,50 M. für polizeiliche Strafmandate, 1293 M. für Gerichtskosten, 2310 M. Verleumdungskosten.

Die Zweigvereinskasse zahlte 47144 M. Krankenunterstützung, 11615 M. Starbegelb, 41355 M. bei Rahmregelungen, Rai-onausperrungen, Wausperren usw. Die Gesamteinnahme des Zweig-vereins betrug 689077,93 M., die Ausgabe 400028,94 M., der Bestand beträgt 289048,99 M.

Der Vorsitzende Hante machte einige mündliche Bemerkungen zum Jahresbericht. Am Schluß seiner Rede gedachte er der Verschmelzung mit der Freien Bewegung der Maurer und hieß die früheren Mitglieder derselben, die heute zum ersten Male an der Generalversammlung des Zweigvereins teilnehmen, willkommen. Der Kassierer Wartenberg erstattete die Abrechnung für das 4. Quartal 1907. Dann wurde dem Vorstand Decharge erteilt.

Darauf teilte Hante die Korrespondenz mit, welche zwischen der Unternehmerorganisation und dem Zweigvereinsvorstand anläßlich der von den Arbeitgebern ins Werk gesetzten Bewegung gepflogen worden ist. Am 4. März erhielt der Zweigvereinsvorstand ein Schreiben des Arbeitgeberverbandes. Dieser fragte an, ob der Zweigverein bereit sei, auf Grund des von den Unternehmern aufgestellten Tarifs mit dem Vorstand der Arbeitgeber zu verhandeln. Die wesentlichsten der von den Unternehmern aufgestellten Bedingungen sind 11stündige Arbeitszeit und 65 Pf. Stundenlohn. Gleichzeitig wies die Arbeitgeber darauf hin, daß ein Vertrag für Berlin nur abgeschlossen werden könne unter der Voraussetzung, daß auch in den anderen Orten des Reiches ein Vertragsabschluss zustande kommt. Ein Schreiben desselben Inhalts haben die Arbeitgeber auch den anderen Organisationen im Baugewerbe gefandt. — Der Vorstand des Zweigvereins hat nach Beratung mit den Leitungen der anderen Organisationen, die mit ihm im Marktverhältnis stehen, den Arbeitgebern geantwortet, er sei bereit, zu verhandeln. — Am 17. März teilte der Vorstand der Arbeitgeber dem Zweigvereinsvorstand mit, daß sich alle angefragten Arbeiterorganisationen zu Verhandlungen bereit erklärt hätten. Es sind dies die Zentralverbände der Maurer, Zimmerer und Bauhülfsarbeiter, der Verein der Zimmerer, der Verband christlicher Bauhandwerker, der katholische Arbeiterverein, der Bund waterländischer Arbeitervereine und der (gelbe) Bauhandwerkerbund für Groß-Berlin. Die Arbeitgeber fragten nun an, ob der Zweigvereinsvorstand bereit sei, mit ihnen in Gemeinschaft mit Vertretern der genannten Arbeiterorganisationen zu verhandeln. — Darauf hat der Zweigvereinsvorstand geantwortet, er sei zu gemeinsamen Verhandlungen bereit, doch müßten die drei zuletzt genannten Organisationen davon ausgeschlossen werden, da sie keine Berufsorganisationen sind. — Auf dies Schreiben ist eine Antwort bis jetzt nicht erfolgt. Vielleicht deshalb noch nicht, weil zurzeit Verhandlungen schweben, die bestimmt sind, die Tariffrage für ganz Deutschland zu regeln. Es sei ja möglich, sagte Hante, daß ein ehrlicher Friede zustande komme, jedoch lasse sich das nach nicht mit Bestimmtheit sagen. — Infolge des Beschlusses der Unternehmer, den Lohn in Berlin von 70 auf 65 Pf. herabzusetzen, seien jetzt 27 Bauten gesperrt. Mit Rücksicht auf die gegenwärtig stattfindenden Verhandlungen sei der Vorstand der Meinung, daß vorläufig von weiteren Maßnahmen in dieser Angelegenheit abgesehen werde. Nach Lage der Sache könne auch augenblicklich kein Beschluß über das Anerkennen der Unternehmer gefaßt werden. Da diese Sache nur die Maurer, aber nicht die Gips- und Zementarbeiter angehe, so soll in der nächsten Woche eine Versammlung nur für Maurer einberufen werden, welche zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen hat.

Darauf wurde das Ergebnis der Wahl des Zweigvereinsvorstandes bekannt gegeben. Gewählt sind: Hante, 1. Vorsitzender; Wartenberg, 2. Kassierer; Emil Lehmann (Charlottenburg), 3. Kassierer; Haase, Weisber; Graul und Lehmann (Friedenau), Revisoren. Bescheidungskommission: Mattuschek, Widner, Rudolph. — Seitens der früheren Mitglieder der Freien Vereinigung sind schon vorher in den Vorstand gewählt worden: Reiche als 2. Vorsitzender und Jeglin als Schriftführer.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Todes-Anzeige.
Am 24. März verstarb unser Mitglied, der Arbeiter
Maximilian Krause
Hohenstr. 14.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 27. März, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause aus nach dem Friedhof der Gnasengemeinde, Barfußstraße, statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher
Transportarbeiter-Verband.
Hiermit diene den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser altes langjähriges Mitglied, der Portier
August Dutschke
am 19. d. Mts. im Alter von 57 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 27. März, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Thomas-Sirchhofes, Rig-dorf, Hermannstraße, aus statt.
Die Verwaltung 2.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser
Willy Gröpler
an Typhus gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 27. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Invaliden-Unterstützungskasse
d. Stein-drucker u. Lithographen.
Die Beerdigung des am 25. März verstorbenen Mitgliedes, des Stein-druckers
Adolf Feltzin
findet statt am Sonnabend, den 29. cr., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der Danfösgemeinde, Reinickendorf-Welt, Blankstr. 12, 10055
Das Komitee.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser lieber Kollege
Gustav Förster
am 24. d. M. gestorben ist. Die Beerdigung findet Freitag-nachmittags 5 Uhr auf dem Georgen-riedhof, Landberger Allee, statt.
Die Kollegen der
Plasfortefabrik E. Schmidt.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser
Robert Kerwitz
an Lungenleiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 29. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des alten Lazarus-Sirchhofes an der Seezeche aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Allen Verwandten und Freunden die traurige Mitteilung, daß meine liebe Frau
Emma Sajak
geb. Papenfuß
nach kurzem Leiden verstorben ist.
Die Beerdigung findet Sonn-abend-nachmittags 4 1/2 Uhr von der Wohnung, Wienerstr. 40, aus auf dem Emmauskirchhofe statt.
Der trauernde Gatte
nebst Kindern.

Dank-sagung.
Allen Verwandten und Bekannten sowie den Mitgliedern des Deutschen Bauhandwerkers für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Onkels unseren herzlichsten Dank.
10125
Louis und Julius Winkel.
Dank-sagung.
Allen Verwandten, Freunden und Bekannten, die meiner Frau und meiner Mutter die letzte Ehre erwiesen haben, sagen wir unseren herzlichsten Dank.
10055
Paul Schulz, Töpfer, nebst Tochter.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 27. März
Anfang 7 1/2 Uhr.

Königl. Opernhaus. Einsonie-Konzert der Igl. Kapelle.
Freitag 12 Uhr: Einsonie-Konzert.
Königl. Schauspielhaus. Klein Dorrit.
Deutsches. Die Räuber.
Kammertheater. Gages und sein Ding (Anfang 8 Uhr).
Lustspielhaus. Bei uns da drüben.
Anfang 8 Uhr.

Neues Schauspielhaus. Der Dummkopf.
Neues Operetten. Der Mann mit den drei Frauen.
Lelling. Das Tal des Lebens.
Neues. Wehner Porzellan.
Loring. Agnes Hochzeit.
Berliner. Höcker-Geist.
Sänger u. Sängerin-Theater.)
Kollege Crampion.
Schiller Charlottenburg. Der rote Leutnant.
Theater an der Spree. Unter Spielsteinen.
Komische Oper. Der Wastentanz.
Kleines. 2 x 2 = 5.
Friedrich. Wilhelmshöhe. Schauspielhaus. Die Ranzau und die Pogwisch.
Hebbel. Frau Warrens Gewerbe.
Weiden. Ein halber Traum.
Weiden. Der Floh im Ohr.
Zentral. Ein seltsamer Fall.
Luffen. Robinsons Eiland.
Thalia. Immer oben auf.
Trianon. Baron Toto.
Verdard. Die Straßfalle.
Metropol. Das muß man seh'n.
Myosia. Kriklaw der Moderne.
Spezialitäten.
Kolle. Caprice. Mal was anders.
Gebr. Herrfeld. Papa und Genossen.
Solomonisches Urteil.
Bürgerl. Schauspielhaus. Das Gammelmännchen.
Kaisa. Ein Verlobter.
Parodie. Die Nadelstickerin oder: Ein halber Traum.
Kochspiel.
Wintergarten. Spezialitäten.
Fasching. Madame Hanako. Spezialitäten.
Reichshallen. Steilmer Sänger.
Gustav Behrens. Spezialitäten.
Carl Haberland. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Johannes Bergere. Spezialitäten.
Guerrero u. a.
Palast. Ringkampf-Konkurrenz. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Kairo und die Pyramiden.
Ziergarten. Spalidenstr. 57/52.

Berliner Theater.
2 1/2 Uhr: Gaienspiel Hansi Nieso:
Die Förster-Christl.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.

Weißner Porzellan.
Morgen und folgende Tage:
Weißner Porzellan.

Kleines Theater.
Freitag, den 27. März:
2 mal 2 = 5.
Anfang 8 Uhr.
Sonnabend 8 Uhr: 2 mal 2 = 5.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Ein idealer Gatte. Abends 8 Uhr: 2 mal 2 = 5.

Theater des Westens.
8 Uhr: Ein halber Traum.
Sonntag nachm. 3 Uhr halbe Preise:
Die lustige Witwe.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Die Ranzau und die Pogwisch.
Anfang 8 Uhr.
Sonnabend: Der geübteste Stegkrieger.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Der geübteste Stegkrieger.
Abends 8 Uhr: Madame Sans Gêne.

Lortzing-Oper.
Selle-Alliance-Straße 7/8.
Abends 8 Uhr:
Figaros Hochzeit.

Neues Operetten-Theater
Schiffbauerdamm 25.
Abends 8 Uhr zum 8. Male:
Der Mann mit den drei Frauen.

Hebbel-Theater. Köpenicker Str. 57/58.
Abends 8 Uhr:
Drama in vier Akten von S. Scham.
Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander. —
Anfang 8 Uhr.

Der Floh im Ohr.
Schwank in drei Akten von Georges Feytaud. Deutsch von Wolf Jacoby.
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Saben Sie nichts zu verzeihen?

Lustspielhaus.
Abends 7 1/2 Uhr zum 1. Male:
Bei uns da drüben.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstr. 48/49.
Abends 8 Uhr:
Kairo und die Pyramiden.

Zentral-Theater.
Alte Jakobstraße 30.
Zum 122. Male:
Ein seltsamer Fall
mit Alwin Neuß.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.
Morgen 8 1/2 Uhr: Freiheitsdrang.

Luisen-Theater.

Reichenbergerstr. 34.
Gaienspiel R. Stiff:
Robinsons Eiland.
Anfang 8 Uhr.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Klein Däumling. Abends: Unter Doktor.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Warrer von Nischel. Abends: Unsere Don Juans.
Montag: Unsere Don Juans.

Theater an der Spree.

Adenfelder Straße 68.
Abends 8 Uhr:
Unter Spielsteinen.
Schwank in 3 Akten.
Sonnabend: Ein Verbrecher.
Sonntag nachm.: Unter Spielsteinen.
Abends: Ein Verbrecher.

DERNHARD ROSE THEATER.

Gr. Frankfurterstr. 102
Die Heiratsfalle.
Anfang 8 Uhr. Bochtagsdreie.
Sonnabend 4 Uhr Kinderoper:
Kottbüchsen. Ab.: Entel Loms Däite.

Metropol-Theater

Abends 8 Uhr:
Das muß man seh'n!!
Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern)
von J. Freund. Musik von Viktor
Hollander. In Szene gesetzt
von Direktor Richard Schultz.

**Bender, Giampietro,
Joseph, Thielscher,
Darmand, Massary.**
Rauchen überall gestattet.
Sonntag, 29. März, nachm. 3 Uhr:
Neuestes! Allerneuestes!

Apollo Theater

Abends 8 Uhr:
Die unerreichten Attraktionen.
Paul Spadoni, in sein Reubellen.
Josef Modl, Wien's popul. Humor.
The black Diamonds.
Die vier Athleten
(Dampfsche Spiele).
Dazu: **Mitlaw der Moderne**
mit Mia Werber u. G.
Letzte Woche! Letzte Woche!

WINTERGARTEN

Genaro u. Theol, Equilibrist.
Der Biograph. — Die vier
Bracks, Akrobaten. — **Hania**
de Vert, Sängerin. — **De Dio**,
Phantasietänzerin. — **Truly**
Shattuck, Sängerin. — **Margu**
Dassale, dressierte Ponye.
Die Tiller Girls, Tanztruppe.
Paul Jüttch, Humorist.

Gr. Ringkampf-Konkurrenz

Endkämpfe:
Um den Preis von
10000 Mark
ringen:
Iwan Padoubny, Meister-
schaffsringler, Rußland, gegen
Albert Sturm, Berlin.
Wachtrow, Champion
v. Rußland,
gegen
Jakob Koch, Weltmeister-
schaffsringler
Deutschland.
Um den Trostpreis ringen:
Albano, Frankreich, gegen
Hans Schwarz, Bayern.

Brunnen-Theater

Sadstraße 53. Direkt.: Bernh. Ross.
Freitag, den 27. März 1908:
Der Hypochonder.
Lustspiel in 4 Akten (5 Bildern) von
G. v. Roter.
Vorverkauf vorm. 10-2 Uhr.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Vorverkauf!
Montag, 18. April: Benefiz für Lina
u. Karl Koeber: Unschuldig verurteilt.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr:
College Crampton.
Komödie in 5 Akten v. G. Hauptmann.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Kaiser und Gallier.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Das Glück im Winkel.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Monna Vanna.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der rote Leutnant.
Schauspiel in drei Akten von Eduard
Goldbeck und Hermann Hens.
Sonnabend, nachm. 3 Uhr:
Wilhelm Tell.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Stein unter Steinen.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Das vierte Gebot.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Stein unter Steinen.

Schiller-Saal (Schiller-Theater)
Charlottenburg.
Freitag 9 Uhr: Vortrag von Dr. Max Burkhart: Die modernen
Viederkomponisten.
Sonnabend 9 Uhr: Vortrag von Dr. Max Burkhart: Die modernen
Viederkomponisten.

Deutsche Konzerthallen

An der Spandauer Brücke 3.
Täglich
Große Massen-Konzerte
Spezialitäten = Vorstellung.

Zirkus Schumann

Heute 7 1/2 Uhr abends:
Große komische Vorstellung.
Allerneueste Sensation!
Konul Peter,
der menschl. Chimpanse.
Resisto, das elektrische
Bänder
und weitere
10 erstklassige Nummern.
Große Andstaltungspantomime
Amerika
mit eigenem da- 120 istwargen
zu engagierten Leuten.
Sonnabend nachm. zum erken-
mal: **Amerika, die dreihervor-**
ragendsten Akte.

Palast-Theater

Burgstr. 24. Hof. Vorf.
Ringkampf!!!
Preis: **10000 M.**
2 Entscheidungskämpfe:
Strenge, Berlin, gegen Raykowiez,
Serbien.
Dauman, Frankreich, gegen Kornatzki,
Polen.
Bemer:
Paxon, Amerika, geg. Ogil, Turkestan.
Beginn der Kämpfe 7 1/2 Uhr.

Happold's

Neuer Konzertsaal.
Jeden Sonntag, Dienstag und
Donnerstag:
Großes Militär-Konzert.

Achtung! Achtung!

(Großer Saal) „Neue Welt“ (Großer Saal)
Sonnabend, den 28. März 1908

Gemeinsames Stiftungs-Fest

der Zahlstelle Berlin des Deutschen Buchbinder-Verbandes
und des
Buchbinder-Männerchors,
Berlin (N. d. U.S.-B.). Dirigent: Herr R. Stitt.

Künstler-Konzert. Männerchöre.

Mitwirkende:
Krau Marg. Brieger-Palm, Konzertfängerin, Herr Eugen
Brieger, Konzertfänger, Anselm **HIS Anni Luxen-**
burg, Violoncellistin. [23/5]
Nach dem Konzert: **GROSSER BALL.**
Narren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pfennig nach.)
Anfang des Konzerts 8 1/2 Uhr. Eintrittskarten: 40 Pf.
Die Saalplätze bleiben während der Vorträge ge-
schlossen! — Rauchen erst nach dem Konzert gestattet! — Stüber
unter sechs Jahren haben keinen Zutritt!
Programm mit Liedertexten am Saaleingang gratis.
Eintrittskarten sind zu haben: Bureau, Engel-Wer 15, II,
Zimmer 21, in allen Zahlstellen, bei den Vertrauensleuten und
Mitgliedern des Buchbinder-Männerchors.

HERREN KLEIDUNG

KNABEN KLEIDUNG
S. LEVY, CHARLOTTENBURG
SCHARRENSTR. 36

6 Monats-Garderobier-Haus

Prinzenstraße 6
Die schönsten 2160L*
Herren-Sommer-Paletots und -Anzüge
in getragener, speziell Monats-Garderobe.
Von Kavaliere getragene Sachen, fast neu, für jede
Figur passend, speziell Hauchanzüge, sind in großer
Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben
im Laden **Paul Lowieki, Prinzenstr. 6.**
Hochbahnstation: Prinzenstraße.

Passage-Theater.

Abends 8-11 Uhr.
Letzte Woche!
Hanako
Japans größte Tragödie mit
ihrem Ensemble
**und das glänzende
März-Programm.**

Passage-Panoptikum.

Nur noch kurze Zeit!
**Deutschlands
größter
Soldat**
Josef Schippers
der lange Karl.
Konstancher
Kapt. Gröhl m. s. Riesenbass.
Sichuan-Brigantien-Kapelle.
Ohne Extra-Entree!
Eintr. 50 Pf. Kind u. Sold. 25 Pf.

Walhalla

Variete-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenthaler Tor.
Abends 8 Uhr:
Das große März-Programm.
Die heiligen Chinesen
in ihren Gauden- und Hausgepielen.
Koska — der Mann mit dem dreh-
baren Kopf — und die übrigen
internationalen Künstler.
Tummel: Bockhiesfest, Reg. Kapelle,
Sänger, italienisches Orchester.
Theaterbesucher freier Eintritt.

Gebr. Herrfeld-

Theater.
Anfang 8 Uhr. Vorberf. 11-2 Uhr.
Nur noch bis Freitag!
Papa und Genossen
und
**Salomonisches
Urteil.**
Sonnabend, den 28. März:
Herrfeld-Hilf I. Serie.
8 Uhr: **Hausierer Jockele.**
9 Uhr: **Endlich allein.**
10 Uhr: **Klabrias-Partie.**
Wichtig für schon heute.
Sonntag 3 Uhr:
Es lebe das Nachtleben.
Sonntag 8 Uhr:
Herrfeld-Hilf I. Serie.

W. Noacks Theater

Direktion Rob. Dill. Strömmerstr. 16.
Trene Liebe.
Schauspiel in 5 Akten v. C. Decient.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Sonnabend große Extrastellung:
Der Flüchtling. Schauspiel.

8 Uhr. Follies Caprice. 8 Uhr. Menschen.

Banquette in drei Akten.
Paragroph 343.
Mal was Anderes.

Kasino-Theater.

Lothringer Straße 37. Täglich 8 Uhr:
Ein Dorf-Roman.
Schausp. i. 4 Akten v. Erdmann-Gotrian.
Vorher der durchweg erstklassige
bunte Teil.
Sonntag 4 Uhr:
Die Freuden der Häuslichkeit.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Zum Schluss:
Quaren-Zirische.
Anf. wochent.
Sonnt. 7 U.
Reichshallen-
Restaurant:
**Militär-
Konzert.**

Gustav Behrens-Theater.

Berlin W.,
Goltzstr. 9.
Gr. Damen-Ringkampf
Preisgekrönte Ringkämpferinnen.
Neu! Richter als Walzerkönig.
Woffe in 1 Akt.
16 Spezialitäten. Tuffes Vitograph.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 5 1/2 Uhr.

Rixdorfer Theater

Bürgerfalle, Bergstraße Nr. 147.
Sonntag, den 29. März 1908:
Die Kinder der Exzellenz.
Lustspiel in 4 Akten v. G. v. Holzogen.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Trianon-Theater.

8 Uhr. **Baron Toto.** 8 Uhr.
Sonntag nachm. 3 Uhr: **Fräulein
Janetta — meine Frau.**

Bürgerl. Schauspielhaus

Prater-Theater
Freitag, den 27. März. Kooität:
Deborah.
Morgen:
Zar und Zimmermann.

Sanssouci, Kottbuser

Strasse 6.
Direktion: Wilhelm Reimer.
Sonntag, Montag und
Donnerstag:
**Hoffmanns
Norddeutsch. Sänger
u. Tanzkränzen.**
Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 U.
Morgen Sonnabend:
Othello. — Tanzkränzen.

Meistetes Teilzahl-Geschäft

für **Brennabor-Räder!**
Kein Laden!
Günstigste
Bedingungen.
Berlin SO.,
Louis Barth, Brückenstr. 10a, pt.

Möbel!

Spezialität: Bürgerliche Wohnungs-
einrichtungen von 300-10000 Mark.
Einselne Ersatzmöbel in großer
Auswahl **spottbillig.**

Umsonst

und ohne Kaufzwang ist die Be-
sichtigung meiner Läger jedem
Interessenten gern gestattet.
Langjährige Garantie.
Kulante Zahlweise.

Hermann Piel

Schweitzerstr. 10. Fernsprecher:
Amt III, 5684.

Möbelfabrik „Fortuna“

Eingetr. Genossensch. m. beschränkter
Haftung.
Bilanz am 31. Dezember 1907.

Aktiva.	
Kassa-Konto	149,94 M.
Bank-Konto	1118,79
Inventory-Konto	2272,30
Revisions-Konto	180,-
Konto-Korrent-Konto	1517,40
Waren-Konto	10022,98
15961,41 M.	

Passiva.	
Kapital-Konto	2750,- M.
Darlehens-Konto	4100,-
Zinsen-Konto	54,-
Reserve-Konto	2057,60
Konto-Korrent-Konto	5824,60
Reingewinn	475,21
15961,41 M.	

Guthaben der Mitglieder 2750,- M.
Mitgliederzahl bei der Gründung 11.
Eingetretene 0.
Ausgetretene 0.
Mitgliederzahl am 31. Dez. 1907 11.
Die Kapitalsumme beträgt 5000,- M.
Wilhelm Gescho, Gustav Schönborg,
Richard Wolf. 104/119

Blumen- und Kranzbinderei

von Robert Meyer,
nur Mariannen-Straße 2.

Wir empfehlen folgende

Neuerscheinungen:
**Sozialdemokratische
Agitationsbibliothek**
Heft 11:
**Wahlrecht und
Wahlrechtsdemonstrationen**
vor dem deutschen Reichstage
Preis 20 Pf.

Der Klassenkampf

des Proletariats
von Parvus.
Heft 1:
Der gewerkschaftliche Kampf.
Preis 15 Pf.

Die Klassengegensätze

im Zeitalter der franz.
::: **Revolution** :::
von Karl Kautsky.
Preis brosch. 75 Pf., geb. 1 M.

Expedition d. „Vorwärts“

Berlin SW.
Lindenstr. 69. Laden.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:

Sitzung der Ortsverwaltung.

Am 12. und 20. April finden Urwahl-Vorstellungen statt.

Am 12. April: Eröffnung vormittags 10 Uhr, Vorstellung 11 Uhr. **Kairo und die Pyramiden.**

Am 20. April: Eröffnung nachmittags 4 Uhr, Vorstellung 5 Uhr. **Eine Nilfahrt bis zum zweiten Katarakt.**

U. A.: Die Ortsverwaltung.

Einsetzer.

Montag, den 30. März, abends 8 Uhr, Branchen-Versammlung im Gewerkschaftshause.

Tagesordnung: Fortsetzung der Tagesordnung der vorigen Versammlung. Die Kollegen der Firma Sommerlatte, Prenzlauecker Werke, sind hierzu besonders eingeladen.

Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands
Sonntag, den 29. März, nachm. 5 Uhr, in der „Lebensquelle“, Kommandantenstr. 20:

Kombinierte öffentliche Versammlung beider Filialen mit Frauen.

Tages-Ordnung:

Vortrag der Genossin Ida Wittmann über: „Die Liebe ist des Geschicks Erfüllung“.

Nach dem Vortrage: Gemütliches Beisammensein und Tanz.

Zahlreiches Erscheinen, insbesondere der Frauen, erwarten Die Ortsverwaltungen. Berlin I und II.

171/0*

Arbeiter-Bekleidung

Größtes Spezialgeschäft
Kohnen & Jöring
Hauptgeschäft: Alexandersstraße 12
zwischen Alexanderp. u. Jannowitzbr.
2. Geschäft: Landsberger Allee 148,
Ecke Langenbeckstraße.
Berufskleidung
f. alle Zweige d. Industrie u. Gewerke.

Bolero

ist nach dem Urteil aller Sachverständigen die **feinste 2 Pf.-Zigarette.**

Garantiert Handarbeit!

Möbel!

Stube und Küche Anzahlung 15 M. an
von Einzelne Möbelstücke Anzahl. 3 M. an
von Bessere Wohnungseinrichtungen
in jeder Stilart, jedem Geschmack
entsprechend bei denkbar
kleinster An- und Abzahlung.
M. Beiser
Lothringerstraße 67

Lieferung frei Haus!

Büggelwagen
Montzplatz
in Theateraal täglich

Albert Böhme
und das großartige März-Programm.
Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.
Entree 50 Pf. Sonnt. reserv. 1 M.
Entree 50 Pf. Familienbill. u. 40 Pf.
Im unteren Konzertsaal täglich
die allerersten Militär-
Kapellen: Beder, Brumwardt,
Görlich, Neumann, Offeney,
Pätzsch.

Charlottenburg.
Solide Uhren, moderne Ketten,
Reparaturen an
Uhren u. Goldwaren preiswert u. gut.
Friedrich Stahenow, (am Rathaus).

Schutz-Märke.

Einem Ruffel bekommen Sie

schier nicht, wenn Sie ein Paket Wellen-Seifenpulver „Goldperle“ kaufen, die hübsche Geschenkschokolade wird allerleis Freude machen. Warten Sie auf den Namen „Goldperle“.

Fabrikant: Carl Gentner, Göppingen.

Vertreter: Andr. Caspar, Berlin 50., Josephstr. 11. Fernspruchamt IV, 6266.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt III. 1239.

Verwaltungsstelle Berlin. Charlitéstraße 3.

Haupt-Bureau: Hof III. Amt III. 1087.

Sonntag, den 29. März, vormittags 10 Uhr, in der „Neuen Welt“,
Dosenheide 108-114:

General-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Der Antrag der Ortsverwaltung betreffend die Zusammensetzung unserer Generalversammlung.
2. Der Antrag der Baugruppen betreffend Wahl eines Bauteilkontrolleurs.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

Tischler-Verein (E. H. 89.)

Sonntag, den 28. März, abends 8 1/2 Uhr, Reichsstr. 15:

Versammlung.

Unterstützungsgesetze. Vereinsangelegenheiten. Ausgabe der Billets zum Osterfesten.

Zentralverband der Bauarbeiter. Bezirk Rixdorf-Britz.

Sonntag, den 29. März, vormittags 10 Uhr, in Poppe's Beisälen, Hermannstraße 49:

Außerordentliche Mitgliederversammlung.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Nicht eines jeden Kollegen ist es, zu erscheinen.

Orts-Krankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin

Sonntag, den 5. April d. J., vormittags 10 1/2 Uhr:

Ordentliche General-Versammlung

im Gewerkschaftshause (großer Saal), Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung:

1. Rechnungslegung für das Jahr 1907 durch den Kassanten.
2. Bericht des Rechnungsausschusses bezgl. Decharge-Erstellung.
3. Vereinfachung der Arbeiter-Versicherungsgesetze.
4. Verschiedenes.

Berlin, den 15. März 1908.

Der Vorstand:

J. Benz, Vorsitzender. Otto Wontzki, Schriftführer.

Verband der Sattler

Ortsverwaltung Berlin.

Achtung! Vertrauensleute! Achtung!

Monte Freitag, den 27. März 1908, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 1:

Allgem. Vertrauensmänner-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme zu den Extrabeiträgen im 2. Quartal 1908.
2. Verschiedenes.

Jede Werkstatt muß vertreten sein.

Montag, den 30. März 1908, abends 8 1/2 Uhr, in den Armin-Hallen, Kommandanten-Str. 58/59:

Außerordentl. Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Fortsetzung der Debatte über die Verschmelzungsfrage.
2. Auditionsantrag gegen 7 Mitglieder wegen Verstoßes gegen § 4 Absatz 2a des Verbandstatuts. 3. Verschiedenes.

Kollegen! Da in dieser Versammlung eine außerst wichtige Entscheidung herbeigeführt werden soll, erwarten wir das vollständige Erscheinen der Kollegenschaft.

Achtung! Treibriemen-Sattler! Achtung!

Der außerordentlichen Mitglieder-Versammlung wegen muß diesmal die Branchen-Versammlung ausfallen.

Die nächsten

158/14

Branchen-Versammlungen

finden an nachfolgenden Tagen statt:

Geschirrbrauche: Mittwoch, den 1. April 1908.

Taschen, Koffer und Galanteriebrauche: Donnerstag, den 2. April 1908.

Militärbrauche: Sonnabend, den 28. März 1908.

Linoleumleger und Teppichnäher: Donnerstag, 2. April 1908.

Wagenbrauche: Donnerstag, den 2. April 1908.

Eisenmöbel- u. Lederstuhlpolsterer: Donnerstag, den 2. April.

Die Kollegen werden ersucht, diese Branchenversammlungen recht zahlreich zu besuchen.

Die Ortsverwaltung.

Achtung! Das Bureau der Ortsverwaltung befindet sich jetzt im Neubau des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 14/15, Ausgang B. II, Zimmer 37. — Beiträge werden in allen Versammlungen entgegengenommen.

Die Ortsverwaltung.

Unsere neuen Regelbahnen sind eröffnet.

Gewerkschaftshaus.

Einen Ruffel bekommen Sie

scher nicht, wenn Sie ein Paket Wellen-Seifenpulver „Goldperle“ kaufen, die hübsche Geschenkschokolade wird allerleis Freude machen. Warten Sie auf den Namen „Goldperle“.

Fabrikant: Carl Gentner, Göppingen.

Vertreter: Andr. Caspar, Berlin 50., Josephstr. 11. Fernspruchamt IV, 6266.

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein

Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.

Sonntag, den 29. März:

Vereins-Tour.

1 1/2 Uhr: Birchgarten (Wilhelms-hof). Die Abteilungen von ihren Start.

Uhrzeit, Motorfahrer! 1 Uhr: (Wedhorn).

Abzugsmittelpunkt: Start: Schöne Brücke.

Bankow + Schönhausen: 1 Uhr: (Dornemann). Start: Wälderstr. 76.

Heute abend: **Fahrt - Sitzung** bei Leemann, Neue Friedrichstr. 1.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, nicht am Moritzplatz.

10-2.5-7. Sonntags 10-12.2-4.

Orts-Krankenkasse der Gastwirte und verw. Gewerbe zu Berlin.

Der unterzeichnete Kassendirektor beabsichtigt per sofort

1. Einen Einkassierer
2. Zwei Krankenbesucher

anzustellen. — Stellungsangebote sind bis zum 6. April unter Beifügung von Zeugnissen bei dem Vorsitzenden Herrn H. Poppe, Berlin W., Köpenickerstr. 93, einzureichen.

Berlin, 25. März 1908.

Der Vorstand.

Poppe, Vorsitzender. Braun, Schriftführer.

Commerz- und Disconto-Bank.

Bilanz für das 88. Geschäftsjahr, abgeschlossen am 31. Dezember 1907.

Aktiva.	
Kassa und Reichsbankguthaben	7 744 439,05
Sorten und Zinnscheine	784 913,90
Guthaben bei Banken und Bankiers	13 254 116,56
Wechsel	65 368 734,30
Reports und Lombards	37 981 871,50
Effekten	29 481 761,80
Aktien der London and Hanseatic Bank, Ltd., in London	5 119 013,—
Kommanditbeteiligungen	5 000 000,—
Konsortialbeteiligungen	12 849 991,26
Debitoren: (davon ungedeckt M. 50 030 487,93)	165 931 601,50
außerdem Avaldebitoren	14 092 354,14
Grundstück „Posthof“ in Hamburg	M. 2 320 000,—
abzüglich Hypotheken	1 300 000,—
Immobilien in Hamburg	M. 1 192 000,—
abzüglich Hypotheken	200 000,—
Bankgebäude und Inventar in Hamburg (Zentrale und Depositen-Kassen)	1 605 000,—
Bankgebäude und Inventar in Berlin (Zentrale und Depositenkassen)	M. 3 995 000,—
abzüglich Hypotheken	170 000,—
Bankgebäude in Kiel	750 000,—
	M. 851 708 442,96
Passiva.	
Aktienkapital	85 000 000,—
Reservefonds I	8 500 000,—
Reservefonds II	4 100 000,—
Kreditoren: auf feste Termine	M. 108 720 911,58
in laufender Rechnung	80 618 929,68
Akzente	189 330 841,26
außerdem Avalverbindlichkeiten	M. 14 092 354,14
Beamten-Pensions- und Unterstützungsfonds	630 767,60
Dividenden-Rückstände	17 294,—
Gewinn 1907	6 036 224,98
	M. 851 708 442,96

Gewinn- und Verlust-Rechnung per 31. Dezember 1907.

Ausgabe.	
Unkosten	4 445 874,93
Steuern	499 182,84
Abschreibung auf zweifelhafte Forderungen	437 496,26
Abschreibung auf Bankgebäude und Inventar einschl. Einrichtungskosten für Depositenkassen	898 129,51
Reingewinn für 1907	6 036 224,98
	M. 11 816 908,52
Einnahme.	
Gewinnvortrag von 1906	270 007,10
Zinsen	7 328 083,92
Provision	8 596 211,28
Gewinn auf Effekten und Konsortialbeteiligungen	53 249,42
Kursgewinn auf Wechsel	487 742,24
Kursgewinn auf Sorten und Zinnscheine	81 614,66
	M. 11 816 908,52

Hamburg, den 25. März 1908.

Der Vorstand.

W. Helntze, Lucke.

Für Zigarrenhändler
billigste Einkaufsquelle
von Zigarren, Zigaretten und Tabaken.
Alle bekannten eingeführten Sorten zu Original-Fabrikpreisen,
BERLIN NO. 18,
Max Ziegenhals, Kolbelstr. 20, Alexanderplatz.
Telephon: Amt VII, 5047.

Gesundheit ist Reichtum!
Bade Berlin-Ost im
„Bad Frankfurt“
Große Frankfurterstr. 136.

Medizinische Bäder aller Art
in werktäglich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen für Damen und Herren.
2 Wannenbäder mit je 2 Handtüchern 75 Pf. (40 Minuten Badzeit.)
Lieferant sämtlicher Krankenkassen.

Partei-Angelegenheiten.

Wichtig! Vierter Wahlkreis. Am Sonntag, den 29. März, findet im Gewerkschaftshause unter Mitwirkung der Genossen Dr. Flehner und Leo Reifenberg ein Auswahlabend zum Gedenden der 29-jährigen Wiederverkehr des Todestages Richard Wagners statt.

2. Wahlkreis (Süd). Sonntag, den 29. März, abends 6 Uhr, im Lokal von Rabe, Richtigstr. 29, Versammlung mit Frauen. Vortrag des Genossen Gähre. Nachdem gemütliches Beisammensein und Tanz. Zur Deckung der Unkosten Teilerhebung. Garderobe 10 Pf. Um recht zahlreiche Beteiligung bitten Die Abteilungsleiter.

Rixdorf. Die Parteigenossen werden ganz besonders darauf hingewiesen, daß Sonntag, den 29. März, abends 6 1/2 Uhr in Doppels-Festhale, Hermannstr. 49, ein Vortrag für Männer und Frauen stattfindet. Das Parteivorstandsmittglied Genosse Pfannkuch spricht über das Thema: „Unsere politische Lage“. Hieran: Gefelliges Beisammensein und Tanz. Genossen, agitiert für Massenbesuch und pünktliches Erscheinen. Der Vorstand.

Charlottenburg. Die achte Gruppe hält am Sonntag, den 29. März, abends 6 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstr. 3 (kleiner Saal), einen Unterhaltungsabend mit Tanz ab. Die Parteigenossen und Freunde sind darauf aufmerksam gemacht.

Groß-Lichterfelde. Am Sonntag, den 29. März, findet eine Flugblattverteilung statt. Die Genossen werden ersucht, sich zahlreich den Bezirksführern zur Verfügung zu stellen.

Ober-Schöneweide. Die zum Donnerstag festgesetzte Flugblattverteilung findet erst am Sonntagmorgen 8 Uhr von den Bezirks-Lokal an statt. Vollständige Beteiligung der Genossen erwartet Der Vorstand.

Jerndorf. Am Sonnabend, den 28. März, abends 8 Uhr, findet im Anorischen Lokal ein Jahlabend des Wahlvereins statt. Die Mitglieder werden ersucht, vollzählig zu erscheinen.

Niederschönhausen. Sonntag, den 29. März, nachmittags 4 Uhr, findet im Lokal von Adolf Wärsch die jährliche Monatsversammlung des Wahlvereins statt. Pflicht der Mitglieder ist es, vollzählig zu erscheinen. Treffpunkt der Nieder-Schönhausener Genossen nachmittags 2 Uhr bei Dr. Wögel, Nordend. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Der seinen Wohnort wechselt,

also von einer Gemeinde nach einer anderen zieht, ist verpflichtet, auch der Gemeindebehörde hiervon Mitteilung zu machen und zwar aus steuerlichen Rücksichten. Diese Mitteilung muß spätestens am 31. März in den Händen der Gemeindebehörden sein, will der von seiner Wohngemeinde Verziehende nicht riskieren, für den April an zwei Orten Steuern zu entrichten.

Das hängende Preßgaslicht ist bereits in vielen Hauptstraßen von Berlin eingeführt worden. Es hat ungeteilte Anerkennung gefunden, so daß von vielen der Wunsch geäußert worden ist, alle Straßen möglichst damit versehen werden. Das ist zurzeit nicht möglich, weil es an Stationen zum Pressen des Gases und an Leitungen für das Preßgas fehlt.

Die städtischen Wahlfortbildungsschulen für Mädchen beginnen den Unterricht im bevorstehenden Sommerhalbjahr am Mittwoch, den 1. April. Die Kurse werden am Mittwoch, den 30. September dieses Jahres geschlossen. Die Schulen sind folgende: Erste Fortbildungsschule, Friedenstr. 23; 2. Fortbildungsschule, Kochstr. 4; 3. Fortbildungsschule, Langestr. 76; 4. Fortbildungsschule, Turmstr. 78; 5. Fortbildungsschule, Gubener Straße 61/62; 6. Fortbildungsschule, Culmstr. 15; 7. Fortbildungsschule, Waldemarstr. 77; 8. Fortbildungsschule, Danziger Straße 23; 9. Fortbildungsschule, Elisabethenstr. 19/20. In allen neun Schulen wird auch Unterricht erteilt in Französisch und Englisch, Buchmachen, Stenographie und Maschinensreiben. In kaufmännischer Korrespondenz und Turnen wird (mit Ausnahme der zweiten Fortbildungsschule) ebenfalls in allen Schulen unterrichtet. Unterricht im Schreibmaschinen wird in der vierten und fünften Fortbildungsschule nicht, sonst aber in allen übrigen Schulen erteilt. Handelsgeographie wird gelehrt in der zweiten, dritten und fünften, doppelte Buchführung in der dritten, Maschinensreiben, Schriftzeichnen und Kochen in der fünften und Geschichte in der achten Fortbildungsschule.

Der Unterricht wird an den Wochentagen abends, an den Sonntagen vormittags erteilt. Die Schülerinnen haben für den gesamten Unterricht, ausschließlich des Plattens und Schneiderns, monatlich 50 Pf. im voraus zu zahlen. Schülerinnen, welche auch am Plattens oder Schneidern teilnehmen, zahlen monatlich 1 R.; diejenigen, welche am Plattens und Schneidern zugleich teilnehmen, monatlich 1,50 R.

Für Französisch und Englisch sowie kaufmännische Korrespondenz sind halbjährlich soviel Platten im voraus zu entrichten, als Stunden in den betreffenden Kursen wöchentlich erteilt werden. Für den Unterricht in der Stenographie sowie im Maschinensreiben wird ein Schulgeld von je 50 Pf. monatlich, für den Unterricht im Kochen ein solches von 4 R. halbjährlich erhoben. — Meldungen von Schülerinnen sind an die Leiter der betreffenden Fortbildungsschulen zu richten.

Die Fortbildungsschule für Schwachbegabte, Brunnenstr. 186, erteilt Unterricht in weiblichen Handarbeiten, Deutsch und Rechnen.

Die städtische Hochschule befindet sich in der Dunderstr. 65/66. Der Unterricht findet dort an den Wochentagen vormittags von 9-1 Uhr statt. Das Schulgeld beträgt für ein halbes Jahr 4 R. Nähere Auskunft erteilt und Anmeldungen nimmt, ausschließlich der Ferienzeit, jeden Montag, Mittwoch, Donnerstag und Sonnabend von 9-5 Uhr die Leiterin der Schule, Frau Fräulein Hedwig Grube, Dunderstr. 65/66, entgegen.

Zur Gesundheitspflege in den Berliner Gemeindefamilien. Die städtische Schuldeputation hat an die Direktoren der Berliner Gemeindefamilien eine Verfügung erlassen, in der sie mitteilt, daß der Bericht der Berliner Schulärzte für das Jahr 1906/07 ihre Veranlassung gegeben habe, eine Reihe von Erläuterungen zu veröffentlichen und auf die Anregungen der Herren Direktoren hinzuweisen:

1. Alle Fälle von ansteckenden Krankheiten sind, wie dies bisher schon vielfach geschieht, dem zuständigen Schularzt sogleich mitzuteilen. 2. Zur Verhütung von Erkrankungen nach Benutzung der Brausebäder ist es nötig, daß die Kinder nach dem Bade sich gründlich abtrocknen. Die Schuldeputation ersucht, die Kinder darauf aufmerksam zu machen. 3. Der Schularzt Dr. Seydel macht für die Lufterneuerung in den Klassen folgende Vorschläge: „Ventilation durch dauerndes Offenhalten der Oberfenster oder Ventilationsöffnungen an den Fenstern ist nur ratsam bei Lufttemperaturen bis 12 Grad Celsius, weil sonst die in der Nähe der Fenster stehenden Kinder durch die kalte einströmende Luft gesundheitlich gefährdet werden. Bei tieferen Temperaturen und in der kalten Jahreszeit sollen die Oberfenster geschlossen bleiben, dafür aber soll etwa in der Mitte der Stunde durch ein kurz dauerndes Öffnen aller Fenster die Luft erneuert werden. Während der

Leistungszeit könnten die Kinder gymnastische Übungen vornehmen.“ Die Schuldeputation empfiehlt die Befolgung dieser Vorschläge und ersucht, auch solche Vorkräfte dazu anzuhalten, die aus persönlichen Gründen geneigt sind, die frische Luft nach Möglichkeit zu meiden. — 4. Aus gesundheitlichen Rücksichten sind allgemein die Kinder nach der Größe und nicht nach den Leistungen zu setzen. 5. Wenn es der Schuldeputation auch bekannt ist, daß der von ihr angeordnete Schulanfang der 8. Klassen um 9 Uhr im Winter und um 8 Uhr im Sommer für den Lektionsplan Schwierigkeiten bereitet, ersucht sie doch, diesen späteren Anfang in den 8. Klassen allgemein durchzuführen und, soweit als möglich, auch die 7. Klassen den Unterricht eine Stunde später beginnen zu lassen.

Was die Anordnung betrifft, die Kinder nach der Größe zu setzen, so ist der Grund nicht recht ersichtlich. Zweckmäßiger erschiene es uns, wenn angeordnet würde, daß die Kinder, die schlecht sehen und schwer hören, in die Reihen der vordersten Bänke gesetzt würden.

Im Interesse des Publikums wird darauf hingewiesen, daß der Verkehr auf den Standesämtern, besonders vor Ostern, sich nicht gleichmäßig auf die einzelnen Stunden verteilt. Viele erscheinen in der letzten Geschäftsstunde. Hierdurch erwachsen Unzuträglichkeiten. Es ist daher zu empfehlen, bei Anmeldung von Geburten und Sterbefällen, Beantragung des Aufgebots, Erforderung von Urkunden usw. nicht bis kurz vor Schluß der Geschäftsstunden zu warten. Die Berliner Standesämter sind an den Wochentagen von 9-2 Uhr, an Feiertagen zur Anmeldung von Todesurteilen und Sterbefällen von 12-1 Uhr geöffnet. An den Sonntagen sind die Standesämter geschlossen.

Vom Bau der Untergrundbahn wird uns gemeldet: In der Mohrenstraße, zwischen Pietenplatz und Friedrichstraße, ist die Tunnelüberdeckung nahezu fertig gestellt, so daß in etwa 14 Tagen mit der Regulierung der Pfasterung begonnen werden kann. Auch auf dem Wilhelmplatz und Gendarmenmarkt sind die Arbeiten soweit vorgeschritten, daß noch vor Ostern die Hauptplätze zur Hälfte geräumt werden können. Der Bau am Gendarmenmarkt ist zum Teil schon gefallen, und hier sollen die Aufräumungsarbeiten besonders beschleunigt werden. Auch in der Laubensstraße und am Hausvogteiplatz ist man schon mit der Tunnelendeckung beschäftigt. Voraussichtlich wird sie in drei Wochen beendet sein. In der Riebeckallee endlich, wofür die Arbeiten wegen Abbruchs der Gegrundstücke am Spittelmarkt eine erhebliche Verzögerung erlitten, ist die Ausschachtung hinter der zum Schutze des Neubaus errichteten Fundamentmauer in vollem Gange, so daß der Tunnel an dieser Stelle bald auf die erforderliche Breite gebracht sein wird; in etwa acht Tagen soll hier mit den Betonierungsarbeiten begonnen werden. Ebenso ist die Uferdurchbrechung an der Spree zwischen Spittelmarkt und Grünstrahen-Brücke jetzt soweit gediehen, daß demnächst der Aufbau der neuen Raimauer und das Einwölben der Tunnelgalerie wird in Angriff genommen werden können.

Ein Frauenmord in Schöneberg.

Gestern nachmittags 1 Uhr fanden zwei Bahnarbeiter zwischen der Kolonnenbrücke und dem Bahnhof Papestraße an der Ostseite des Rangierbahnhofs zwischen den Kilometersteinen 2,2 und 2,3 in einem Entwässerungsgang einen großen Wappkarton. Als sie den mit Bindfaden zusammengeknüpften Karton in die Höhe hoben, fiel aus demselben der Rumpf einer Frauensperson. Die Brust war völlig entblößt. Der Kopf fehlte und war glatt vom Rumpfe getrennt, ebenso die Beine, die knienrecht aus dem Kinnelgelenk geschnitten waren. Auf dem rechten Kinnelfinger trug die Leiche einen kleinen goldenen Ring mit länglichen blauen Stein. Bekleidet war sie mit weiß und schwarz gestreifter Bluse und schwarzem Unterrod. Die Fingerringel waren sehr klein, wie man zu sagen pflegt „abgemabbert“. Als Täter kommt in Betracht nur ein mit der Verlichkeit sehr Vertrauter. Vor 14 Tagen wurde der Schacht zum letzten Male revidiert. Der Karton ist sehr stark und an den Seiten dreifach genagelt. Vermutet wird, daß der Kopf an der Frau, die wahrscheinlich eine Prostituierte ist, in einer Wohnung gestochen ist und daß der Täter Kopf und Beine irgendwo anders vergraben hat. — Der Polizeipräsident hat folgende Bekanntmachung erlassen: 1000 Karl Befehl. Heute nachmittags 1 Uhr wurde von Bahnarbeitern der Rumpf einer weiblichen Leiche, in einen Karton eingepackt, auf dem Staatsbahngelände westlich der Kolonnenbrücke in einem Entwässerungsgang gefunden. Kopf und Beine sind offenbar mittels eines scharfen Instruments vom Rumpfe getrennt worden und fehlen. Die Leiche muß schon längere Zeit im Wasser gelegen haben. Für Personen, die für Ermittlung des Täters geeignete Mitteilungen machen, wird obige Befehlung ausgesetzt. Meldungen werden im Polizeipräsidentium in Schöneberg oder auf jedem Polizeirevier in Schöneberg und Berlin entgegengenommen.

Der Polizeipräsident.

Wie die Brauereien reich werden.

Die großen Laiken auf die kleinen Schultern wälzen — auf den Arbeiter- und Mittelstand! Das ist die Parole, unter der ungezählte Tausende ihre Schäfchen ins Trockene bringen. In diesen Spekulationen auf die Tasche anderer gehören auch viele Brauereien. Wie sie reich werden auf Kosten ihrer eigenen Angestellten, das hat kürzlich eine interessante Verhandlung vor dem Berliner Kaufmannsgericht ergeben. Im Publikum glaubt man immer, daß die Stellungen der Bierfahrer wahre Einkünfte seien. Dies trifft nur sehr bedingt zu. Es kommt stets auf die Kundenschaft an. Hat ein Bierfahrer saule Kunden, so muß er bisher nach einer Art Kastlitzgesetz, das die Brauereien selbst erlassen haben, für die Ausfälle eintreten. Dafür sichert sich sogar die Brauerei von vorn herein. Der Bierfahrer erhält außer bestimmten Prozentsätzen vom Umsatz einen ziemlich reichen Wochenlohn, von dem aber nur die Hälfte bar ausgezahlt wird. Die andere Hälfte behält die Brauerei als „Spargeld“, d. h. in Wertschrift als Kautionschein. Mehrfach ist nun dieses Spargeld für Ausfälle durch saule Kunden seitens der Brauerei einfach in die Tasche gesteckt worden. Gewöhnlich haben die Betroffenen dazu geschwiegen, weil sie einerseits fürchteten, entlassen zu werden, und andererseits die Hoffnung hatten, den Verlust bald wieder einzuholen. In einem Falle aber ist es zur Klage gekommen. Dabei ergab sich die nette Tatsache, daß zahlreiche Brauereifutcher mit Beträgen bis zu 8000 R. an der Kreide sitzen. Sollen die Futcher auch durch vor Regressansprüchen saulen Kunden nicht mehr Bier hinfahren, so werden sie durch Drohung mit sofortiger Entlassung dazu gezwungen. Auf die Beschwerde eines Fahrers, daß er auf diese Weise seine Haut für andere zu Markte trage und niemals auf einen grünen Zweig komme, sondern das Ersparte unbedingt wieder loswerden müsse, gab der Brauereidirektor zur Antwort: „Ohne Risiko möchte ich auch Bierfahrer sein!“

Eine derartige Geschäftspraxis führt für die Futcher einen unflöheren Stellungswiespall herbei. Als Futcher sind sie im inneren Betriebe untere Angestellte und als solche den gewöhnlichen Betriebsvorschriften, selbst der Hausordnung und den Strafbestimmungen, wie jeder andere Brauereiarbeiter unterworfen. Sobald es sich aber um Zahlungsansprüche gegen die Kunden handelt, soll der Bierfahrer als selbständiger Bierverleger auftreten. Eventuell ließ sich die Brauerei die Forderung von dem Futcher gebühren und wurde flugbar. Hatte die Klage keinen pekuniären Erfolg, so blieb trotz der Forderung immer der Futcher haftbar. Diesem Treiben hat das Kaufmannsgericht jetzt einen Riegel vorgeschoben, indem es entschied, daß die Brauerei als Lieferant

des Bieres auch in jedem Falle die Gläubigerin sei und als solche alle Ausfälle auf das eigene Risiko nehmen müsse. Hiernach wird der Futcher im Klagefalle allerdings nicht mehr sein Geld einbüßen, wohl aber in jedem Falle seine Stellung. Die Geschäftsunfälle, den Fahrern die Ausfälle aufzubehalten, besteht in allen Berliner Brauereien. Noch kürzlich haben die Brauereifutcher die erneute Forderung, die Futcher von der aufzugezogenen Haftpflicht zu entbinden, rundweg abgelehnt. Ob es jetzt anders werden wird?

Bilderpreise. In der Kunsthandlung von A. S. L. e. r. u. R. u. t. h. a. r. d. t. wurde eine Sammlung von Radierungen und Handzeichnungen versteigert. Das größte Interesse erregte das radierte Werk von Max Klinger, das in einer solchen Vollständigkeit noch nie auf den Kunstmarkt gekommen war. Es wurden für die Wälder Preise erzielt, die einen in Anbetracht dessen, daß der Künstler zu den Lebenden zählt (denn gemeinhin werden die Werke erst nach dem Tode gewürdigt), wirklich märchenhaft anmuten. Gleich Opus I, enthaltend acht radierte Figuren, Jugendarbeiten des Künstlers, erste Abdrücke von den unerschafften Originalplatten, brachte 2100 R. Die Platten dazu sind völlig verschollen. Opus II enthielt in 13 Blättern die „Rettingen Ovidischer Opfer“, es ging für 2050 R. weg. Opus III: „Eva und die Zukunft“, ein Capriccio in 6 Blättern, 900 R. Opus IV: 12 Blatt Intermezzo mit einer Widmung an den Kupferstecher Hermann Sagert in Berlin, bei dem Klinger die Radierkunst erlernt hatte, 500 R. Opus VI: „Ein Handschuh“, Inklus von 10 Kompositionen mit Klinger's Exlibris auf dem Titel, brachte 1650 R. Opus VIII: „Ein Leben“, Inklus von 15 Blättern, erzielte den höchsten Preis mit 6700 R. Es war das Handgemal Klinger's, erste Ausgabe von den unerschafften Platten, dem Schriftsteller Dr. Georg Brandes gewidmet.

Ein erheblicher Unfall ereignete sich gestern vormittag gegen 10 Uhr in der Tischlerei an Sommerlatte in der Brenzburger Allee 100. Dort flog eine Wärmplatte in die Luft, wodurch drei Arbeiter mehr oder minder schwer verletzt wurden und nach der Unfallstation gebracht werden mußten. Diese Wärmplatte ist schon länger in einem defekten Zustande und wiederholt gestift worden; es war sehr leicht möglich, daß ein noch größeres Unglück hätte eintreten können.

Die Aktionäre des Berliner Aquariums traten gestern zusammen um die Liquidation zu beschließen. Zu dem Liquidationsantrage äußerte sich Dr. Hennes, der Leiter des Instituts, dahin, daß er in Unterhandlungen siehe mit dem zuständigen Minister und der Verwaltung des Zoologischen Gartens zwecks Ueberlassung eines Gartenterrains am Kurfürstendamm. Es solle eine neue Gesellschaft zur Fortführung des Unternehmens gegründet werden. Es bestrebe begründete Aussicht, daß der Staat und auch die Stadt Berlin das neue Projekt finanziell unterstützen würden. Um eine Konkurrenz mit den Beständen des Zoologischen Gartens zu vermeiden, sollten von dem neuen Unternehmen alle Vögel und Affen ausgeschlossen werden.

Bis zum 10. April 1909 müßte das jetzige Aquarium vollständig geräumt sein. Die Uebergabe des Grundstücks an die Norddeutsche Bodengesellschaft solle erfolgen, wenn die sämtlichen Aktien des Aquariums, die nominell auf 600 R. lauten, mit 900 R. übernommen und bezahlt worden seien.

Seltene Folgen hatte eine Gasvergiftung, die sich gestern morgen in früher Stunde in der Leipziger Straße 130 zutrug. Der Geschäftsräum wird dort gegenwärtig renoviert, und damit die Wände besser trocknen, ist im Innern ein großer Kessel aufgestellt. Der Heizungsmoniteur Bruno Hoffmann aus der Krausenstraße 2 hatte nun in der vergangenen Nacht in dem Laden gewacht. Durch die sich entwickelnden giftigen Gase wurde er gegen Morgen vollständig betäubt, und als sich mit vieler Mühe endlich erhoben hatte und nach der Straße gehen wollte, brach bei ihm plötzlich die Tobsucht aus. Schreiend raste der Bedauernswerte umher. Mehrere Männer eilten daraufhin von der Straße herbei, und nach vieler Mühe gelang es ihnen, den Rasenden zu bändigen und nach der Unfallstation in der Kronenstraße zu schaffen, wo sich der Arzt mit Erfolg um ihn bemühte.

Ein dreier Diebstahl ist nachts auf dem Grundstück Hufstrasse 63 verübt worden. Dort befindet sich die Pferdehaltung eines Kaufmanns Weis. Eines der Tiere ist nun von dreien Dieben entführt worden. Die Täter ertrugen gewaltsam den verschlossenen Stall, banden dem Pferde Lappen unter die Hufe, damit es nicht beim Auftreten zum Verräter werden konnte, und führten es unbehindert davon.

In der Oberspree ertränkt hat sich der Kaufmann Robert Seelig aus der Poststraße. Er wurde bereits seit zwei Monaten vermißt. Gestern wurde seine Leiche aus der Oberspree gelandet; sie war bereits in Verwesung übergegangen. Unglückliche Liebe hatte den 27 Jahre alten Mann in den Tod getrieben.

Zu dem Ehe drama in der Königsberger Straße, wo der Sattler Brandt auf seine von ihm geschiedene Ehefrau einen Schuß abgab und sich selbst lebensgefährliche Schußverletzungen beibrachte, wird uns von Kollegen des V. mitgeteilt, daß V. nicht die Absicht gehabt habe, seine frühere Frau zu töten, sondern, wie sich aus einem und vorliegenden Briefe ergibt, ihr nur einen Denkwort zu geben für die Unannehmlichkeiten, in die V. durch das Scheidungsurteil gekommen. Auch habe V. keineswegs gewünscht, seine frühere Frau wiederzuhaben, sondern sei froh gewesen, sie los zu sein. Wie wir hören, liegt Brandt bestimmungslos im Krankenhaus am Friedrichshain, an seinem Aufkommen soll nicht zu denken sein.

Zu rekonstruieren. Am 28. d. M. wurde an der Hansfabrik die Leiche einer unbekannt, ca. 22-27 Jahre alten, anscheinend den Arbeiterkreise angehörenden Frauensperson angeschwemmt und nach dem Leichenschauhaus geschafft. Die Verstorbenen war 1,47 Meter groß, unterlegt und hatte dunkelblondes Haar. Bekleidet war sie mit grauem Jackett, blauer Bluse, schwarzem Unterrod und rotbraunem Unterrod, weißleinenem Hand geg. B. K. und schwarzen Schnürschuhen.

Mitteilung über die Verfallsfrist nimmt die Kriminalpolizei und jedes Polizeirevier zu 1908 IV. 58. 09 entgegen.

Berliner Adreßbuch. Der zweite Nachtrag zum Adreßbuch 1908 erscheint Ende April und wird an alle Abnehmer der Hauptausgabe unentgeltlich verabfolgt. Zum Zweck der Erreichung größter Genauigkeit und Vollständigkeit werden alle Beteiligten dringend gebeten, Anmeldungen für den zweiten Nachtrag möglichst umgehend, spätestens bis zum 6. April, der Redaktion des Adreßbuchs, Zimmerstr. 37-41, zugehen zu lassen. Insbesondere erbitten man, bis zu diesem Tage Mitteilung zu machen von Geschäftsveränderungen und -verlegungen, von Wohnungs- und Grundbesitzveränderungen, die seit Erscheinen des Buches stattgefunden haben und im ersten Nachtrag noch nicht berücksichtigt sind oder zu einem jetzt schon feststehenden Zeitpunkt im laufenden Jahre stattfinden werden.

Ein Brand kam gestern auf dem Boden des Hauses Chausseestraße 59/60 aus. Als die Gefahr bemerkt wurde, brante schon der ganze nördliche Flügel vom Dachstuhl des 17 Fenster haltenden Vorderhauses. Mit unheimlicher Schnelligkeit sprang das Feuer auch bald auf das Dachgebälge des linken Seitenflügels über. Brandweiser Hammer ließ daher sofort mit mehreren Schlauchleitungen eingreifen. Nach einstündiger Vorkämpfungszeit galt die Hauptgefahr für beseitigt. Die Hälfte des Vorderdachsstuhl ist zerstört. Auf dem Boden wurden zwei Ecran der de vorgefunden, so daß es sich zweifellos um Brandstiftung handelt.

Vorort-Nachrichten.

Zur Gemeindevahlbewegung.

Gemeindevahlen finden heute statt in Hohen-Schönhausen von 5—8 Uhr nachmittags, in Nieder-Schönhausen von 12—8 Uhr abends und in Tegel von vormittags 11 bis abends 8 Uhr.

Nieder-Schönhausen.

Heute findet die Erziehung für die dritte Wählerklasse von 12 bis 8 Uhr abends im Restaurant Ledemitt statt. Da die bürgerlichen Parteien ganz gewaltige Anstrengungen machen, um das Mandat zu erobern, müssen die Genossen Mann für Mann antreten, damit die säumigen Wähler an ihre Pflicht erinnert werden. Die Genossen, die bereits früher abkommen können, treffen sich $\frac{1}{4}$ 12 Uhr vor dem Bahnhofs. Durch die Erfahrungen der letzten Jahre ist es eine unbedingte Pflicht und Notwendigkeit, daß das Wahlbureau aus unseren Reihen besetzt wird. Diejenigen, die sich erst am Abend dem Wahlkomitee zur Verfügung stellen können, treffen sich von $\frac{1}{2}$ 6 Uhr ab bei Kaffee, Kaiser-Wilhelmstr. 10. Parteigenossen! Da es auf jede Stimme ankommt, müssen wir unsere ganzen Kräfte einsetzen, um unseren Kandidaten Genossen Georg Lunow zum Siege zu verhelfen.

Hohen-Schönhausen.

Die Stichwahl zwischen dem Genossen Emil Albrecht und dem Schuhmachermeister Gröbler findet heute, Freitag, den 27. März, nachmittags von 5 bis 8 Uhr statt. Die günstige Festlegung der Wahlzeit ist nur möglich geworden, weil es den Parteigenossen bei der Hauptwahl gelang, das Wahlbureau zu besetzen. Es ist aber nunmehr Pflicht eines jeden Genossen, daß er seine Schuldigkeit tut und sich möglichst früh dem Wahlkomitee zur Verfügung stellt. Insbesondere bitten wir die Berliner Parteigenossen, wenn sie mit Arbeitern von Hohen-Schönhausen zusammenkommen, dieselben auf ihre Pflicht aufmerksam zu machen.

Tegel.

Die Gemeindevereinerwahlen der dritten Klasse finden am heutigen Freitag von 11 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends statt. Das Wahllokal befindet sich Hauptstr. 14 im „Alten Krug“.

Die Genossen, die Zeit haben, stellen sich bei Galfes, Brunowstraße 23, um 10 Uhr vormittags zur Verfügung.

Parteigenossen! Sorgt dafür, daß möglichst frühzeitig gewählt wird und helfe jeder, sobald es ihm möglich ist, damit unsere Kandidaten, die Genossen Gerhard Galfes und Max Koberl, mit großer Stimmzahl gewählt werden.

Treptow-Daumenschulweg.

Am Montag, den 30. März, findet im 1. Kommunalwahlbezirk in der Zeit von 1—3 und 4—7 Uhr nachmittags die Stichwahl zwischen unserem Genossen Max Kiehl und dem Konservativen, Gärtnermeister Paul Nidel statt. Unsere Gegner geben sich der Hoffnung hin, daß, wenn auch unser Genosse in der Stichwahl siegt, er doch nicht bestätigt wird, weil er kein Hausbesitzer sein soll. Doch dem ist nicht so. Unser Genosse entspricht allen Anforderungen, die die Landgemeindeordnung an einen Grundbesitzer stellt. Parteigenossen! Agitiert mit allen Kräften für unseren Kandidaten. Die Zeit, die uns noch vom Stichwahltag trennt, ist sehr kurz. Ein jeder einzelne muß nun ein Agitator sein. Rüttelt die Säumigen auf, die bei der Hauptwahl der Wahlurne ferngeblieben sind. Groß ist die Zahl derer, die noch für uns zu haben sind. Wir haben die besten Aussichten, den Sieg zu erringen, wenn ein jeder sich bis zum Stichwahltag in den Dienst der Partei stellt. Drum auf zum Kampf, auf zum Sieg!

Wahlergebnisse.

Groß-Lichterfelde. Bei der Stichwahl am Mittwoch sind unsere Genossen mit 416 Stimmen gegen die vereinigten bürgerlichen Parteien mit 388 Stimmen unterlegen. Daß wir gegen die Hauptwahl noch einen Verlust von 72 Stimmen zu verzeichnen haben, erklärt sich daraus, daß die Wahlzeit für die Stichwahl ungünstiger festgelegt wurde als für die Hauptwahl. Das ist nun zwar gelegentlich und wird zur Ungünstigkeitserklärung der Wahl führen, aber auf diese noble Weise haben die bürgerlichen Kreise ihren Sieg vorläufig errungen. Der größte Teil der Arbeiterschaft von Lichterfelde arbeitet weitab von seiner Wohnstätte und konnte vor Schluß der Wahlzeit das Wahllokal nicht mehr erreichen. Diese Kenntnis der Dinge benutzte man und setzte einen früheren Schluß der Wahlzeit für die Stichwahl fest. Die Reichsverbandsschwinder und auch die übrigen Gegner — von einigen ehrlichen Leuten abgesehen — werden dieses Mittel für ebenso klug wie moralisch einwandlos halten. Sie würden es ebenso für vertretlich und gemein gehalten haben, falls ein solcher Modus gegen sie angewendet worden wäre.

Senzig. Bei der Gemeindevahl in der dritten Klasse wurde unser Genosse W. Krüger gewählt. Die Gegner hatten keinen Kandidaten aufgestellt.

Germendorf. Bei der Gemeindevereinerwahl in der dritten Klasse wurden unsere Genossen Hermann Rade und Adolf Hill mit je 25 Stimmen gewählt. Die Gegner erhielten je 5 Stimmen. Somit ziehen die ersten beiden Sozialdemokraten in das Ortsparlament ein. Unsere Genossen beteiligten sich zum erstenmal an der Gemeindevahl.

Herzfelde. Bei der Gemeindevahl am 24. März erhielt unser Genosse Karl Schröder 75, der Gegner 154 Stimmen, letzterer ist somit gewählt. Von 500 eingeschriebenen Wählern haben nur 229 gewählt. An Stimmen verloren hat der Bürgerliche gegen 1906 11 Stimmen, während unser Kandidat 10 Stimmen gewann.

In Reinickendorf wurden in der zweiten Klasse die beiden bürgerlichen Kandidaten Wohl und Gemisch gewählt.

Charlottenburg.

Die Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung hat am Mittwoch die Beratung des Etats zu Ende geführt, so daß die für Donnerstag in Aussicht genommene außerordentliche Sitzung ausfallen konnte.

Zum Etat der Gemeindevereiner brachte die sozialdemokratische Fraktion wieder ihren Antrag auf Gewährung freier Lernmittel ein. Bekanntlich hat der Magistrat vor zwei Jahren mit den Freisinnigen einen Kompromiß geschlossen, wonach die Frage der Gewährung freier Lernmittel solange ruhen soll, bis die Maßnahmen zur Hebung der Volksschulen durchgeführt sind. Wie Genosse Dr. Vorhardt in der Begründung des Antrags hervorhob, können die Sozialdemokraten dies Kompromiß für sich nicht als bindend betrachten, sie bleiben vielmehr auf ihrer prinzipiellen und programmatischen Forderung bestehen. Um aber den Freisinnigen entgegenzukommen, beantragte er für den Fall der Ablehnung seines Prinzipaltrages, wenigstens den Schülern der untersten Klassen der Gemeindevereiner freie Lernmittel zu liefern. Die Freisinnigen reden immer davon, daß es sich dabei um eine liberale Forderung handele. Gewiß, aber was nützen all diese schönen platonischen Beteuerungen, wenn die Forderung im entscheidenden Moment, sobald es sich darum handelt, sie in die Tat umzusetzen, wieder abgelehnt wird?

Die Vertreter des Magistrats, Stadtschulrat Dr. Reufert und Bürgermeister Mattig sowie der freisinnige Redner Otto sprachen gegen den sozialdemokratischen Antrag, der denn auch mit großer Mehrheit abgelehnt wurde. Ueber den Eventualantrag fand

kamenliche Abstimmung statt. Am 11. März antworteten Sozialdemokraten stimmten noch 9 bürgerliche Stadtverordnete dafür, aber diesen 20 Stimmen standen 26 Stimmen gegen den Antrag gegenüber, der Eventualantrag war also gleichfalls gescheitert.

Dagegen wurde ein von allen Fraktionen eingebrachter Antrag, der zur Ausdehnung der Maßnahmen betreffend Hebung der Gemeindevereiner auf das ganze Stadtgebiet und zur Einrichtung eines vierten Kindergartens im Norden der Stadt die Einstellung von 8000 Mark in den Etat fordert, einstimmig angenommen.

Der Etat „Verschiedene Einnahmen und Ausgaben“ gab unserem Genossen Vogel Gelegenheit, die Maßnahmen zur Bekämpfung der Säuglingsfürsorge zu besprechen und die eigene Milchproduktion durch die Stadt anzuregen.

Eine Vergewaltigung der Sozialdemokraten verfuhr die Mehrheit bei der Beratung des Kapitals „Gemeindesteuern“. Die sozialdemokratische Fraktion hatte hierzu einen Antrag gestellt, der den Magistrat ersucht, der Versammlung eine Vorlage betr. Einführung der Wertzuwachssteuer zu machen. Dies war den Herren Liberalen recht unangenehm, bei den Wahlen waren sie nämlich mit der Wertzuwachssteuer freibien gegangen, obwohl sie in ihrer großen Mehrheit prinzipielle Gegner derselben sind. Unter Führung des Stadtv. Dr. Krüger suchten sie sich nun dadurch aus der Affäre zu ziehen, daß sie unmittelbar, nachdem Genosse Dr. Vorhardt den Antrag begründet hatte, die Verlesung desselben beantragten. Genosse Hirsch bezeichnete diesen Antrag als geschäftsordnungsmäßig unzulässig; entweder es müßte die Beratung des Etats überhaupt vertagt werden oder eben der zum Etat gestellte Antrag sofort miteingebracht werden. Gleichzeitig drohte unser Redner, für den Fall, daß die Liberalen die Geschäftsordnung mißbrauchen würden, die Abgeordnete, und zwar namentlich die Abstimmung über jede einzelne Position des Etats an. Diese Aussicht auf einige Duzend namentliche Abstimmungen verfehlte ihre Wirkung nicht, die Liberalen lenkten ein, sie erklärten, daß es ihnen ja nur auf eine gründliche Beratung der Frage der Wertzuwachssteuer ankomme und daß sie nur deshalb die Verlesung wünschten; sie zogen auf Vorschlag der Sozialdemokraten schließlich ihren Verlesungsantrag zurück, worauf die Sozialdemokraten sich damit einverstanden erklärten, daß ihr Antrag betr. die Wertzuwachssteuer als selbständiger Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung kommt. Damit war der Zwischenfall aus der Welt geschafft, die Liberalen haben indirekt die geschäftsordnungsmäßige Unzulässigkeit ihres Antrages anerkannt.

Zu ungewöhnlich heftigen Auseinandersetzungen kam es beim Etat der Müllbeseitigung. Wie erinnerlich, hatte im Mai des vorigen Jahres anlässlich der Interpellation über die Aussperrung der Müllkutscher der Oberbürgermeister eine scharfmachende Rede gehalten, wie sie wohl einzig dastehen dürfte. Er hatte von Terrorismus, Anarchie, Gewalttätigkeiten gesprochen, hatte wahre Schauderreden über angebliche Schandthaten der Streikenden erzählt, heftige Angriffe gegen den Leiter des Transportarbeiterverbandes, den inzwischen zum Stadtverordneten gewählten Genossen Gevert, gerichtet, die ausgesperrten Müllkutscher als Vandalen bezeichnet, die ihre Strafe erlitten werde, u. dergl. mehr.

Auf diese Rede kamen nun unsere Genossen Gevert und Hirsch zurück; sie führten an der Hand der gerichtlichen Urteile den Nachweis, daß zwar Ausschreitungen vorgekommen seien, daß aber der Oberbürgermeister übertrieben habe. Unter anderem hatte Herr Schuster u. dergl. gesagt: „So ist z. B. an einer Stelle jenseits der Spree, wo nicht viele bewohnte Häuser stehen, einer dieser schweren Wagen mit den darauf sitzenden drei Leuten von Leuten auf der Straße umgefahren und in einen Graben geworfen worden. Die Leute sind blutig unter dem Wagen herangezogen worden. Es ist eine glückliche Fügung Gottes, daß hier kein Todesfall vorgekommen ist.“ In direktem Gegensatz hierzu hat das Landgericht III festgestellt, daß der Wagen im Sande stecken geblieben und umgestürzt ist. Ähnlich verhält es sich mit den meisten anderen Behauptungen des Oberbürgermeisters. Wie Kolossal aufgebaut der ganze Vorfall war, geht daraus hervor, daß von 14 Anlagen in 10 Fällen Freisprechung erfolgt ist, ein Arbeiter ist mit 8 M., ein anderer mit einem Tage, ein dritter mit 8 Tagen und ein vierter mit 4 Wochen bestraft worden. Mit Recht hob Genosse Hirsch hervor, daß der Oberbürgermeister, gestützt auf einseitige Informationen der Arbeitgeber, lediglich dem Reichsländerverband Material geboten habe. Seine Behauptung, daß anständige Menschen diesem Verbands nicht angehören, zog unser Genosse einen Ordnungsruf zu. Genosse Gevert unternahm es besonders, die mangelhaften Kenntnisse des Oberbürgermeisters über die Arbeiterbewegung einer heftigen Kritik zu unterziehen, die in dem Rat an das Stadtoberhaupt gipfelte, die Gewerkschaftsschule in Berlin zu besuchen.

Trotz der Feststellungen unserer Genossen hielt der Oberbürgermeister, der sich wiederum mit Material von den Arbeitgebern versehen hatte, alle seine Behauptungen aufrecht; nur in Kleinigkeiten meinte er, hätten die Gerichtsverhandlungen ein anderes Bild gegeben. Ihm sekundierte der Stadtv. Dr. Krüger, der bekannte Genossenschaftsaktivist, der sich die Gelegenheit zur Bekämpfung der Sozialdemokratie natürlich nicht entgehen lassen wollte. Unmittelbar nachdem er seine Rede beendet hatte, nahm die Mehrheit einen Antrag auf Schluß der Debatte an — ein parlamentarisches um so unangenehmere Mittel, als unser Genosse Hirsch, dem dadurch das Wort abgegeschnitten wurde, ursprünglich von Herrn Dr. Krüger in der Rede klug stand, aber mit ihm getauscht hatte, damit nicht zwei Sozialdemokraten hintereinander zu Worte kämen. Die Liberalen redeten sich damit heraus, daß sie von diesem Abkommen nichts gewußt hätten (1).

Beim Etat der allgemeinen Verwaltung endlich kündete der Magistrat die Einbringung einer Vorlage betr. Weiterbewilligung der Leuzerungszulagen bis zur Revision des Normalstats an. Ueber den Termin der Revision des Normalstats aber vermochte er keine Angaben zu machen. Die Stadtv. Otto, Dr. Krüger und Hirsch traten lebhaft für eine Revision der Gehälter ohne Rücksicht auf das Vorgehen Preußens ein. Die ganze Angelegenheit wurde schließlich einem Ausschuss von 15 Mitgliedern überwiesen, dem von unserer Fraktion die Genossen Dr. Vorhardt, Hill und Hirsch angehören.

Der Konsumverein hat am 25. März ein neues schönes Heim in der Wallstr. 23 bezogen. Seit dem Jahre 1900 befindet er sich in einem zwar sehr langsamen, der Bedeutung der Charlottenburger Arbeiterschaft bei weitem nicht entsprechenden, aber doch stetigen Aufschwunge. Im Jahre 1892 von Personen gegründet, die mit der Arbeiterbewegung in keiner Beziehung standen, führte er jahrelang kein wirkliches Leben, sondern vegetierte mühsam, bis es im Jahre 1900 gelang, das Interesse der Arbeiterschaft für die in den letzten Jagen liegende Genossenschaft zu erwecken. Es kostete viel Mühe und Arbeit und bedurfte seitens der Mitglieder großer Rücksicht und Geduld, bis die Genossenschaft soweit geblüht war, daß ihr Weiterbestehen gesichert erschien, zumal mit der Sorge um die Verbesserung der Leistungen auch die Sorge um eine menschenwürdige Stellung der Angestellten Hand in Hand ging — beschaffte die frühere Verwaltung doch schulpflichtige Kinder als Laufburschen und konnte natürlich auch keine Sonntagstube und keinen Kaktusblatenschluß. Aber stetig entwickelte sich der Verein und konnte im Laufe der Zeit drei weitere Verkaufsstellen eröffnen (in der Tauroggenstr. 10, in der Potsdamer Str. 12, in der Weimarer Str. 29). Auch die Gründung der Wägereigenossenschaft „Produktion“ war nur durch die kräftige Unterstützung des Konsumvereins möglich, und in aller nächster Zeit wird die Konsumgenossenschaft die Wägerei vollständig übernehmen. Möge die Charlottenburger Arbeiterschaft dafür sorgen, daß die Genossenschaft weiter blühe und gedeihe!

Schöneberg.

Bei einem Mauersturz sind vorgestern nachmittag mehrere Personen gefährdet worden. Die beiden Bauarbeiter Schüler und Richter waren gestern nachmittag gegen 3 Uhr auf dem Grundstück Hauptstraße, Ecke Kalksteinstraße, mit Ausschachtungsarbeiten beschäftigt, als sich plötzlich eine mit Mauersteinen belastete Sandwand lösterte und zusammenstürzte, die beiden Männer unter sich

begraubend. Der sofort hinzugerufenen Feuerwehr gelang es nach kurzer Zeit, die Verfallenen zu befreien, die dann nach der Unfallstation in der Herberstraße gebracht wurden. Wie dort festgestellt wurde, hatten die beiden Verunglückten, abgesehen von einigen leichten Hautabwühlungen, merkwürdigerweise keine Verletzungen erlitten.

Rixdorf.

Der „Freiwillige Erziehungsbeirat für die Jugend Rixdorfs“ feierte am Dienstagnachmittag sein zehnjähriges Stiftungsfest in der „Neuen Welt“. Man mag anerkennen, daß die Bestrebungen des Vereins auf eine Besserung des sozialen Elends gerichtet sind, aber die Erfolge sind doch nur gegenüber der Größe des Elends und der Not in den untersten Proletariatskreisen ein Tropfen auf den heißen Stein, ein Pfälsterchen auf eine große Wunde. Die Beseitigung des Elends und der Not muß erst durch die Verwirklichung des Sozialismus erfolgen.

Wir würden auch von dem Fest keinerlei Notiz nehmen, wenn nicht einige Vorkommnisse auf demselben und einen gewissen Anlaß böten. Zur Feier des Tages wurden musikalische Darbietungen, Gesänge und lebende Bilder veranstaltet, zwischen denen die verschiedenen Festreden nicht fehlten. Die Herren vom Vorstande und Deputierte bestreuten sich reichlich mit Weisranch, in dem stolzen und erhebenden Bewußtsein, den Kernsten der Armen einige Wohlthatigkeitsbrosamen ertweisen zu haben. Besonders bemerkenswert war die Ansprache des Herrn Polizeipräsidenten v. Glasenapp, der dem Verein ganz besonders die weitere Entwicklung des Jugendflusses ans Herz legte, in dem die aus der Schule entlassenen jungen Leute einen Sammelpunkt finden sollen. Hier sollen sie zu guten patriotischen Bürgern herangebildet werden, um dem Vaterland zu nützen und, im Falle der Gefahr einen ganzen Mann zu stellen befähigt werden. — Es wirkten bei dem Feste auch Knaben und Mädchen der Rixdorfer Gemeindevereiner in größerer Anzahl mit. Wenn man jedoch glaubte, durch die kindlichen, wahrhaft herzerfrischenden Gesänge dem Feste einen größeren Glanz zu verleihen, so mußte der Vorstand des Vereins den Kleinen gegenüber auch gebührende Rücksicht nehmen. Diese fehlte vollständig. Die Kleinen wurden um 5 Uhr befristet. Um $\frac{1}{2}$ 7 Uhr wurde von ihnen das erste Lied gesungen, dann folgten: Prolog, Musikstücke, Gesänge des Oratorienvereins und die endlosen Festreden und Ansprachen. Erst um 9 Uhr kamen die schwächeren Chöre: „Die Musik kommt“ und „Der Bauer und sein Landhaus“ zum Vortrage. Da die Gesänge große Ansprüche an das Können und die Ausdauer der Kinder stellten, mußten sie ihre ganze Kraft aufbieten. Das erste Lied wurde, weil es die Hörer entzückte, da capo gesungen. Das war schon zu viel; ohne Pause folgte dann das nächste Lied, dessen letzte Strophen auch zweimal gesungen wurde. Die lebenden Bilder hatten sogar erst um 11 Uhr ihr Ende erreicht. Wenn man bedenkt, daß die Kleinen schon von 5 Uhr ab in gewisser Erregung warteten und endlich erst um 9 Uhr ihre Hauptgesänge vortragen durften, so ist das eine Rücksichtslosigkeit, die ganz entschieden zu verurteilen ist. Es wurden denn auch nach der Aussage eines freiwilligen Samariters acht Kinder ohnmächtig.

Das ist aber noch nicht das Schlimmste. Es waren viele Kinder ohne Eltern und Angehörige dort, die während der ganzen Zeit nichts zu trinken und zu essen hatten. Sie stürzten denn auch in ganzen Haufen während der Pausen in den Bistrotraum, um aus der Bistrotne, die zum Spülen der Biergläser dient, Wasser mit Biergläsern zu schöpfen und begierig zu trinken. Wenn der Verein sich der Kinder zur Mitwirkung seines Festes bedient, so sollte er auch dafür sorgen, daß den Kleinen wenigstens einige erfrischende Getränke auf Wunsch kostenlos verabfolgt werden. Es handelt sich doch nur um die Kinder, die ohne Angehörige dort waren. Aber es waren eben nur Proletariatskinder! Alle diese Vorkommnisse lassen es doch ratsam erscheinen, daß die Eltern der Gemeindevereiner Rixdorfs ihren Kindern zur Mitwirkung bei solchen Feste die Erlaubnis verweigern, weil sie dabei Schaden an ihrer Gesundheit erleiden können.

Ueber die unzulänglichen Verkehrsverhältnisse am Orte haben wir bereits mehrfach klage geführt. Jedoch eine wesentliche Besserung ist, soweit die Große Berliner in Frage kommt, nicht eingetreten. Zwar ist mit der Eröffnung der Linie 65, Rixdorf—Zentralbahnhof, im Anfang dieses Jahres einem schreienden Mangel abgeholfen worden, jedoch auch hier zeigt sich, wie aus einer Zuschrift hervorgeht, daß frühmorgens kein Willkommen auf dieser Strecke ist. Der erste Wagen dieser Linie, so schreibt uns ein Abonnent, fährt morgens 6.23 vom Herzbirgplatz. Das ist für eine große Anzahl Bewohner viel zu spät, um pünktlich im Geschäft sein zu können. Auch ist für den größten Teil an ein Willkommen nicht zu denken; an jeder Haltestelle (von der zweiten an gerechnet) löst einem das Altkannte „Beschi“ entgegen. So habe ich es in den letzten Wochen Tag für Tag beobachtet, daß circa 40 bis 50 Personen an den Haltestellen stehen bleiben. Es ließe sich doch sicher einrichten, daß vor dem ersten Fahrplanmäßigen 65 ein Einschlagwagen geht, wie sie am Tage von 4 Uhr nachmittags an verkehren, oder daß wenigstens der erste Wagen einen Anhänger hat; derselbe kann ja schließlich am Herzbirgplatz angehängt werden. Der Bahnhof Cammerstraße von der Großen Berliner liegt doch so bequem, daß ein Anhängewagen von den Linien II und V mitgenommen und am Herzbirgplatz abgehängt werden kann. Vielleicht ließe sich ein Ausweg dahin finden, daß die ersten Wagen der Linie 65 überhaupt vom Rixdorfer Bahnhof ausgehen, ähnlich so wie es früher war, als die 65 er nur bis zum Herzbirgplatz fuhr. Die jegliche Kalamität wäre also bei etwas gutem Willen mit Leichtigkeit zu beseitigen.

Daumenschulweg.

In der Wahlvereinerversammlung hielt Genosse Stadtverordneter Boeske einen interessanten Vortrag über die Landtagswahlen. In eingehender Weise erörterte er die Entstehung des Dreiklassenwahlsystems und machte auf die Bestimmungen des neuen Wahlgesehes aufmerksam. Die Sünden der bürgerlichen Parteien, speziell des Freisinn, unterzog er einer herben Kritik und forderte die Genossen zur regen Agitation auf. — Zum Punkt „Kaiser“ wurde nach längerer Diskussion beschlossen, für Daumenschulweg in Speers Festhallen eine Kaiserfeier abzuhalten, wozu die Treptower Genossen eingeladen sind. — Hierauf brachte Genosse Hensel Richtigkeiten über hiesige Schlächtereien zur Sprache. Genosse Karow als Mitglied der Gesundheitskommission teilte auf eine Anfrage mit, daß ein Bericht der Gesundheitskommission vom Bürgermeister an den Kreisarzt abgegeben sei, den er gar nicht zu Gesicht bekommen habe. Ueberhaupt sei er mit Redereien sehr überlastet worden; die ihm von amtswegen zugeteilten Herren (natürlich Hausbesitzer) hätten ihm auch nicht die geringste Unterstützung gewährt, ja, einige waren direkt gegen die vorzunehmenden Kontrollen! Auch alle Vorschläge, die er gemacht, seien abgelehnt worden. — Genosse Lüdke besprach noch in längerer Ausführungen die hygienischen Zustände des Ortes und regte an, daß unsere Genossen von amtswegen verlangen sollten, der Gesundheitskommission Arbeiter beizugeben; diese würden gewissenhafter und energischer die Beseitigung der Seuchenherde fordern.

Ober-Schönweide.

Gemeindevereinerwahl. Der zum besoldeten Schöffen gewählte Assessor Verthold ist von der Regierung bestätigt worden. Dem vorliegenden Vertrag mit dem Forstinspektur wegen Erwerbung von Terrain zur Friedhofserweiterung wurde zugestimmt. Der Preis des 2.7 Hektar großen Terrains beträgt pro Quadratmeter 8 Mark inkl. Baumbestand. Einem eingereichten Projekt für die

3. Gemeindefchule will die Regierung die Zustimmung erteilen, wenn keinerlei Änderungen der Ausführung stattfinden. Da nun die Vertretungen gemacht an der Kasse sparen will, sollen weitere Berechnungen gemacht werden. Es wird dann in der Staatsberatung fortgeschritten. Ein Besuch der Militärkommission auf Anrechnung eines Teiles ihrer Dienstzeit auf das Befoldungsdienstalter wird abgelehnt. Die Alterszulagen der technischen Lehrerinnen werden denen der übrigen gleichgestellt. Der Antrag unserer Genossen, die Beihilfen an die Kirchengemeinden in Höhe von 4000 M. zu streichen, wird abgelehnt. Ebenso erging es dem Antrage, den Turnvereinen die Turnhallen unentgeltlich zu überlassen. Auf Anregung unserer Genossen sollen die Berichte der Schulärzte vervielfältigt und den Vertretern übermittelt werden. Für die Zwecke der Kochschule soll auf dem Grundstück der 3. Gemeindefchule ein Küchengarten angelegt werden. Zu diesem Zwecke werden 500 M. in den Etat eingelegt. Zur Verwaltung der Volksschule wird eine Kommission von drei Vertretern eingesetzt. Ein Bild des Landes ist durch eine Umfrage an den drei Gemeindefschulen entrollt worden. Es sind 134 Kinder festgestellt, welche morgens ohne jedes Frühstück zur Schule gehen müssen. Es wird beschlossen, diesen Kindern ab 1. April ein warmes Frühstück zu verabfolgen, bestehend in 1/4 Liter warmer Milch und zwei Brötchen. Zu diesem Zwecke werden 1000 M. etatsiert. Inwieweit die Kochschule auch für Mittagessen hier sorgen kann, soll dem Leiter derselben anheimgestellt werden. — Die Weiterberatung wird auf Montag und Dienstag vertagt.

Röpenitz.

Einen schrecklichen Tod hat der Händler Hermann Dieterich gefunden. D. war vor etwa zehn Tagen von seinen Angehörigen fortgegangen und vergeblich wartete man daheim auf die Rückkehr des Ernährers. Gestern wurde nun nicht weit von Röpenitz entfernt in einem Wiesensumpf die Leiche eines Mannes aufgefunden, dessen Kopf im Wasser saß, während der Körper am Ufer lag. Der Tote war der vermählte D. In der Dunkelheit war er an den Sumpf herangeraten und bei dem Verlust, sich aus dem Morast herauszuheben, geriet er immer tiefer hinein. Uebermüdet brach er schließlich zusammen, fiel mit dem Kopf ins Wasser und mußte nun elend ertrinken.

In der Wahlvereinsversammlung am Dienstag referierte Genosse Max Schütte über „Vor 30 Jahren“. Medner berichtete die Versammlung durch Vorführung trefflicher Beispiele sowie eigener Ergebnisse in der Zeit vor dem Sozialistengesetz und errietete durch seinen einständigen Vortrag lebhaften Beifall. Vierzehn Renaufrnahmen wurden einstimmig vollzogen.

Erfter.

Feuer in der chemischen Fabrik. Nach einer Meldung von gestern Abend steht die chemische Fabrik der Aktiengesellschaft für Teer- und Erdölindustrie in Erfter in Flammen.

Spanbau.

Folgenschwerer Betriebsunfall.

Im Großmaschinenbau der Siemens-Schubert-Werke am Nonnenbamm erfolgte gestern vormittag durch Explosion eines Dynamos ein Unfall, bei dem zehn Personen Verletzungen erlitten. Einer der Verletzten Arbeiter mußte nach dem Bestehen der Krankenhaus geschickt werden.

Das Siemens-Schubert-Werk besitzt eine große Maschinenhalle, die am äußersten Ende des Fabrikterrains liegt. In der Halle selbst befindet sich eine umfangreiche Versuchsanlage mit einem Versuchszug. Hier werden alle Maschinen, die zur Verwendung gelangen sollen, auf ihre Stabilität und Zuverlässigkeit hin erst geprüft. Gestern ging man daran, einen auf achttausend Pferdekraft berechneten und für die Schweiz bestimmten Dynamo zu prüfen. Vorher sah man die Maschine anfangs nur mit einer Geschwindigkeit von achtzig Touren in der Sekunde an, ließ sie auf eine weit höhere Tourenzahl beschleunigen. Kaum war die Maschine in Tätigkeit, so löste sich der etwa zehn Tonnen schwere Anker aus der Nabe und flog mit ungeheurer Gewalt gegen die Decke, die er durchschlug. Andere Maschinenteile trafen die Außenwände der Halle und zertrümmerten mehrere Fenster. Das eigentliche Fundament, das ein Gewicht von mehr als 40 Tonnen hat, blieb stehen. Durch die herumliegenden Eisenteile wurden zehn Personen mehr oder weniger verletzt. Der Arzt Dr. Wötcher nahm sich der Verwundeten an. Bei einem Arbeiter Müller waren die Verletzungen so schwerer Natur, daß der Patient sofort nach dem Bestehen der Krankenhaus geschickt werden mußte. Müller hatte neben anderen Wunden auch zwei gefährliche Kopfverletzungen davongetragen. Bei den übrigen Personen handelte es sich um leichtere Kontusionen im Gesicht, an den Händen usw. Noch in den Vormittagsstunden wurden die Aufräumarbeiten durch Arbeiterkolonnen in Angriff genommen.

Amlich wird über den Vorfall berichtet: Heute früh ereignete sich in der Halle für Groß-Maschinenbau der Siemens-Schubert-Werke am Nonnenbamm ein Betriebsunfall, bei dem drei Arbeiter ganz leicht und einer anscheinend etwas schwerer am Kopfe verletzt worden sind. Der Unfall ist darauf zurückzuführen, daß eine für die Schweiz bestimmte große Dynamomaschine, welche normal mit 500 Touren arbeiten sollte, auseinandergeflogen ist in dem Moment, als sie mit der vertragsgemäß ausbedungenen, um 80 Proz. erhöhten Tourenzahl probeweise in Betrieb genommen wurde. Einzelne Teile der Maschine flogen auf ziemliche Entfernungen in der Halle und beschädigten auch die unmittelbar angrenzende Kopfbau der letzteren. Der Schaden ist zurückzuführen auf einen Guckfehler an der aus Stahlguß hergestellten Maschinenabgabe; die Bruchstelle weist eine ungefähr zwei Drittel der Fläche bedeckende Längsrisse auf, die sich von außen auch nach der Bearbeitung nicht erkennen lassen konnte.

Kommunales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Die Wahl des Genossen Singer zum Mitglied der Schuldeputation hat, wie im „Vorwärts“ schon gemeldet wurde, wieder mal nicht den Beifall der staatlichen Aufsichtsbehörde gefunden. Mandchen wird es verlangt haben, zu wissen, wie die Freisinnigen unseres Stadtparlaments sich hierzu stellen würden. In der gestrigen Sitzung erfuhr man's: sie legten es gehorsam zu dem übrigen. Warum auch hätten sie aufmucken sollen! Im stillen sind sie ja froh, daß die Regierung ihnen wenigstens aus der Verwaltung der „teuren“ Volksschule die begehrlichen Sozialdemokraten fernhält. Zwar eiferte gestern der Stadt. Rosenow, man müsse „protestieren“. Aber keiner seiner Freunde ging hierauf ein, und auch er selber machte keine bestimmten Vorschläge darüber, in welcher Form „protestiert“ werden solle. Die sozialdemokratische Fraktion sah keinen Anlaß, durch eine Debatte die freisinnige Mehrheit in ihrem Ruhebedürfnis zu stören. Die Wahl zur Besetzung des nun noch freien Sitzes in der Schuldeputation wird in der nächsten Woche stattfinden.

Das Arbeitspensum der Stadtverordneten war gestern etwas reichlich bemessen, sie wurden aber geschwinder damit fertig, als man es hatte erwarten dürfen. Zu einer kurzen, doch sehr bemerkenswerten Debatte kam es bei einem Magistratsantrag, der zum ersten Male forderte, daß

zu den Kosten von Straßenverbreiterungen auch die Grundbesitzer herangezogen werden, die davon ihren mißlichen Gewinn haben. Unser Genosse Heiman begrüßte die Vorlage, die die Verbreiterung der Unberittsstraße betraf, mit Genugtuung. Er wies aber sogleich darauf hin, mit welcher Zähigkeit die Hausagrarier unserer Nachbarstadt Charlottenburg sich gegen solche Veranziehung zu den Kosten wehren. In Berlin muß man sich auf ähnlichen Widerstand gefaßt machen, deshalb suchte Heiman wenigstens die Ueberweisung der Vorlage an einen Ausschuss zu verhindern, der wahrscheinlich sich nur als Beerdigungscommission betätigen würde. Die Hausagrarier schickten Herrn Haberland vor, der es für nötig erklärte, daß man „Härten“ vermeide. Was das heißt, das wird sich in dem Ausschuss zeigen, den die Mehrheit beschloß.

Zu einer Aussprache über die Berliner Fürsorgeerziehung führte eine Vorlage, durch die der Magistrat den Abschluß eines Vertrages mit einer privaten Erziehungsanstalt beantragte. Genosse Hünge empfahl Ueberweisung an einen Ausschuss. Er warnte davor, sich mit Privatanstalten dieser Art einzulassen. Die Stadt dürfe nicht das Recht, ihre Fürsorgezöglinge selber zu erziehen, aus den Händen geben, sie solle lieber ihre eigenen Anstalten vermehren. Gegenüber Herrn Langerhans, der zu sofortiger Annahme riet, forderte auch Genosse Hünge man vorherige Prüfung durch einen Ausschuss. Genosse Bernstein bemängelte, daß in der fraglichen Anstalt dieselbe „Erziehungsmethode“ Anwendung finden solle, wie in der Berliner Anstalt zu Lichtenberg. Er brandmarkte diese „Erziehungsmethode“ als Barbarei, und er kam zu dem Schluß, daß in unseren Erziehungsanstalten dem Arzt, vor allem auch dem Irrenarzt, mehr Einfluss auf die Behandlung der Zöglinge eingeräumt werden müsse. Stadtrat v. Friedberg gestand, auch er sei ein Gegner des Prügels, die Prügelstrafe müsse aber als „letzt Mittel“ beibehalten werden. Genosse Singer hielt ihm vor, daß diese Antwort den Kern der Frage zu umgehen suchte. Auch Singer forderte, daß die Erziehungsanstalten ständig durch Irrenärzte überwacht werden, die wahrscheinlich sehr bald der Prügelmethode ein Ende machen würden. Die Vorlage wurde schließlich einem Ausschuss überwiesen.

Ein Ausschuss soll auch das Bauprogramm für die geplante Irrenanstalt IV in Buch prüfen. Es wurden hierzu etliche Wünsche vorgetragen, die Beachtung verdienen. Genosse Schulz wies hin auf Bedenken, die bezüglich Versorgung dieser Anstalt mit Kraft, Wärme usw. bestehen, und Genosse Jadel forderte die Schaffung eines besonderen Hauses für das Pflegepersonal.

Gerichts-Zeitung.

Wie leicht ein Landarbeiter angeklagt werden kann.

Es ist wohl ein sehr seltener Fall, daß der Vertreter einer Anklagebehörde in einer Anklage gegen Landarbeiter selber erklärt, die Anklage sei zu Unrecht erhoben. Dieser Fall passierte am Mittwoch vor dem Spanbauer Schöffengericht. Es waren zwei Gutсарbeiter, die auf dem Deutschen Ansiedlungsbank gehörigen Gute Seegefeld arbeiteten, wegen Diebstahls angeklagt. Die Angeklagten wendeten ein, sie haben von dem Gute Freinsholz als Deputat zu verlangen. Bei ihrem Zuge nach Seegefeld haben sie eine Quantität Brennholz mit nach dort gebracht. Da das erste Deputat Holz, welches sie in Seegefeld erhielten, grün und naß war, also erst getrocknet werden mußte, so hätten sie inzwischen ihr mitgebrachtes Holz veräuert. Sie hielten sich deshalb auch für berechtigt, bei ihrem Weggange von dem Gute Seegefeld eine gleiche Quantität Holz, wie sie nach dort mitgebracht, von dem Seegefelder Deputat Holz mitzunehmen. Der Gutsvormalter, welcher die Strafanzeige erstattet hatte, im Vorverfahren aber gar nicht vernommen worden war, gibt vor Gericht diese Berechtigung der Angeklagten zu. Er will die Strafanzeige auf Grund eines anonymen Briefes erstattet haben, in welchem gedroht wurde, ihn selber anzuzeigen, falls er nicht Strafantrag stelle. Der Ankläger Wolf führte aus, da das Deputat Holz ein Äquivalent für geleistete Arbeit sei und dasselbe bei der Uebergabe in das Eigentum der Angeklagten übergegangen wäre, die beiden Angeklagten auch eigenes Holz mitgebracht und verbraucht hätten, so falle der Moment der rechtmäßigen Zueignung. Gegen die Angeklagten sei zu Unrecht Anklage erhoben. Wenn man im Vorverfahren den Gutsvormalter gehört hätte, wäre die Anklage wohl nicht erhoben worden. Er beantragte deshalb Freisprechung. Das Gericht erkannte unter derselben Begründung auch auf Freisprechung.

Verbauerlich ist, abgesehen von der Erhebung der Anklage, daß nicht auch alle Auslagen der Angeklagten der Staatskasse oder, wozu das Gesetz berechtigt, dem sachlässigen Denunzianten aufgelegt wurden.

Schmutzige Wäsche.

Eine mit dem Friedberg-Strach zusammenhängende Privatklage beschäftigte gestern das Schöffengericht Berlin-Schöneberg. Als Klägerin stand Fräulein Isabella Schenkel dem Fräulein Ella Cohn in Schöneberg gegenüber. Die Klägerin war früher die Verlobte des Direktors Bohn, der in der Angelegenheit Friedberg und Genossen flüchtig geworden war und sich dann der Polizei selbst gestellt hat. Sie hatte von Fräulein Cohn deren Konfirmandengeschäft in der Raakenstr. 19 für 2000 M. gekauft. Später brachen zwischen den Parteien Differenzen aus. Als die ersten polizeilichen Ermittlungen in der Friedberg-Sache durch den Kriminalkommissar Waldemar Müller stattfanden, verfügte letzterer u. a. auch die Verhaftung der jetzigen Privatklägerin, die jedoch bald wieder auf freien Fuß gesetzt wurde. Sie beschuldigt nun das Fräulein Cohn, daß sie dem Kriminalkommissar Müller und einigen Zeitungsreportern Mitteilungen schwer beleidigenden Inhalts gemacht habe, die im wesentlichen darauf hinausliefen, daß in der Wohnung des Fräulein Schenkel Orgien unzüchtlicher Art gefeiert worden seien, daß die Privatklägerin Erpressungen gegen Friedberg und Bohn verübt habe usw. Die Privatklägerin behauptet, daß von allen diesen Anschuldigungen kein Wort wahr sei. Die Angeklagte habe wahrscheinlich nicht erwartet, daß die Privatklägerin infolge der konstatirten Verbenüßung des Kriminalkommissars Waldemar Müller, der jene kaum glaublichen Mitteilungen des Fräulein Cohn für wahr gehalten, durch richterliches Eingreifen sobald entlassen werden würde und sie habe wohl geglaubt, ihre Feindschaft ungestraft befriedigen zu können. — Fräulein Cohn, die übrigens Widerklage erhoben hat, bestreitet dagegen, behauptet zu haben, daß in der Wohnung des Fräulein Sch. Orgien unzüchtlicher Art gefeiert worden seien; sie will auch keinem Reporter Mitteilungen über die Privatklägerin gemacht haben. Was sie der Polizeibehörde bei ihrer Vernehmung mitgeteilt, beruhe auf den eigenen Mitteilungen der Privatklägerin. Als sie dieser ihr Geschäft verkaufen wollte, habe sie Barzahlung von 2000 M. verlangt. Fräulein Sch. habe darauf erwidert, daß sie augenblicklich kein Geld habe, aber weiten wolle, es in einer Stunde beschaffen zu können. In ihrer Gegenwart habe dann Fräulein Sch. einen

Hochpostbrief geschrieben und nach 1 1/2 Stunden sei ein Bote gekommen, welcher ihr 20 Hundertmarkscheine überbracht habe. Auf die verwundernde Frage, woher denn so schnell das Geld komme, habe Fräulein Sch. erwidert: Das sei sehr einfach; sie habe einen sehr reichen Schatz, der ihr wohl oder übel bis an sein Lebensende Geld geben müsse, denn er wisse, daß sie ihn wegen begangener Verbrechen ins Zuchthaus bringen könne. Diese Mitteilung habe ihr die Privatklägerin später noch mehrmals wiederholt und ihr auch Brillanten, Perlen und andere Kostbarkeiten gezeigt, die sie von ihrem Schatz erhalten habe. Die Widerklage stützt sich darauf, daß, als Fräulein Cohn eines Tages von der Privatklägerin 80 M. die sie noch von ihr zu bekommen hatte, abholen wollte, diese ihr unter einer beleidigenden Redemendung die Tür gewiesen habe. Bei den nicht zu vereinbarenden Darstellungen der Parteien hielt Rechtsanwält Dr. Werthauer weitere Erhebungen für nötig und beantragte die Zeugenvernehmung des Kriminalkommissars a. D. Waldemar Müller und beschloß das Gericht Beweiserhebung durch Vernehmung des Kriminalkommissars a. D. Waldemar Müller, des noch zu ermittelnden Berichterstatters, der die Anschuldigungen gegen Fräulein Sch. in den Zeitungen veröffentlicht hat, und des Direktors Bohn. Die Verhandlung wurde deshalb vertagt.

Ein Schwindelkassen-Gründer.

In den 80er Jahren gründete der Lebensversicherungsgenossenschaft Julius Werner aus Essen die Kranken- und Sterbefälle „Arminia“. Da er hier zu diesem Unternehmen vom Oberbürgermeister in Essen nicht die erforderliche Genehmigung erhielt, verlegte er seine Tätigkeit nach Schwerin in Mecklenburg. In Rostock wurde er bald darauf wegen zahlreicher Verträge zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Nach Verbüßung dieser Strafe zog es ihn wieder in das Kohlenrevier und er gründete in Oberhausen, wo er früher als Bergmann gearbeitet hatte, unter dem Namen „Union“ eine Saugenschaufel, die ein Stammkapital von 60 000 Mark besitzen sollte, auf das 25 Proz. einzuzahlen waren, was aber nicht geschah. Er ließ die Gesellschaft am 12. Juni 1903 ins Handelsregister eintragen, doch geriet diese nach 2 Jahren in Konkurs und wurde B. als Geschäftsführer wegen Konkursvergehen zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt. Als er diese abgefeht hatte, gründete er in Essen die „Handels- und Saugenschaufel Union“. Seine Haupttätigkeit war jetzt das Ausschreiben von Stellen als Buchhalter, Techniker, Streich- und Betonmeister, Kassenboten usw. in bürgerlichen Zeitungen und nahm er dann den sich meldenden Leuten ansehnliche Kauttionen ab, ohne diesen Stellen zu verschaffen. Der von Werner verursachte Vermögensschaden beläuft sich auf circa 14 000 M. Die Essener Strafkammer verurteilte ihn heute wegen mehrfachen Betruges zu vier Jahren Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust.

Vermischtes.

Genickstarre in Pommern. In Pillkowitz bei Stettin sind, wie aus Stettin berichtet wird, zwei Erkrankungen an Genickstarre eingetreten. Auch in Stargard hat die unheimliche Krankheit Eingang gehalten.

Gerädert. Nach einer Meldung aus Kottbus wurde gestern früh 3 Uhr der Jagdführer Heinrich Hoffmann von Kottbus vor Antritt seines Dienstes beim Ueberschreiten der Weise auf dem dortigen Bahnhof von einer Leermaschine erfasst und überfahren. Er war sofort tot.

Feuer im Gerichtssaal. Wie aus Leutschau berichtet wird, entstand dort während einer Gerichtsverhandlung unter dem Podium, auf welchem die Richter Platz genommen hatten, Feuer. Mit ungemainer Schnelligkeit ging das Podium in Flammen auf, so daß die darauf befindlichen Personen nur mit größter Mühe gerettet werden konnten.

Ein brennender Eisenbahnzug. Hierüber wird aus Budapest berichtet: Infolge einer Gasexplosion geriet nächst im Ostbahnhof der Semliner Zug in Brand. Mehrere Wagen wurden zerstört, ehe es gelang, das Feuer zu löschen.

Arbeitslosenversammlung aller Fleischergehilfen heute nachmittags 2 Uhr im „Gesellschaftshaus Berliner Arbeiter“, Kaiser-Wilhelm-Str. 18m. (Zeller-Anmeldung findet nicht statt.)

Briefkasten der Redaktion.

Als juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweites Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Fahrstuhl wochentags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr Sonntagabend beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Werkzeichen beizufügen. Schriftliche Antwort wird nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

1. 1. Verlangen Sie Leistung des Offenbarungseides seitens des Vollstreckungsbekannt und beantragen Sie ferner Beschlagnahme des Lohnes für die Alimente. 2. Die Mutter kann die Herausgabe des Kindes verlangen. 3. Ja. — R. 111. An den Oberpräsidenten. — R. 39. Wir vermögen die Kasse nicht zu empfehlen. — R. 50. Reichen Sie Ihre Klage event. durch den Arbeiterschreier ein und bestehen Sie auf Zahlung des Lohnes für 14 Tage. Der Bescheid des Gemeindefchreibers ist irrig. — R. 45. Das gerichtliche Erkenntnis wäre heute noch vollstreckbar, wenn spätestens vor dreißig Jahren der Bescheid seine Pflicht anerkannt hat oder der Versuch einer Gläubiger Vergütung vorgenommen ist. Hat keines von beiden stattgefunden, so liegt Verjährung vor. — R. 100. Weiden Sie das Geschäft bei der Verwaltung der direkten Steuern und beim Magistrat an. Ein Gewerbesteuer ist nicht erforderlich. — C. 15. 1. und 2. In jeder größeren Stadt. 3. Das ist außerordentlich verschieden. Sie können etwa dieselben Sätze wie für Deutschland rechnen. Für Ihren Jmed würden wir Paris für den geeigneten Ort halten. — R. 2. 28. Die Sachen dürfen Sie nicht verkaufen, auch nicht nach einem Jahre, sonst könnten Sie Gefahr laufen, angeklagt zu werden. Sie können lediglich Ihre Forderung auslagern. Wenn die Wohnung der Schuldnerin nicht zu ermitteln ist, würde öffentliche Zustellung für die Klage zu erwirken sein. Am wenigsten Kosten entstehen, wenn Sie eine Vereinbarung über die Befragung der Gegenstände oder über den Verkauf derselben treffen. Die Wohnung erfahren Sie eventuell durch Anfrage auf dem polizeilichen Meldebureau. — R. 1. 1. Reu. — C. 2. Subener Strafe. Die rückständigen Steuern müssen Sie zahlen; Katenzahlung ist die Steuerdeputation auf Antrag zu bewilligen berechtigt, aber nicht verpflichtet. — R. 22. Ja. — C. 6. 25. Ihre Handlungswiese entspricht dem Gesetz. — R. 2. 79. Wenn Sie zunächst Lohnarbeit und Kapital von Marx, dann den 2. und 4. Teil von Engels „Dialektik der Natur“ und die Schriften von Karl Marx „Lage der arbeitenden Massen in England“ und die Schriften von August Bräuer „Proletariat“ und „Marx' ökonomische Lehren“. — R. 30. 1. Ja, er kann aber auch statt dessen den dreifachen Betrag der Zinsrenten als Abfindung verlangen. 2. Die Pflichten aus dem Mietvertrag laufen trotz der Kündigung weiter. — R. 2. 101. Kosten würden Ihnen nicht angedreht, insofern ist es zweckmäßig, ausdrücklich der Fürsorgestelle zu erklären, daß Sie Kosten nicht zahlen und auch nicht etwa die Kosten als Armenlast sich auferlegen lassen wollen. — R. 32. Sie müssen bei den Polizeibehörden der verschiedenen Orte einen Hauserschein lösen. — R. 137. Die von Ihnen beschriebene Handlungsweise verliert, soweit ersichtlich, gegen kein Gesetz. — R. 30. 50. Ja, aber zur Rückzahlung würde die Berufsgenossenschaft nur so weit verpflichtet sein, als die letzten beiden Jahre in Betracht kommen.

Witterungsübersicht vom 26. März 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C	Temp. in F	Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C	Temp. in F
Swinemünde	771	ESD	2	wolkig	1	34	Napassanda	774	S	2	heiter	-11	11
Quedlinburg	770	D	3	wolkig	2	35	Petersburg	770	D	2	Schnee	-5	23
Berlin	770	D	3	wolkig	1	35	Scilly	764	ED	3	wolkig	7	45
Frankfurt	767	SD	2	heiter	1	36	Aberdeen	767	SD	4	wolkig	5	41
München	767	D	4	wolkig	-1	31	Paris	764	S	3	bedeckt	6	43
Wien	769	SW	4	heiter	1	37							

Wetterprognose für Freitag, den 27. März 1908. Trocken und vorwiegend heiter, nachts leichter Frost, am Freitag ziemlich warm bei mäßigen östlichen Winden. Berliner Wetterbureau

